

DIE GESTAUTE INFLATION

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch - Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

TEDDY HURTER

von Maur (Zürich)

LUZERN 1952

DIE GESTAUTE INFLATION

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch - Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

TEDDY HURTER

von Maur (Zürich)

LUZERN 1952

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag der Herren Prof. Dr. V.F. Wagner und
Prof. Dr. E. Salin.

Basel, den 15. Mai 1952

Prof. Dr. Edgar Salin

Dekan



Inhaltsverzeichnis.

Einleitung	4
------------	---

I. Teil

Allgemeines	5
<u>1. Kap.</u> Die Grundformen der Inflation	
a) Die absolute Inflation	14
b) Die relative Inflation	14
<u>2. Kap.</u> Der Inflatorische Preisauftrieb	
a) bei absoluter Inflation	16
b) bei relativer Inflation	17
<u>3. Kap.</u> Der Begriff der gestauten Inflation	19
<u>4. Kap.</u> Die Entstehung der gestauten Inflation	21
1. Der Krieg, dessen Vorbereitung und Folgen	22
2. Die Vollbeschäftigungspolitik	25
<u>5. Kap.</u> Das Beispiel Deutschlands	29

II. Teil

Die Massnahmen zur Stauung einer Inflation und deren Wirkungen.	31
<u>1. Kap.</u> Die innere Währungspolitik	
a) die Vermehrung der Gesamtproduktion	
1. Durch vermehrten Arbeitsaufwand	32
2. Durch Rationalisierung	33
3. Durch Investitionskontrolle	34



Digitized by the Internet Archive
in 2026

b) Die Grenzen der Produktionssteigerung	34
c) Nachfrageverringerung durch Einschränkung der Kaufkraft	
1. Inflationsverhindernde Massnahmen	37
2. Inflationsstauende Massnahmen	38
d) Die Grenzen der Einkommensbeschränkung	44
e) Die direkte Nachfragelenkung	45
f) Die Grenzen der Rationierung	49
g) Lohn- und Preiskontrolle	50
<u>2. Kap.</u> Die äussere Währungspolitik	
a) Bei autonomer relativer Inflation	54
b) Bei dependenter relativer Inflation	55
1. Amtliche Kursfestsetzung	56
2. Kontrolle des Kapitalverkehrs	56
<u>3. Kap.</u> Die Kritik der gestauten Inflation	
a) Die Argumente gegen die gestaute Inflation	
1. Der Wegfall der freien und vollk. Konkurrenz	58
2. Die ungleichmässige Lastenverteilung	60
3. Die Vergrösserung des Beamtenapparates	62
4. Die Notwendigkeit eines Planes	63
5. Der Schwarzmarkt	67
6. Gefährdung des Rechtssystems	68
7. Verluste der Eigenschaften des Geldes	71
b) Die Argumente für die gestaute Inflation	
1. Sicherung der Existenz für alle Wirtschaftssubjekte	76
2. Die Veränderung der Einkommensstruktur	77
3. Die gleichmässige Lastenverteilung	78
4. Verhinderung des Produktionsrückganges	79
5. Die Lagerhaltung	80

6. Stabilität der Wechselkurse	90
c) Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der gestauten Inflation	81
1. Die Gesamtproduktion	83
2. Die Lastenverteilung	84
3. Notwendigkeit eines Planes	91
4. Der Schwarzmarkt	93

III. Teil

Die gestaute Inflation im Wirtschaftsablauf.

<u>1. Kap.</u> Die zeitliche Dauer der gestauten Inflation	103
<u>2. Kap.</u> Die Länder des Nachkriegseuropa	108
<u>3. Kap.</u> Die gestaute Inflation bei verschiedenen äusseren Verhältnissen.	
1. Absoluter Gütermangel	119
2. Gütermangel durch Anwachsen der staatlichen Ansprüche	120
<u>4. Kap.</u> Schlussbemerkungen	122
Literaturverzeichnis	125

Einleitung.

Es kann nicht der Zweck der vorliegenden Arbeit sein, eine umfassende Darstellung der gestauten Inflation mit allen Neben- und Nachwirkungen zu analysieren und zu beschreiben. Das Problem ist viel zu weitgreifend, als dass es in einer relativ kurzen Abhandlung auch nur einigermaßen erschöpfend dargestellt werden könnte. Der Begriff der gestauten Inflation ist ja nicht allseitig scharf umrissen und eindeutig, man charakterisiert vielmehr damit eine bestimmte wirtschaftliche Situation, wie sie sich als Folge einer Unzahl staatlicher Massnahmen und Erlasse ergibt. Da die Politik der gestauten Inflation eine spezifische Form der Wirtschaftspolitik ist, wirft sie ebensoviele soziologische wie ökonomische Probleme auf, die sich mit ihren Interdependenzen und Wechselwirkungen auf das gesamte menschliche Betätigungsfeld ausbreiten. Damit ist aber auch schon gezeigt, warum um die gestaute Inflation so heftige Diskussionen stattfinden können: Da die gestaute Inflation eine Form der Wirtschaftspolitik ist, wurzeln die Argumentationen der Diskussionsgegner in ihren allgemeinen politischen Ueberzeugungen, deren Gegensätze, ihrerseits, ihrer subjektiven Natur wegen, wohl nie ausgeglichen werden können.

Aus diesen Gründen soll in der folgenden Untersuchung versucht werden, die Probleme möglichst objektiv zu analysieren, um auf diese Weise wenigstens zu einer gemeinsamen Diskussionsgrundlage zu gelangen. Man wird also als Resultat der vorliegenden Abhandlung kein allgemeingültiges, abschliessendes Werturteil über die Wünschbarkeit oder Zweckmässigkeit der Politik der gestauten Inflation erwarten dürfen; ein solches generelles Urteil könnte - wie es auch lauten möchte - nie objektiv und deshalb auch nie "richtig" sein.

I. Teil

Allgemeines.

Im Gegensatz zur gewöhnlichen, offenen Inflation stellt die gestaute Inflation eine Erscheinung der neuesten Zeit dar. Sie ist an verschiedene Voraussetzungen gebunden, die erst der moderne Staat zu schaffen vermochte. So bedingt sie vor allem eine genaue Kenntnis aller wirtschaftlichen Zusammenhänge sowie jene starke Machtkonzentration beim Staate, welche notwendig ist, um den Wirtschaftsablauf auch im Sinne der gewonnenen Erkenntnisse beeinflussen zu können. Im Verlaufe der folgenden Kapitel dieser Untersuchung wird sich wiederholt Gelegenheit finden, auf die mannigfaltigen Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen hinzuweisen, die schliesslich zur gestauten Inflation führen. Damit ist aber nicht gesagt, dass die Erfüllung dieser eher technischen Voraussetzungen zwangsläufig zur gestauten Inflation führen muss. Es wird immer eine äussere Ursache vorhanden sein müssen, die den immerhin nicht geringen Aufwand, den die konsequente Durchführung einer Politik der gestauten Inflation erheischt, wenigstens in den Augen des Staates rechtfertigt. So mag zum Beispiel während einer Depression, wenn die Arbeitslosigkeit steigt, eine begrenzte Inflationspolitik als geeignetes Mittel zur Ankurbelung der stagnierenden Wirtschaft erscheinen. Es können aber auch gewisse sozial- oder machtpolitische Ziele des Staates sein, die einen so grossen Aufwand erfordern, dass sie nicht auf dem regulären Weg der Anlehensaufnahme und des Fiskus' realisiert werden können und deshalb nach weitergehenden Massnahmen verlangen.

Die vorgenannten Voraussetzungen waren in Deutschland zur Zeit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus alle erfüllt: Es herrschte ein wirtschaftlicher Tiefstand, wie er in keinem andern europäischen Lande verzeichnet werden konnte, und die notwendigen Machtmittel, um in die Wirtschaft eingrei-

fen zu können, schuf sich das Regime selbst. In Bezug auf die ersten Jahre der nationalsozialistischen Ära, also auf die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs kann der Begriff der gestauten Inflation noch nicht angewandt werden. Erst als, wenn auch nicht die Vollbeschäftigung, so doch ein sehr hoher Beschäftigungsgrad erreicht war und die Inflationspolitik begonnen hätte, sich akzentuierter auf das Preisniveau auszuwirken, setzte allmählich die Periode der eigentlichen gestauten Inflation ein. Zu jener Zeit sprach allerdings noch niemand von "gestauter Inflation", am wenigsten in Deutschland selbst. Immerhin hat schon vor dem Kriege eine ganze Reihe deutscher Autoren das Phänomen beobachtet und analysiert, wobei allerdings allfällige Kritiken, den damaligen Umständen entsprechend, begreiflicherweise sehr vorsichtig umschrieben wurden. Es ist kein Werk bekannt, welches die deutsche Wirtschaftspolitik der in Frage stehenden Zeit gesamthaft untersucht hätte. Die deutschen Autoren, wie Stucken, Jessen, Schmölders u. a. beschränkten sich darauf, einzelne Gesichtspunkte und Ausschnitte der deutschen Wirtschaftspolitik zu analysieren, die meist in Form von Aufsätzen in den verschiedenen Fachschriften veröffentlicht wurden ¹⁾.

So erschienen in den Schriften der Akademie für deutsches Recht Arbeiten über die Preispolitik, deren Wirkungen und Grenzen, von Schmölders und Jessen, und im weltwirtschaftlichen Archiv von H. Rittershausen. Die Liste der Beispiele liesse sich noch beliebig erweitern, doch sei an dieser Stelle auf Frei ²⁾ verwiesen, der in seiner Arbeit eine umfassende Darstellung der Untersuchungen deutscher Autoren der be -

¹⁾Vergl. Literaturverzeichnis S. 125

²⁾Frei, Rudolf, Die neue deutsche Währungstheorie, 1933 - 39, Dissertation Basel 1947.

treffenden Zeit gibt. Es sei deshalb im Hinblick auf die folgenden Ueberlegungen lediglich festgehalten, dass zuerst in Deutschland das Phänomen der gestauten Inflation beobachtet werden konnte, ohne dass man sich aber vorerst über die volle Tragweite dieser Erscheinung Rechenschaft ablegte. Erst als im Verlaufe des Krieges in beinahe allen Ländern, infolge des allgemeinen Gütermangels und des enormen Anwachsens der Rüstungsausgaben, immer weitergehende kriegswirtschaftliche Vorkehrungen notwendig wurden die nolens volens zu mehr oder weniger ausgeprägten Formen der gestauten Inflation führten, setzte man sich auch ausserhalb Deutschlands mit dem Problem ausgiebig und ernsthaft auseinander.

Der Grund, warum es zu einer derart ausgedehnten Diskussion um die gestaute Inflation kommen konnte, ist wohl darin zu suchen, dass so ganz verschiedene Ausgangslagen zu ein und derselben Erscheinung, eben zur gestauten Inflation, führen können. Man wird deshalb immer fragen müssen: Warum führt der Staat eine defizitäre Finanzpolitik durch und warum sollen die sich hieraus ergebenden Konsequenzen unterdrückt werden? Die Beantwortung dieser Fragen führt zu einer gewissen Differenzierung der Standpunkte der Kritiker, durch die allein eine gemeinsame Diskussionsbasis geschaffen werden kann.

Allein die Tatsache, dass die gestaute Inflation als Folge des staatlichen Interventionismus' auftritt, genügt, um deren heftigste Ablehnung durch den Neo-Liberalismus hervorzurufen. Doch schon bei den prominenten Exponenten dieser Richtung lassen sich Unterschiede feststellen, die vielleicht zunächst geringfügig erscheinen mögen, die aber gleichwohl von ersterangiger Bedeutung sind. So verwirft Rueff³⁾ die gestaute Inflation, resp. die zu ihr führenden Wirtschaftspolitik in Bausch und Bogen, unter allen Umständen und in jedem Falle.

³⁾Rueff, Jacques, L'ordre Social, Paris 1945

Es gibt nach Rueff keine noch so dringende Notlage, in der ein drohender Preisauftrieb nicht durch Kontraktion der Geldmenge allein verhütet werden könnte; und wenn auch eine inflatorische Preissteigerung aufträte, so wäre sie immer noch dem Schreckgespenst der gestauten Inflation vorzuziehen. Demgegenüber gibt Röpke ⁴⁾, an dessen kompromisslos liberalen Ueberzeugung wohl auch kaum jemand zweifeln wird, zu, es möge immerhin während des Krieges sinnvoll sein, die Inflation während einer gewissen Zeit zu stauen. Auch wenn dies der einzige positive Satz sein sollte, der sich bei Röpke finden liesse, stellt er doch ein ausserordentlich schwerwiegendes Zugeständnis für die Existenzberechtigung der gestauten Inflation in bestimmten Fällen dar. Damit will Röpke wohl nichts anderes sagen, als dass seine Kritik sich nicht in erster Linie gegen die aus der Not der Zeit geborene, sondern vor allem gegen die aus der Vollbeschäftigungspolitik resultierende gestaute Inflation wendet. Es bleibt einem späteren Kapitel vorbehalten, zu untersuchen, ob die Rueff'sche These, dass jeder Tendenz zur Preissteigerung allein durch Manipulation der zirkulierenden Geldmenge begegnet werden kann, zutrifft. Es sei aber gleich vorweggenommen, dass Rueff nur einen Faktor der Preisbildung, nämlich die aktive Geldmenge, nicht aber eine andere Grösse - die Nachfrageelastizität - berücksichtigt. Trotz brutalster Einschränkung der Geldmenge kann unter besonderen Umständen, wie gezeigt werden wird, eine Katastrophe nicht vermieden werden.

Es ist erstaunlich, und deshalb umso anerkennenswerter, dass Röpke sich dieser extremen Anschauung nicht anschliesst und eine Politik der gestauten Inflation, die ihm doch zutiefst zuwider sein muss, unter bestimmten Voraussetzungen wenn auch nicht empfiehlt, so doch nicht unbedingt verurteilt. Wenn die gestaute Inflation als Folge einer Notlage toleriert wird, so bleibt sie doch noch als Begleiterscheinung von vollbeschäftigungs- oder

⁴⁾Röpke, Wilhelm, Repressed Inflation, Kyklos Bd. I Heft 3, Berlin 1947, (Röpke I) S. 242

machtpolitischen Vorkehrungen durchaus fragwürdig. Hier sehen denn auch die Kritiker ihren wichtigsten Ansatzpunkt. Dass die Vermehrung der Geldmenge seit jeher eine beliebte Methode zur Finanzierung grosser Staatsausgaben war - man denke nur an die nicht enden wollende Kette von Münzverschlechterungen seit frühester Zeit - und dass solche Manipulationen ebenso seit jeher als verwerflich galten, ist unbestritten. Die Tatsache, dass die sich hieraus ergebende inflatorische Preissteigerung nun durch eine ganze Reihe staatlicher Eingriffe unterdrückt wird, dürfte an der Verwerflichkeit solcher Geldvermehrungen an sich nichts Wesentliches ändern. Es kann auch nicht bezweifelt werden, dass wenn einmal, aus andern Gründen, eine gestaute Inflation im Entstehen begriffen ist, die Gefahr oder die Tendenz besteht, dass der Staat bestimmte, kostspielige Vorhaben durchführt, die bei den klassischen Finanzierungsmöglichkeiten allein vielleicht nicht hätten in Angriff genommen werden können. Der Neo-Liberalismus behauptet nicht nur, dass diese Gefahr bestehe, sondern dass dies tatsächlich geschehen wird, ja, dass dies überhaupt der Grund zur Stauung einer drohenden Inflation sei.

Durch die künstliche Tiefhaltung des Preisniveaus soll die arglose Bevölkerung hinters Licht geführt werden, womit der Zweck der gestauten Inflation erfüllt sei. So weit soll hier aber nicht gegangen werden, obwohl nicht bestritten wird, dass es so sein kann und dass es gerade im Falle Deutschlands unter dem Nationalsozialismus zum guten Teil so war, was aber nicht heissen soll, dass es in allen andern Fällen ebenfalls zutreffen muss. Hierzu kann gerade noch bemerkt werden, dass niemals ein ganzes Volk sich ausnahmslos von der staatlichen Propaganda wird blenden lassen, dass es vielmehr immer weitsichtige und klar denkende Leute geben wird, die die wahren Zusammenhänge erfassen können. Dies trifft auch für Deutschland zu, wie am Beispiel des schon erwähnten Jessen erhärtet werden kann. Dass diese Leute sich so zurückhaltend ausgedrückt haben, lag nicht

an ihrem Nicht-Wissen, sondern an ihrem Nicht-Dürfen. Dieses Nicht-Dürfen hatte aber seinerseits nichts mit der gestauten Inflation zu tun, sondern lag im ganzen Regierungssystem begründet. Dass die gestaute Inflation eine Diktatur weder zur Voraussetzung noch zur Folge haben muss, sei am Beispiel der Schweiz illustriert. Wenn man also in einem konkreten Fall ein Urteil über eine gestaute Inflation abgeben soll, wird man darüber befinden müssen, ob es sich um eine reine Finanzierungsmethode handelt oder ob es die Ueberbrückung einer zeitlich begrenzten Notlage darstellt. Da aber auch der Begriff "Notlage" keine objektiv fassbare Grösse ist, wird auch hier nie Einstimmigkeit erreicht werden können.

Der wohl meistumstrittene Punkt in Bezug auf die gestaute Inflation liegt aber in ihrer Eigenschaft als Folge der Vollbeschäftigungspolitik. Es wird in einem späteren Kapitel skizziert, auf welche Art und Weise die Keynes'sche Vollbeschäftigungstheorie ihr Ziel zu erreichen sucht, weshalb hier nur darauf hingewiesen werden soll, dass es sich prinzipiell um eine Vergrösserung der Nachfrage durch zusätzliche Geldschöpfung handelt. Wenn aber die Anwendung der Keynes'schen Vorschläge eine gestaute Inflation mit sich bringen muss - was noch nicht erwiesen ist - dann stellt dies kein Argument gegen die gestaute Inflation sondern höchstens gegen die Keynes'sche Theorie dar. Das Schweregewicht der Kritik hat sich denn auch von der gestauten Inflation nach der Vollbeschäftigungstheorie verschoben. So erklärt sich, warum sich die Diskussion in erster Linie zwischen Liberalen und Keynesianern abspielt.

Obwohl auch die Vollbeschäftigung kein eindeutig definierter Begriff ist, wird doch im Allgemeinen jener Zustand darunter verstanden, bei dem jeder Arbeitswillige auch Arbeit findet. Dies allein genügt jedoch nicht, denn gleichzeitig ist im genannten Begriff impliziert, dass jeder Arbeitswillige Arbeit zu einem bestimmten Minimallohn findet, der doch wohl mindestens der

Höhe des Existenzminimums entsprechen sollte. Dies setzt aber voraus, dass auf dem Arbeitsmarkt die Nachfrage ständig überwiegt, dass also immer ein Ungleichgewicht herrscht, was nach klassischer Ansicht nur bei steigender Konjunktur möglich ist. Wenn deshalb postuliert wird, dass auch beim Konjunktumschwung die Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt unverändert bleiben sollen, muss eben der Staat als Auftraggeber oder Unternehmer auftreten, um so die fehlende Nachfrage zu kompensieren. Es fragt sich nun aber, womit soll der Staat diese zusätzlichen Ausgaben finanzieren. Hier gehen die Meinungen auseinander, da im Grossen drei Möglichkeiten bestehen. So kann ein früher speziell zu diesem Zwecke geäufter Fond herangezogen werden, oder die notwendigen Mittel können durch Steuern und Anleihen aufgebracht werden; als dritte Lösung endlich kann die Neuschöpfung von Geld betrachtet werden.

Die erste Möglichkeit kann gleich übergangen werden, da sie im Grunde dasselbe darstellt, wie die dritte. Ob das Geld irgendwo inaktiv gelegen hat oder ob es ganz neu in Zirkulation gesetzt wird, spielt im Moment, in dem es ausgegeben wird, keine Rolle: In beiden Fällen wird die aktive Geldmenge vergrössert. Im vorhergehenden Zeitabschnitt allerdings hat die Aeufnung des Fonds zweifellos durch die aus ihr resultierenden Beschränkung der zirkulierenden Geldmenge eine, den Konjunkturaufschwung dämpfende Wirkung ausgeübt. Dieser Fond müsste aber ausserordentlich gross sein, da ein nur einigermaßen kräftiger und anhaltender Konjunkturrückschlag sehr viele Mittel erfordert, wenn sich nicht rasch eine kumulative Wirkung der staatlichen Ankurbelungsmassnahmen zeigen sollte.

Es bleiben also in der Hauptsache nur die beiden letztgenannten Möglichkeiten zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen. Wenn diese Ausgaben nach der klassischen Auffassung finanziert würden, also mit Hilfe von Steuern und Anleihen, wäre es fraglich, ob sie die gewünschte Wirkung zeitigen würden,

denn es erscheint als eine recht überflüssige Manipulation, wenn der Staat auf der einen Seite Gelder dem Verkehr entzieht um sie auf der andern Seite wieder in die Wirtschaft hineinzupumpen. Bei näherem Zusehen wird man aber bemerken, dass es nicht gleichgültig ist, wo die betreffenden Gelder abgeschöpft und an welcher Stelle sie wieder in den Kreislauf gebracht werden. Der Steuerzahler ist nicht unbedingt identisch mit dem Bezüger der aus diesen Mitteln neu geschaffenen Einkommen. Die beschriebene Methode der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung bewirkt sicher, dass eine gewisse Umschichtung der Einkommensstruktur stattfindet, womit aber nicht behauptet werden soll, diese Verschiebung genüge, um eine Krise zu überwinden, geschweige denn um dauernde Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Die Keynes'sche Vollbeschäftigungstheorie ihrerseits sieht als Hauptmoment zur Erreichung ihres Zieles nicht die Aenderung der Einkommensstruktur, sondern die Schaffung gänzlich neuer Einkommen, sei es durch Kreditexpansion, sei es direkt durch Einführung neuer Gelder in den Wirtschaftskreislauf. Sie stellt also eine Inflationspolitik dar. Es wird von keiner Seite bestritten, dass damit auf das Preisniveau ein Druck nach aufwärts ausgeübt wird, der sich umso mehr verstärkt, je mehr man sich dem Zustand der Vollbeschäftigung nähert. Dies heisst aber nichts anderes, als dass das zusätzliche Geld sich statt auf den Beschäftigungsgrad, immer mehr nur auf das Preisniveau auswirkt. Um diese Entwicklung zu verhindern, wird der Staat Massnahmen ergreifen müssen, um das Preisniveau, entgegen dieser Tendenz, stabil zu halten. Damit gelangt man zur gestauten Inflation, die in diesem Falle von den Sozialisten allerdings "Planwirtschaft" genannt wird (obwohl sich die beiden Begriffe durchaus nicht decken 5). Wenn bis zu diesem Punkte die Thesen der sich gegenüberstehenden Autoren nicht allzu stark divergieren, so werden die Gegensätze in Bezug auf die Alternative: Vollbeschäftigung mit gestauter Inflation oder: keine gestaute Inflation, aber auch

5) Vergl. S. 103.

keine Vollbeschäftigung, umso ausgeprägter. Nach liberaler Ansicht ist der in Form einer gestauten Inflation zu bezahlende Preis für die Vollbeschäftigung ein viel zu hoher und in keiner Weise gerechtfertigt, während nach sozialistischer Auffassung die Planwirtschaft als Idealzustand gilt, die allein ein optimales Nationalprodukt und dessen gerechte Verteilung unter die Wirtschaftssubjekte gewährleiste. Der ganze Katalog verschiedenartiger Freiheitsbeschränkungen, die die Planwirtschaft zwangsläufig mit sich bringt wird von den "Ultra-Keynesianern" nicht als Nachteil betrachtet, sondern lediglich als Mittel zum Zweck. Damit dürfte man am Kernpunkt der Kontroverse angekommen sein, wo eine weitere Diskussion eigentlich unmöglich ist, weil keine gemeinsame Diskussionsbasis mehr gefunden werden kann.

So beruht denn die Kontroverse um die gestaute Inflation letztlich weniger auf materiellen Gegensätzen, sondern vielmehr auf den in wirtschaftlicher Hinsicht sich diametral gegenüberstehenden Grundkonzeptionen der sozialistischen und liberalen Weltanschauungen. Damit dürfte der Stand der heute vertretenen Ansichten gekennzeichnet sein, der dadurch charakterisiert wird, dass nicht mehr die gestaute Inflation an sich, sondern die zu ihr führende Wirtschaftspolitik in den Brennpunkt des Interesses gerückt ist.

I. K a p i t e l.

Die Grundformen der Inflation.

a) Die absolute Inflation.

Jede Vergrößerung der aktiv auf dem Markte auftretenden Geldmenge ohne entsprechendes Anwachsen der angebotenen Gütermenge soll als absolute Inflation bezeichnet werden. Solche Inflationen traten während und nach dem zweiten Weltkriege in sozusagen allen Ländern der Welt auf. Wo aber eine Politik der gestauten Inflation getrieben wurde, lag der drohende Preisauftrieb nicht nur in der Erweiterung der Geldzirkulation, sondern ebenso in der akuten Verknappung der Konsumgüter begründet. Obwohl es nicht möglich ist, den Anteil dieser beiden, die Inflation verursachenden Momente am herrschenden Inflationsdruck festzustellen, wird deren strenge Unterscheidung das Verständnis der einzelnen sich darbietenden Probleme ausserordentlich erleichtern.

b) Die relative Inflation.

In Umkehrung des obigen Falles, wo die Preissteigerung allein auf monetäre Gründe zurückzuführen war, ist die relative Inflation dadurch gekennzeichnet, dass bei gleichbleibender aktiver Geldmenge die dem privaten Konsum zur Verfügung stehende Gütermenge sich verringert. Hierbei muss allerdings der Begriff "Konsumgüter" insofern erweitert werden, als er auch die zur privaten Investition bestimmten Investitionsgüter umfasst, die ja im Moment der Investition, in ihrer Eigenschaft als Investitionsgüter, auch konsumiert werden. Wenn in dieser Weise die Gesamtproduktion eines Landes in die beiden Teile der staatlichen und der privaten Konsumption zerlegt wird, erkennt man, dass der Rückgang des privaten Anteils verschiedene Gründe haben kann. So wird jede Verminderung der Gesamtproduktion bei gleichbleibendem staatlichem Konsum eine Verknapp-

ung der privaten Gütermenge herbeiführen, wie auch jede Vermehrung des staatlichen Konsums ohne entsprechende Erweiterung der Gesamtproduktion dasselbe Resultat zeitigen muss. Demnach kann man zwei Formen der relativen Inflation unterscheiden, wobei sich die erste dadurch auszeichnet, dass die Verknappung der privaten Gütermenge als Folge eines Rückganges der Gesamtproduktion eintritt, die ihrerseits in ausserwirtschaftlichen, höheren Erscheinungen begründet liegt. Hierzu sind auch jene Fälle zu zählen, wo die Knappheit von Importschwierigkeiten herrührt, sofern diese Schwierigkeiten nicht von den eigenen Behörden - mit der Absicht, irgendwelche Ziele zu erreichen - bereitet werden. Da solche relative Inflationen nicht als Folge anderer, innerwirtschaftlicher Geschehnisse, sondern als selbständige Erscheinungen von aussen herantreten, sollen sie unter den Begriff "autonome" relative Inflation fallen. Im Gegensatz hiezu soll jene relative Inflation, die durch Erweiterung des staatlichen Konsums entsteht, also allein vom Staat oder dessen Wirtschaftsbehörden abhängig ist, als "dependente" relative Inflation bezeichnet werden.

In dieser Weise kann man die deutsche relative Inflation, wie aus dem Vorhergesagten hervorgeht, als nur dependent bezeichnen, da sie in keiner Weise auf ausländische Einflüsse zurückzuführen war.

In den übrigen Ländern traten beide Formen gemischt auf, mit dem Hauptakzent auf dieser oder jener Grösse, je nach der politisch-wirtschaftlichen Situation und der Handlungsweise des betreffenden Staates. In allen Ländern mit Ausnahme Deutschlands, wo eine Politik der gestauten Inflation getrieben wurde, ist diese aus den kriegswirtschaftlichen Vorkehrungen herausgewachsen.

2. Kapitel.

Der inflatorische Preisauftrieb.

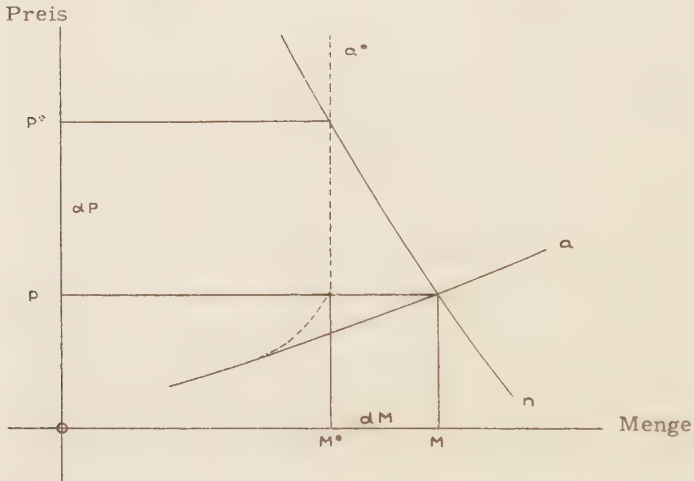
a) Bei absoluter Inflation.

Wenn im vorhergehenden Kapitel so viel Wert auf die scharfe Unterscheidung von relativer und absoluter Inflation gelegt wurde, wird man schon jetzt den Grund dazu erkennen. Will man sich nämlich über das Ausmass einer inflatorischen Preissteigerung Rechenschaft ablegen, so wird man feststellen, dass es nicht gleichgültig ist, um welche Form der Inflation es sich handelt. Stellt man sich eine absolute Inflation der Einfachheit halber als eine einmalige Erhöhung der zirkulierenden Geldmenge vor, so wird sich die daraus resultierende Preiserhöhung in einem bestimmten Verhältnis zu dieser zusätzlichen Geldmenge einstellen. Wenn die einfache Quantitätstheorie gelten würde, müsste also beispielsweise eine Geldvermehrung von 50% eine Preiserhöhung von 50% zur Folge haben. Eine ganze Anzahl von Faktoren, die hier nicht aufgezählt werden können, bewirken aber, dass in Wirklichkeit das Verhältnis ein ganz anderes sein wird. Es sei hier lediglich festgehalten, dass die Preiserhöhung mit der Geldvermehrung in Beziehung steht, ohne über die numerische Grössenverhältnisse etwas auszusagen. Wollte man die Wirkungen einer solchen absolut-inflatorischen Preissteigerung auf die Angebots- und Nachfragekurve graphisch darstellen, erhielte man ein recht uninteressantes Ergebnis. Die beiden Kurven würden ihre Gestalt nicht ändern, sie würden nur innerhalb des Koordinatensystems um einen bestimmten Betrag nach oben verschoben, der vom oben erwähnten Verhältnis der zusätzlichen Geldmenge zur tatsächlichen Preissteigerung abhinge. Diese Aussagen besitzen natürlich nur für die primären Wirkungen einer Geldmengenerhöhung Gültigkeit; es können sekundäre und tertiäre Folgen auftreten, die durchaus die Ange-

bots- und Nachfragestruktur zu ändern vermögen. Solche späteren Auswirkungen sind aber von so vielen Imponderabilien abhängig, dass ihr Ausmass nicht vorausgesagt werden kann.

b) Bei relativer Inflation.

Wie die folgende Graphik zeigen wird, sind es bei der relativen Inflation, im Gegensatz zum ersterwähnten Falle, ganz bestimmte Grössen, die das Ausmass der inflatorischen Preissteigerung bestimmen.



Die Kurven a und n stellen die Angebots- resp. die Nachfragekurve eines bestimmten Produktes dar, deren Schnittpunkt den Gleichgewichtspreis P ergibt. Es wird angenommen, die verfügbare Menge dieses Gutes erfahre aus irgend einem Grund, z. B. wegen der erhöhten staatlichen Produktion, eine Einschränkung. Die Menge dM fehle auf dem Markt und könne nicht, da schon alle Mittel zur Förderung der Produktion angewandt wurden, angeboten werden. In der Graphik wird die Angebotskurve ihre Gestalt in der Weise ändern, dass sie, der erhöhten Produktionskosten wegen, zunächst steiler ansteigt, um bei der Menge M^* ganz vertikal zu verlaufen. Es kann eben, wie gross die Nachfrage und

wie hoch der Preis auch sein mag, nicht mehr als die Menge M^* produziert werden. Wenn die Nachfragekurve als unverändert angenommen wird, ergibt ihr Schnittpunkt mit der neuen Angebotskurve a^* den neuen Preis P^* . Es ist leicht, einzusehen, dass, wenn die Kurven a^* und n gegeben sind, die Preiserhöhung dP von der Neigung der Kurve n abhängt. Je steiler die Kurve, also je unelastischer die Nachfrage ist, umso höher wird der Preis bei gegebenem Angebot sein. Da gerade die lebensnotwendigen Güter wie Nahrungsmittel, eine relativ steile Nachfragekurve aufweisen, wird es verständlich, dass schon eine bescheidene Verringerung des Angebots zu erheblichen Preissteigerungen führen kann. Es ist eben nicht so, dass eine Geldvermehrung von beispielsweise 20% und ein Angebotsrückgang von 20% dieselbe Preiserhöhung verursachen würden. Obwohl es aus den vorstehenden Ausführungen hervorgeht, soll doch ausdrücklich betont werden, dass wenn hier von Angebotsrückgang gesprochen wird, darunter immer ein erzwungener Rückgang verstanden werden soll, der als primäre Erscheinung auftritt. Es wäre ja auch denkbar, dass das Angebot sich infolge eines Rückganges der Nachfrage verringert, was in bezug auf das Preisniveau gerade die gegenteiligen Wirkungen hätte. Dieses Phänomen, der relative Güterüberfluss stellt das Gegenteil der relativen Inflation, die relative Deflation dar, und kann deshalb nicht im Rahmen dieser Untersuchung behandelt werden.

3. K a p i t e l

Der Begriff der gestauten Inflation.

Inflationen hat es im Laufe der Geschichte immer wieder gegeben. Beim Studium der historischen Wirtschaftsentwicklung wird man feststellen müssen, dass die Perioden einer stabilen, wertbeständigen Währung recht kurz und selten waren. Allerdings konnten im Altertum und Mittelalter, dank der metallischen Geldform, die damaligen Geldentwertungen nie so krasse Formen annehmen, wie es in neuerer Zeit, seit der Einführung des Papiergeldes, möglich geworden ist. Ueber die Gründe und Ursachen, die zu diesen Inflationen geführt haben, ist schon so viel geschrieben worden, dass es sich erübrigt, sie an dieser Stelle noch einmal zu wiederholen.

Im Gegensatz zur normalen, offenen Inflation, stellt die gestaute, oder versteckte Inflation eine Erscheinung der neuesten Zeit dar. Sie charakterisiert jene Wirtschaftslage, in welcher bei freien Marktverhältnissen eigentlich eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus eintreten sollte, die aber, unter Zuhilfenahme staatlicher Eingriffe, verhindert wird. Wenn also unter dem allgemeinen Begriff "Inflation" jeder umfassende Preisauftrieb verstanden wird, stellt der Begriff "gestaute Inflation" in sich einen Widerspruch dar: Eine allgemeine Preiserhöhung ohne Preiserhöhung. Man wird deshalb, um präzise zu sein, nicht die Preiserhöhung selbst mit "Inflation" bezeichnen, sondern die ihr zu Grunde liegende wirtschaftliche Situation, wobei es gleichgültig ist, welche Ursachen zu dieser Lage geführt haben. So will auch Lerner⁶⁾ den Begriff der Inflation nicht als allgemeiner Preisauftrieb, sondern vielmehr als "ein Ueberwiegen der Nachfrage gegenüber dem Angebot" verstanden haben. So wird sich eine inflatorische Ent-

⁶⁾ Lerner, Abba P. The Inflationary Process, Some Theoretical Aspects, The Review of Economics and Statistics, Harvard University Press, August 1949, S. 194.

wicklung entweder als offene Inflation mit Preiserhöhung oder als gestaute Inflation ohne Preiserhöhung, aber mit andern Kennzeichen, manifestieren.

Es ist nicht leicht, zu entscheiden, welcher Name, "versteckte" oder "gestaute" Inflation, vorgezogen werden soll, da beide Begriffe verschiedene Aspekte der in Frage stehenden Erscheinung gleich treffend bezeichnen.

Lerner allerdings nennt dasselbe Phänomen "Suppression", als Gegenstück zur Depression, die er als eine Deflation bei fixen Mindestpreisen definiert; demnach müsste eine gestaute Inflation, also eine Inflation bei festgelegten Höchstpreisen logischerweise "Suppression" heissen ⁶⁾. Wenn im Folgenden trotzdem stets die Bezeichnung "gestaute Inflation" verwendet wird, geschieht dies vor allem deshalb, weil dieser Name, resp. seine englische Uebersetzung in der Literatur am weitesten verbreitet ist ⁷⁾.

⁷⁾Vergl. vor allem: Röpke I

und

Röpke Wilhelm, Offene und zurückgestaute Inflation, Kyklos I, Heft I, Berlin 1947.
(Röpke II)

4. K a p i t e l.

Die Entstehung der gestauten Inflation.

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass sich die gestaute Inflation nur durch eine verschiedenartige Weiterentwicklung aus einer gegebenen Situation von der offenen Inflation unterscheidet, erkennt man, dass weder diese Ausgangslage noch die zu ihr führenden Erscheinungen für die eine oder andere Form der Inflation kennzeichnend sind. Alle Gründe, die eine offene Inflation hervorrufen können, können ebensogut Ursache einer gestauten Inflation werden. Da diese Gründe nicht typisch für die gestaute Inflation sind und zudem im Zusammenhang mit Untersuchungen über die offene Inflation immer wieder beschrieben worden sind, sollen sie hier nicht im Einzelnen aufgezählt werden. Es sei deshalb lediglich festgehalten, dass es generell - mit Ausnahme der rein relativen Inflation - immer die defizitäre Finanzpolitik des Staates ist, die den Grund zu inflatorischen Geldentwertungen bildet. Eine grobe Unterscheidung lässt sich vielleicht gleichwohl feststellen, wenn ein Schritt weiter gegangen und nach den Ueberlegungen gefragt wird, die zu einer solchen Defizitwirtschaft führten. Ohne Anspruch auf Allgemeingültigkeit zu erheben, kann doch gesagt werden, dass wenn die herrschende Inflation das ungewollte, und, nachdem keine andern Möglichkeiten des Budgetausgleichs mehr ausgewertet werden konnten, unvermeidliche Resultat einer fortgesetzten Misswirtschaft darstellt, der Inflationsdruck sich hemmungslos auf das Preisniveau auswirken und so zu einer offenen Inflation führen wird. Diese Entwicklung liegt meist in der menschlichen Unzulänglichkeit der Wirtschaftsbehörden begründet. Im andern Fall aber, wo die Defizitwirtschaft, und damit die Inflation, eine zwar ebenfalls unerwünschte, aber absichtlich herbeigeführte Erscheinung ist, die eben in Kauf genommen wird, um andern, höheren Zielen näher zu kommen, wird die

Wirtschaftsbehörde versuchen, bestimmte Auswirkungen des Inflationsdruckes einzudämmen. Hier ist also die Inflation Mittel zum Zweck. Ob allerdings der zu erreichende Zweck jeweils das Mittel rechtfertigt, ist eine Frage, die nicht ohne weiteres beantwortet werden kann.

Wenn auch, wie oben erwähnt, jede Ursache einer offenen Inflation ebensogut Ursache einer gestauten Inflation werden kann, hatten doch alle gestauten Inflationen, die in den verschiedenen Ländern beobachtet werden konnten, nur zwei Ursprünge: 1. Der Krieg, seine Vorbereitung und seine Folgen. 2. Die Vollbeschäftigungsbestrebungen.

1. Der Krieg, seine Vorbereitung und seine Folgen.

Wenn jede Inflation durch ein Missverhältnis der angebotenen Gütermenge gegenüber der aktiv zirkulierenden Geldmenge hervorgerufen wird, wobei es gleichgültig ist, welche der beiden Grössen sich verändert, so bewirkt der Krieg, dass beide Grössen, in einem, das Missverhältnis verstärkendem Sinne, beeinflusst werden. So wird die verfügbare Gesamtgütermenge durch die erschwerten Importmöglichkeiten verringert; gleichzeitig wird durch die gewaltige Ausdehnung der Rüstungsproduktion die dem zivilen Konsum verbleibende Warenmenge empfindlich eingeschränkt. Parallel mit dem Wachstum des staatlichen Anteils an der Gesamtproduktion wird eine Vermehrung der Geldmenge eintreten, denn die Rüstungsproduktion muss irgendwie finanziert werden, und es ist nicht anzunehmen, dass die durch zusätzliche Steuern aufgebrauchten Gelder hiezum allein genügen werden. Diese doppelte Wirkung des Krieges auf das Preisniveau würde, wenn es sich selbst überlassen bliebe, zu einer exorbitanten Preissteigerung führen, die schon in normalen Zeiten zu einer nationalen Katastrophe ausarten könnte und deshalb im Kriegszustand erst recht unter allen Umständen verhindert werden muss. Diese Notwendigkeit ist auch kaum je ernstlich bestritten worden.

Wenn auch nach Kriegsende die unmittelbare, äussere Bedrohung aufgehört hatte, und damit die laufenden Militärausgaben weitgehend reduziert werden konnten, stand der Staat in den kriegsbetroffenen Ländern vor unübersehbaren Schwierigkeiten. Ungeheure Staatsschulden, zerstörte Gebäude und Fabrikanlagen, alle sonstigen Kriegsschäden, die mit staatlicher Hilfe überwunden werden mussten, belasteten die Staatsrechnung in bisher unbekanntem Ausmass. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass auch nach Kriegsende - obwohl das Güterangebot auf dem Weltmarkt sich relativ rasch erholte - der Inflationsdruck in einigen Ländern nicht nur nicht nachliess, sondern zum Teil sogar noch weiter anstieg. Hiezu hat in erster Linie der grosse Nachholbedarf beigetragen, der praktisch nur aus Importen aus den USA gedeckt werden konnte und damit die kritischen Zahlungsbilanz-Situationen schuf, gegen die alle europäischen Nationen, mit wenigen Ausnahmen, zu kämpfen hatten. So fanden sich viele Länder, wie vor allem Grossbritannien, in der schwierigen Lage, dass sie einerseits lebenswichtige Importe dringend benötigten, andererseits aber versuchen mussten, ihr passive Zahlungsbilanz durch forcierten Export und mögliche Drosselung des Importes zu aktivieren. Diese Situation führte dazu, dass in verschiedenen Ländern auch nach dem Kriege noch eine Politik der gestauten Inflation getrieben wurde.

Obwohl in Deutschland die Periode der gestauten Inflation schon vor dem Kriege, etwa Mitte der Dreissiger-Jahre, einsetzte, sind die ihr zu Grunde liegenden Ursachen nicht wesentlich von den oben erwähnten verschieden. Vom Standpunkt des damaligen deutschen Regimes gesehen war die Vorbereitung des Krieges ebenso eine Notwendigkeit, wie es seine Führung, in den Augen der Alliierten, nach dessen Ausbruch war. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, hatte die deutsche gestaute Inflation die gleichen Entstehungsgründe wie die der übrigen Länder: Rückgang der dem privaten Konsum zur Verfügung stehenden Güter trotz gestiegener Gesamtproduktion, hervorgerufen durch das

enorme Wachstum der staatlichen Ansprüche ⁸⁾. Dass in Deutschland die gestaute Inflation nicht eigentlich das Resultat einer "irrtümlicherweise" zu weit getriebenen Vollbeschäftigungspolitik ist, bestätigt auch Stucken ⁹⁾ indem er darauf hinweist, dass mit Beginn der "staatspolitischen Phase der Aufrüstung" nicht mehr "der Gedanke der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung" im Vordergrund stand, sondern dass die staatlichen Investitionen um ihrer selbst willen als notwendig erachtet, und damit zum Selbstzweck ¹⁰⁾ wurden.

⁸⁾ vergl. S. 15

⁹⁾ Stucken Rudolf, Deutsche Geld- und Kreditpolitik, Hamburg 1937, S. 131.

¹⁰⁾ Burkheiser Karl, Grenzen des Staatskredits, Berlin 1937.

2. Die Vollbeschäftigungspolitik.

Wie der Krieg direkt eine inflatorische Entwicklung bewirkt, kann er auch auf indirektem Wege zu einer solchen beitragen. So ist zweifellos der erste Weltkrieg mit allen seinen Folgen ¹¹⁾ weitgehend für die ökonomischen Schwierigkeiten verantwortlich zu machen, womit praktisch die ganze Welt, insbesondere aber Deutschland in den Jahren 1929 - 32 zu kämpfen hatte. Wenn deshalb die Vollbeschäftigungsbestrebungen in Deutschland schliesslich zur gestauten Inflation führten, so kann diese wohl als indirekte Folge des ersten Weltkrieges betrachtet werden, wenn auch in den späteren Entwicklungsphasen die Aufrüstung, also die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges die fortgesetzte Defizitwirtschaft veranlasst hat. Wenn trotzdem der Vollbeschäftigungspolitik als Ursache der gestauten Inflation ein spezieller Abschnitt gewidmet wird, geschieht dies deshalb, weil nicht jede Krise auf einen Krieg zurückgeführt werden kann, sondern sehr wohl auch als selbständige Erscheinung auftreten könnte. Wenn in Deutschland die gestaute Inflation kaum als Folge der Vollbeschäftigungsbestrebungen betrachtet werden kann - die Vollbeschäftigung war ja mit Anbruch der staatspolitischen Phase mehr oder weniger erreicht - so können diese in andern Ländern ¹²⁾ als Hauptursache der gestauten Inflation aufgefasst werden.

Die Vollbeschäftigungspolitik durch Kreditexpansion etc. stützt sich vor allem auf Keynes ¹³⁾ wie Hahn ¹⁴⁾ sich ausdrückt:

"For, although some planners are distinctly out-keynesing Keynes in a way that Lord Keynes himself would surely reject, the planners base attitude is distinctly an application of Keynes "General Theory of Employment, Interest and Money".

¹¹⁾ vergl. Frei S. 15/16

¹²⁾ so auch in Grossbritannien.

¹³⁾ Keynes John Maynard, General Theory of Employment, interest and money, London 1936.

¹⁴⁾ Hahn Albert L., Compensating Reactions to Compensatory Spending, The American Economic Review, März 1945.

Da es nicht in den Rahmen dieser Untersuchung gehört, über die Zweckmässigkeit der Geldschöpfung als Mittel zur Vollbeschäftigung zu urteilen, mag es genügen, wenn nur skizziert wird, auf welche Weise eine solche Politik zur gestauten Inflation führen kann. Nach Keynes ¹⁵⁾ soll eine Mehrbeschäftigung durch Erhöhung der Nachfrage erreicht werden. Dies wird so bewerkstelligt, dass durch Senkung des Zinssatzes und durch Kreditexpansion zuerst der Anreiz zur Investition und damit die Nachfrage nach Kapitalgütern verstärkt wird, wobei indirekt auch eine Steigerung der Konsumgüternachfrage eintreten wird. Sollten diese Massnahmen nicht genügen, um die Vollbeschäftigung zu erreichen, würde der Staat mit Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zusätzliches Geld direkt in die Konsumgütersphäre bringen, also eine defizitäre Finanzpolitik betreiben. Es wird nicht bestritten, dass auf diese Weise eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades erzielt werden kann; ebenso wenig wird aber auch bestritten, dass damit auf das Preisniveau ein Druck nach oben ausgeübt wird. Es fragt sich nur, wann dieser Druck nach oben wirksam wird, wann also jener Punkt, "reaction point" ¹⁶⁾ erreicht wird, wo auch mit zusätzlichem Gelde keine Mehrbeschäftigung mehr erreicht wird, weil dieses neue Geld durch die Preissteigerung sozusagen neutralisiert wird, bevor es Zeit hat, auf den Beschäftigungsgrad einzuwirken. Keynes ist, im Gegensatz zu den Klassikern, der Ansicht, die "reaktionsfreie Periode" sei relativ lang ¹⁷⁾ (die reine Quantitätstheorie sagt ja implizite aus, die reaktionsfreie Periode sei gleich Null). Solange der "reaction point" noch nicht erreicht ist, besteht für

¹⁵⁾ Keynes John M. General Theory S. 3.

¹⁶⁾ Hahn, S. 30

¹⁷⁾ Keynes S. 3.

den Staat noch kein Anlass, weiter in die Wirtschaft einzugreifen. Wenn aber die Preise zu steigen beginnen, wird er nicht zusehen wollen, wie die Wirkung seiner Bemühungen zur Hebung des Beschäftigungsgrades sich mit einer blossen Preissteigerung erschöpft. Er wird also versuchen, diese ungewollte Reaktion zu verhindern, um die gewollte Wirkung zu erzielen. Damit fängt aber jener Zustand an, der unter "gestauter Inflation" verstanden wird. Vollbeschäftigungspolitik ist zwar nicht identisch mit gestauter Inflation - wenigstens nicht vor Erreichen des "reaction point". Soll aber diese Politik konsequent weiter getrieben werden, wird unfehlbar der Moment kommen, wo die gestaute Inflation in Kauf genommen werden muss. Dies hindert gewisse "Planer" allerdings nicht, gleichwohl eine derart weitgehende Vollbeschäftigungs-Politik zu postulieren. Es sei als Beispiel nur Beveridge¹⁸⁾ erwähnt, der die Vollbeschäftigung¹⁹⁾ in Verbindung mit einer ausgebauten Planwirtschaft erreichen will und sein Werk pikanterweise mit dem Titel überschreibt: "Report on Full employment in a free society" (von mir gesperrt).

Wenn schon die Vollbeschäftigung die Gefahr eines inflatorischen Preisauftriebes in die Nähe rückt, so wird diese Tendenz bei Ueberbeschäftigung unmittelbar akut. Während des Krieges stand ein grosser Teil der Arbeitskräfte unter den Fahnen und damit ausserhalb des Produktionsprozesses. Von diesen konnten viele nach Beendigung der Feindseligkeiten in den Wirtschaftskreislauf rückgegliedert werden, wo sie dringend benötigt wurden. Obwohl mit dem vermehrten Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit die Gesamtproduktion zweifellos gesteigert werden konnte, ist dies

18) Lord Beveridge, Report on Full Employment in a Free Society, London 1944.

19) Bei Beveridge heisst Vollbeschäftigung mehr, als normalerweise unter dem Begriff verstanden wird:
Ein stetes Vorherrschen der Nachfrage nach Arbeitskräften gegenüber dem Angebot (Seller's Market).

doch nicht im Verhältnis der zusätzlich aufgewandten Arbeit geschehen. Die Summe der an solche neu eingetretenen Arbeitskräfte ausbezahlten Löhne und Gehälter trug wesentlich dazu bei, das schon übermässig aufgeblähte Geldvolumen zu vergrössern, ohne dass entsprechend mehr Konsumgüter zur Verfügung gestanden wären, denn von der an sich schon relativ geringen Mehrproduktion musste ja, wegen der Zahlungsbilanzschwierigkeiten, ein bedeutender Anteil unbedingt exportiert werden. Hieraus erklären sich auch die Schwierigkeiten, die Grossbritannien mit der Bereitstellung von Exportgütern hatte, die dahin führten, dass die Unternehmer nur einen bestimmten Teil ihrer Produktion auf dem Inlandmarkt anbieten durften. Die notwendige Handhabe um die Einhaltung der gesetzlichen Exportquoten zu gewährleisten, besass der Staat in Gestalt der Rohstoffzuteilungen. Der Zwang, die Gesamtproduktion solchermassen zu steigern, führt beinahe unvermeidlich zur Ueberbeschäftigung, die allein schon inflatorische Wirkungen zeitigt. Obwohl es nicht in den Rahmen dieser Untersuchung fällt, soll doch erwähnt werden, dass die Marshall-Hilfe wesentlich dazu beigetragen hat, in den beteiligten Ländern die Spannung zu mildern.

5. K a p i t e l

Das Beispiel Deutschlands.

Es ist nicht erstaunlich, dass es vor dem Kriege vornehmlich deutsche Autoren waren, die sich mit dem Problem der gestauten Inflation beschäftigt haben - wenn auch dieser Name begreiflicherweise nie Verwendung fand - hat doch die nationalsozialistische, als erste Regierung, eine solche Politik getrieben. Es findet sich eine ganze Reihe Autoren, die die verschiedenen Teilprobleme der gestauten Inflation, wie Wirtschaftslenkung, Lohn- und Preiskontrolle, etc. ausführlich beschreiben. Es sei an dieser Stelle auf Frei²⁰⁾ verwiesen, der in seiner Abhandlung die theoretischen Grundlagen des deutschen Wirtschaftsexperimentes eingehend darstellt. Es mag deshalb genügen, wenn die Entwicklung der gestauten Inflation in Deutschland hier nur kurz skizziert wird.

Es ist schwer, abzuschätzen, in welchem Masse die deutsche und die Weltwirtschaftskrise dazu beigetragen haben, dem Nationalsozialismus in Deutschland zur Machtentfaltung zu verhelfen. Der Nationalsozialismus schien die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen, zeigten sich doch relativ bald schon nach der Machtübernahme deutliche Anzeichen des Aufschwungs, deren auffälligstes wohl die sinkenden Arbeitslosenziffern waren. Die Triebfeder dieses Aufstieges war die Inflationspolitik des Staates. Die Ausgaben des Staates wurden nur zum Teil aus dessen Einnahmen bestritten, zum andern Teil bezahlte er seine Gläubiger mit neu geschaffenem Geld. Es wurde deshalb allgemein erwartet, dass nach Erreichen der Vollbeschäftigung, was etwa für das Jahr 1936 zutreffen mag, eine rapide Erhöhung

20) Frei Rudolf, Die neuere deutsche Währungstheorie 1933 - 1939, Diss. Basel 1947.

des Preisniveaus einsetzen werde ²¹⁾. Diese Erwartung erwies sich als falsch, obwohl die Staatsausgaben allmählich gewaltige Ausmasse annahmen. Man denke an die Monumentalbauten, Autobahnen, und, als wichtigsten Posten, an die Rüstung. Es soll einem spätern Kapitel ²²⁾ vorbehalten bleiben, die Massnahmen zu untersuchen, mit deren Hilfe einerseits das Preisniveau stabil gehalten werden konnte, und andererseits die riesigen Aufwendungen des Staates ermöglicht wurden. Man begnüge sich deshalb hier mit der Feststellung, dass es tatsächlich möglich ist, während längerer Zeit einem drohendem Preisauftrieb Einhalt zu gebieten, wenn auch der dafür zu bezahlende Preis ein recht hoher sein kann. So muss das deutsche Wirtschaftsexperiment, vom Standpunkt des Regimes aus gesehen, als glücklich bezeichnet werden. Die deutsche Wirtschaft hat die an sie gestellte Forderung, innert relativ kurzer Zeit gewaltige Mengen Kriegsmaterial bereitzustellen, weitgehend erfüllt. Dass dieses Abenteuer schliesslich mit einer katastrophalen Niederlage geendet hat, ist im Rahmen dieser Untersuchung irrelevant ²³⁾.

²¹⁾Röpke Wilhelm, Offene und zurückgestaute Inflation, Kyklos I, Heft 1, Berlin 1947.

²²⁾Vergl. II. Teil.

²³⁾Im II. Teil wird sich Gelegenheit finden, näher auf die Einzelheiten der Entwicklung in Deutschland einzugehen und auf die entsprechenden Autoren zu verweisen.

I I. T e i l .

Die Massnahmen zur Stauung einer Inflation und deren Wirkungen.

In den folgenden Abschnitten sollen jene Massnahmen näher betrachtet werden, die zur erfolgreichen Stauung einer herrschenden Inflation angewandt werden können und müssen. Obwohl alle Vorkehrungen demselben Endzweck, der Stabilisierung des Preisniveaus, dienen sollen, lassen sie sich doch gemäss ihrer unmittelbaren Zielsetzung in einige wenige Gruppen zusammenfassen. So wird der Staat versuchen, durch geeignete Mittel die Produktion zu lenken und zu erhöhen, gleichzeitig wird er die Nachfrage künstlich einschränken, sei es durch Kaufkraft-Abschöpfung, sei es durch Rationierung. In eine vierte Gruppe endlich können jene Verfügungen zusammengefasst werden, die die Kontrolle und Stabilisierung der Löhne und Preise direkt zum Ziele haben sollen. Bei allen diesen Massnahmen wird man sich fragen müssen, ob es sich um Inflations-stauende oder um Inflations-verhütende Vorkehrungen handelt. So kann beispielsweise das Ziel, durch staatliche Lenkung eine möglichst hohe Gesamtproduktion zu erreichen, nicht als Inflationsstauendes Moment betrachtet werden; jede andere Wirtschaftspolitik hat dasselbe Ziel - oder sollte es wenigstens haben.

1. K a p i t e l .

Die innere Währungspolitik.

a) Die Vermehrung der Gesamtproduktion.

1. Durch vermehrten Arbeitsaufwand.

Obwohl die Produktionslenkung und- Kontrolle nicht ein, nur für die gestaute Inflation typisches Merkmal ist, stellt sie doch in der Hand des Staates ein ausserordentlich nützliches Werkzeug dar, ohne welches eine erfolgreiche Stauung kaum denkbar wäre. Wenn bei Beginn der Periode der gestauten Inflation noch brachliegende Produktionsfaktoren vorhanden sind, so wird der Staat als erstes dafür sorgen, dass auch diese in den Produktionsprozess eingeschaltet werden. Es muss aber angenommen werden, dass solche Reserven relativ klein sind, denn das Problem tritt ja erst dann in den Vordergrund, wenn die Vollbeschäftigung schon erreicht oder gar überschritten ist. Die Beschäftigung der noch vorhandenen Arbeitslosen und Arbeitswilligen allein wird also nicht genügen, um den allgemeinen Gütermangel zu beheben, wobei es gleichgültig ist, ob dieser Gütermangel aus einer vermehrten staatlichen Aktivität auf sozialem oder militärischem Gebiet resultiert, oder ob er seinen Grund in Importschwierigkeiten irgendwelcher Art habe. Von den drei Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital kann nur die Arbeit unmittelbar wesentlich erhöht werden, auch wenn, was normalerweise unter Vollbeschäftigung verstanden wird, schon besteht. So kann zunächst die normale Arbeitszeit verlängert werden, sodann werden Frauen, Jugendliche und Greise produktiv beschäftigt werden. Endlich können auch die Nicht - Arbeitswilligen durch Zwangsvorkehrungen in irgendeiner Form herangezogen werden.

2. Durch Rationalisierung.

Durch geschickte Produktionslenkung, Mechanisierung, Typisierung und Normung lässt sich zweifellos, wie auch Beste²⁴⁾ betont, eine gewisse Mehrproduktion erzielen, ohne gleichzeitig den Aufwand zu erhöhen. Eine grosse Anzahl kleiner, relativ unwirtschaftlich arbeitender Betriebe lassen sich zu grösseren Einheiten zusammenfassen, sodass sie eher der optimalen Betriebsgrösse entsprechen²⁵⁾. In vielen Betrieben gestattet ein erhöhter Umsatz eine bessere Ausnutzung des fixen Kapitals²⁶⁾, immerhin ist zu bedenken, dass die Wirkung eines zusätzlichen Umsatzes von der Struktur der angewandten Produktionsmittel-Kombinationen abhängig ist, dass es also nicht gleichgültig ist, ob es sich um einen arbeits- oder um einen kapitalintensiven Betrieb handelt²⁷⁾. Andere Betriebe, vor allem solche, die dem Staate unwichtig scheinende Güter produzieren, können ganz aufgehoben werden, um Produktionskräfte für nützlichere Dienste frei zu bekommen²⁸⁾. Ein geeignetes Mittel, um in dieser Weise lenkend in die Produktionssphäre einzugreifen, stellt die Bewilligungspflicht für die Auflage von Anleihen dar²⁹⁾. Der Staat kann damit erreichen, dass Kapital nur solchen Betrieben zufließt, deren Produktion er als dringlich

24) Beste Theodor, Leistung, Leistungsvermögen, Leistungssteigerung Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese. Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1942.

25) Vergl. Frei S. 63

26) Vergl. Frei S. 141

27) Jessen Jens, Währungspolitik und Preispolitik, Deutsche Geldpolitik, Schriften der Akademie Deutsches Recht, Berlin 1941, S. 281-

28) Vergl. Frei S. 58

29) Vergl. Frei S. 58

erachtet. Es liegt auf der Hand, dass alle diese Möglichkeiten nur dann voll ausgeschöpft werden können, wenn ein genauer, detaillierter Produktionsplan vorliegt, und der Staat die notwendigen Machtmittel besitzt, um diesen auch durchzusetzen.

3. Durch Investitionskontrolle.

Auf kurze Sicht kann die Konsumgüterproduktion auch durch eine vollständige Unterbindung der Neu-Investition gefördert werden ³⁰⁾. Man könnte sogar soweit gehen, auch die Re-Investition zu verhindern, sodass überhaupt alle Produktionsfaktoren nur Konsumgüter herstellen würden. Dies dürfte allerdings eine mehr als zweifelhafte Methode sein, denn es hiesse, dass die Wirtschaft ihre eigene Substanz verzehrt. Ganz abgesehen hievon, wäre es sehr fraglich, ob die Investitionsgüter herstellenden Betriebe ohne weiteres auch Konsumgüter herzustellen in der Lage wären. Trotz diesen Einschränkungen bietet eine ausgebaute Investitionskontrolle eine Möglichkeit, Fehlinvestitionen zu verhindern und als unwichtig erachtete Investitionen zu unterbinden, womit eine Ersparnis an Arbeit und Material erreicht wird, die der übrigen Produktion zu Gute kommt.

b) Die Grenzen Der Produktionssteigerung.

Es wurde schon erwähnt, dass nur der Produktionsfaktor Arbeit erhöht werden kann. Eine Vermehrung des Kapitals wie auch des nutzbaren Bodens setzt vorerst einen Aufwand an Produktionsfaktoren voraus, sodass immer eine Frist verstreicht, bis sich solche Mehrinvestitionen in einer Mehrproduktion äussern. Man wird deshalb bei allgemeinem Gütermangel danach trachten, eine Steigerung der Gesamtproduktion wenn möglich nur durch vermehrten Einsatz der Arbeit zu erreichen ³¹⁾. Es muss aber angenommen werden, dass in der

³⁰⁾Vergl. Frei S. 149.

³¹⁾Vergl. Frei S. 147.

freien Konkurrenzwirtschaft, die als Ausgangspunkt betrachtet wird, annähernd optimale Produktionsmittel-Kombinationen angewandt wurden. Wenn nun einseitig nur der Faktor Arbeit erhöht wird, ohne dass gleichzeitig die andern Produktionsfaktoren zunehmen, wird wohl die Gesamtproduktion steigen, dies aber nicht im selben Masse, wie es die zusätzlich aufgewandte Arbeit eigentlich erwarten liesse. Diese veränderten Produktionsmittel-Kombinationen müssen solange angewandt werden, bis sich das Sachkapital vergrössert hat. Dadurch entsteht auf den, dem Endprodukt vorgelagerten Produktionsstufen eine vergrösserte Nachfrage. Je weiter diese Produktionsstufen vom Endprodukt entfernt sind, desto länger wird die Produktionsperiode, wodurch, auch wenn die Kapazität dieser konsumfernen Stufen an sich genügen würden, immer eine geraume Weile vergehen muss, bis das eigene Kapital entsprechend der zusätzlichen Arbeit gewachsen ist. Es muss ferner berücksichtigt werden, dass nicht jeder Produktionsfaktor an jedem beliebigen Orte und in jedem beliebigen Produktionszweig eingesetzt werden kann. Gerade der an sich schon knappe Faktor Kapital ist in der modernen Wirtschaft ausserordentlich spezialisiert und zweckgebunden ³²⁾. Ebenso verhält es sich mit der Arbeit, sofern es sich um Berufsarbeiter oder gar um Spezialisten handelt. Die mangelnde Mobilität und Substitutionsmöglichkeit der Arbeit und des Kapitals setzen der vollständigen Produktionslenkung natürliche Grenzen, die nur sehr schwer verschoben werden können. Man wird dabei nicht ausser Acht lassen dürfen, dass bei allen Formen der Zwangsarbeit ³³⁾ die Qualität der Arbeitsleistung Einbussen erleiden wird ³⁴⁾. Ausserdem wird jede Fehldisposition und je-

³²⁾Vergl. Frei S. 146.

³³⁾Vergl. Beste, S. 140

³⁴⁾Vergl. Jessen, S. 282.

der Fehler, der sich etwa noch im Produktionsplan findet, viel weiter greifendere Folgen in einem solchen, maximal beanspruchten Produktionsapparat haben, als in der freien Wirtschaft, wo immer gewisse Reserven und Ausweichmöglichkeiten bestehen.³⁵⁾ Die durch die Produktionslenkung verursachte Produktionsum - schichtung kann zur Folge haben, dass bestimmte, vorher genü - gend vorhandene Rohstoffe plötzlich knapp werden, da sie weder im Inland genügend vorhanden sind, noch in genügender Menge impor - tiert werden können. Dies führt zur Herstellung von "Ersatzpro - dukten", was meist eine Kostensteigerung bedeutet, auch wenn sich diese nur in Form von Qualitätsverminderung zeigen sollte. Es erhebt sich nun die Frage, ob die durch die Mehrproduktion erzielte Entspannung des Inflationsdruckes durch den höheren Preis dieser Mehrproduktion nicht gleich wieder aufgehoben wird³⁶⁾. Das letzte Ziel der Rationalisierungsmassnahmen sollte doch im - mer eine allgemeine Kosten- und Preissenkung sein.³⁷⁾

Zusammenfassend kann wohl gesagt werden, dass die Steigerung der Gesamtproduktion - solange sie innerhalb gewisser Grenzen bleibt - den Inflationsdruck wohl zu verringern vermag, wenn da - mit auch die zum privaten Konsum angebotene Gütermenge erhöht wird. Dies wird aber nur dann der Fall sein, wenn sich der Staat auf einen bestimmten, festen Anteil an der Gesamtproduktion be - schränkt, und alle, diese Quote übersteigenden Güter dem priva - ten Konsum zur Verfügung stellt. Der umgekehrte Fall, dass der Staat dem privaten Konsum eine bestimmte, feste Quote zuteilt, und die übrige Produktion für sich beansprucht, ist auch denkbar, wenn gleich nicht wahrscheinlich. Unter diesen Umständen wird je - de Produktionssteigerung nicht den einzelnen Wirtschaftssubjekten,

³⁵⁾ Es sei auf III. Teil verwiesen, wo eine Reihe anderer, pro - duktionshemmender Folgen der gestauten Inflation erwähnt werden.

³⁶⁾ Vergl. Jessen S. 282.

³⁷⁾ "Der Deutsche Volkswirt" Nr. 8 vom 20.11.1936, S. 360/61.

sondern nur dem Staat zu Gute kommen und deshalb auch keine den Inflationsdruck vermindernde Wirkung ausüben können.

c) Nachfrageverringering durch Einschränkung der Kaufkraft.

1. Inflationsverhindernde Massnahmen.

Eine ganze Reihe staatlicher Erlasse verfolgt den Zweck, die zirkulierende Geldmenge zu verkleinern. Wohl die einfachste Methode, um einen inflatorischen Preisauftrieb zu verhindern, wäre eine massive Besteuerung. Dies ist auch die von Röpke ³⁸⁾ empfohlene Methode, um eine gestaute Inflation zu beenden, bevor der ganze Kontrollapparat zusammenbricht: "The way to do it, is to take away the excess of purchasing power, which threatens to lead to open inflation and to abandon the repression which will have lost its object now that the inflationary pressure has been removed". Um aber den gewünschten Zweck zu erreichen, müsste die Steuerprogression dermassen scharf sein, dass praktisch alle Einkommen auf einer bestimmten, gemeinsamen Höhe - oder besser gesagt: Tiefe - nivelliert würden. Auch wenn eine solche Fiskalpolitik tatsächlich durchgeführt werden könnte und würde, könnte nicht mehr von einer gestauten Inflation gesprochen werden, es wäre überhaupt keine eigentliche Inflation mehr vorhanden. Die Begrenzung der Steuerbelastung wird nicht durch äussere Umstände gegeben, sondern liegt im Ermessen der Wirtschaftsbehörden selbst, indem sich diese, von Anfang an, auf einen bestimmten Satz beschränken. Der Sinn der gestauten Inflation liegt ja eben darin, die Kaufkraft zu beschränken, ohne die Steuern allzu sehr zu erhöhen. Es wird immerhin eine ganze Reihe von Möglichkeiten geben, Abgaben zu erzielen, die nicht unter den verpönten Begriff "Steuern" fallen, obwohl sie im Grunde nichts anderes darstellen. Hier wären alle Arten von Gebühren, wie Schreib-, Konzessionsgebühren etc. zu nennen. Weitere Gelder können dem Markte durch Sammlungen und Kollekten entzo-

³⁸⁾Röpke I.S. 252/53.

gen werden, wobei es gleichgültig ist, ob diese Gelder den angekündigten Fonds zufließen oder nicht. Gerade auf diesem Gebiet wird eine geschickte Propaganda beträchtliche Erfolge erzielen, besonders dann, wenn solche Sammlungen in aller Öffentlichkeit stattfinden, sodass jedermann riskieren muss, aufzufallen, sofern er nicht den erwarteten Beitrag leistet. Während des national-sozialistischen Regimes wurden solche Sammlungen ausgiebig praktiziert, was auch weiter nicht erstaunlich ist, da sie dazu angetan sind, das Prestige des Staates nicht nur nicht zu schmälern, sondern ihn im Gegenteil im vorteilhafteren Lichte der sozialen Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit erscheinen zu lassen.

2. Inflationsstauende Massnahmen.

Wenn der Staat den Steuersatz nicht unbeschränkt erhöhen will oder kann, wird er Mittel finden müssen, um einen Teil der Gesamtgeldmenge zu blockieren, sodass er wohl noch Eigentum der einzelnen Wirtschaftssubjekte bleibt, ohne dass diese indessen frei darüber verfügen können. "Die Kaufkraft muss mit Hilfe irgendwelcher Mittel zwangsweise dem Verbrauch vorenthalten und auf den Staat übertragen werden" ³⁹⁾. Auch Puhl ⁴⁰⁾ schreibt:

"Damit die neugeschaffene Kaufkraft, soweit sie sich nicht in Form von Sparkapital niederschlägt nicht einen Druck auf den Markt der Konsumgüter und Rohstoffe auslöse, müssen Massnahmen getroffen werden um störenden Auswirkungen zu begegnen". Wenn letzten Endes der blockierte Teil der Einkommen nichts anderes als eine Steuer darstellt, was dann zutrifft, wenn keine Aussicht mehr besteht, diese Gelder wenigstens in der Zukunft frei und ohne Werteinbusse verwenden zu können, wird hier die

³⁹⁾ Vergl. Burkheiser, S. 91.

⁴⁰⁾ Puhl Emil, Die Wiederherstellung der deutschen Währungs-hoheit. Deutsche Geldpolitik, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1941. S. 45.

dem Staat sich stellende Aufgabe eine doppelte sein: Er wird erstens einen möglichst grossen Teil der Einkommen zu erfassen suchen und zweitens wird er bemüht sein, den wahren Charakter dieser blockierten Gelder zu verheimlichen. Wie weit diese, sich teilweise widersprechenden Forderungen, erfüllt werden können, hängt zum grossen Teil von der psychologischen Geschicklichkeit der Behörden, und von der Aufmerksamkeit und Klarsicht der Bevölkerung ab.

Als erstes wird der Staat versuchen, eine freiwillige Erhöhung der nominalen Sparquote zu erreichen, indem er mit allen Mitteln wie Propaganda etc. den Spargedanken fördert. Gleichzeitig wird er seinen Einfluss auf die Wirtschaftssubjekte in der Weise geltend machen, dass solche Spargelder möglichst in Anleihen angelegt werden. Da aber die Bevölkerung ihre Sparquote kaum freiwillig um das gewünschte Mass erhöhen wird, muss der Staat gewisse Zwangsmittel anwenden. So kann die Vergebung von Staatsaufträgen oder die Rohstoffzuteilung an die einzelnen Unternehmer von der Zeichnung eines entsprechenden Betrages abhängig gemacht werden. Bedeutend sind jene Geldsummen, die auf dem Umwege über die verschiedenen Versicherungen abgeschöpft werden können. Die obligatorische Kranken-, Alters-, Unfall-, Arbeitslosenversicherung etc. stellen Möglichkeiten dar, die das Ansehen des Staates in keiner Weise beeinträchtigen, obwohl sie in ihrer Wirkung einem Zwangssparen entsprechen.⁴¹⁾ Verlängerung der Kündigungsfristen für Guthaben bei der Staatsbank und ähnliche Operationen werden weiter zur Entspannung beitragen. Es erhebt sich die Frage, wie gross der abgeschöpfte Teil der Einkommen sein muss, damit auf diese Weise ein Preisauftrieb verhindert wird. Hierbei muss man sich vor Augen halten, dass Güterknappheit herrscht, dass also auf keinen Fall alle Wirtschaftssubjekte ihre normale

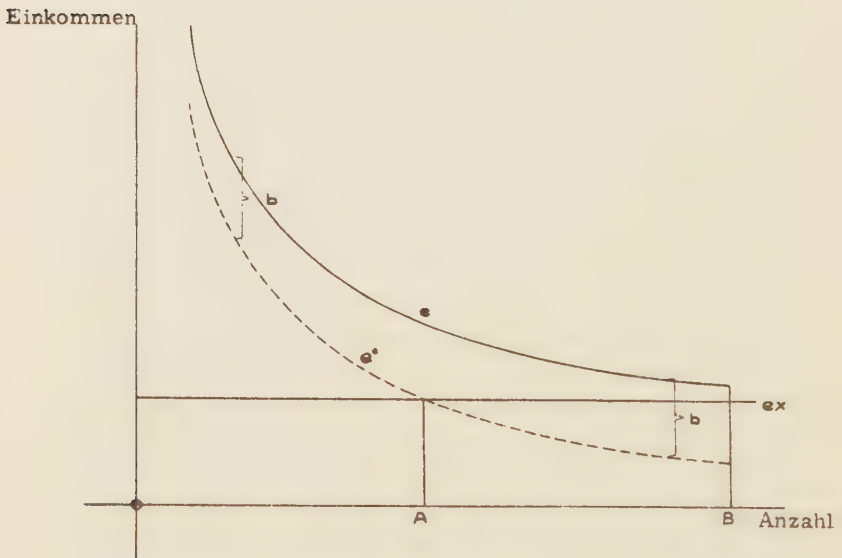
⁴¹⁾Vergl. "Der deutsche Volkswirt" Nr. 27 v. 6. 4. 39, S. 1304.

Konsumgewohnheiten beibehalten können. Ebenso darf man annehmen, dass, wenn der Lebensstandard eines Individuums durch die Verringerung des verfügbaren Einkommens unter das gewohnte Niveau gedrückt wird und gegen das Existenzminimum absinkt, dieser sein ganzes verfügbares Einkommen zur Beibehaltung dieser Höhe aufwenden wird und nicht, oder nur sehr wenig, sparen wird. Unter diesen Voraussetzungen lässt sich leicht errechnen, wie gross das Gesamteinkommen während einer bestimmten Periode sein darf, wenn bei festem Preis eine unveränderliche Gütermenge umgesetzt werden soll. Die Beziehung lautet: $E = M \cdot P$ oder in Worten:

Soll bei Güterknappheit keine Preissteigerung eintreten, so darf das Gesamteinkommen während dieser Periode nicht das Produkt aus Preis und Menge der während dieser Periode zur Verfügung stehenden Güter übersteigen. Der abzuschöpfende Betrag ist demnach gegeben durch die Differenz des effektiven Gesamteinkommens und der nach obiger Formel berechneten Grösse E . Wenn nun auch der Totalbetrag der abzuschöpfenden Kaufkraft bekannt ist, ist doch die Frage immer noch offen, wie diese Summe auf die einzelnen Wirtschaftssubjekte verteilt werden soll. Es bestehen prinzipiell hier drei Möglichkeiten, die an Hand der beigefügten graphischen Darstellungen erläutert werden sollen. In allen drei folgenden Zeichnungen sind die Wirtschaftssubjekte, nach fallenden Einkommen geordnet, auf der Abszisse eingetragen, sodass jeder Punkt der Kurve e einem Individuum mit seiner Einkommenshöhe, welche auf der Ordinate eingetragen ist, entspricht. Diese Kurve ist in allen drei untersuchten Fällen gleich. Die Kurve e^* geht aus e durch Subtraktion der Beträge b , wie an den betreffenden Stellen beschrieben, hervor. Die Gerade ex endlich gibt die Höhe des angenommenen Existenzminimums an und ist auch in allen drei Fällen gleich weit von der Abszisse entfernt.

a) Senkung aller Einkommen um den absolut gleichen Betrag.

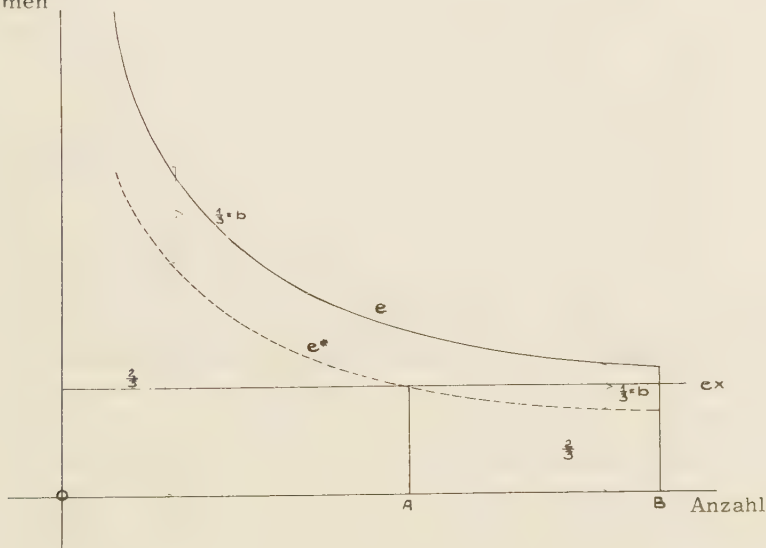
Wenn der Staat eine Verringerung aller Einkommen um denselben absoluten Betrag veranlassen sollte, würde sich dies in der folgenden Graphik in einer Parallelverschiebung der Einkommensquote nach unten, von e nach e^* , spiegeln. Hierbei wird das Einkommen der zwischen den Punkten A und B befindlichen Individuen unter das bei ex angenommene Existenzminimum absinken und kann sogar, wenn der abziehende Betrag b höher ist als das Existenzminimum, auf den Nullpunkt fallen. Es dürften keine weiteren Erklärungen notwendig sein, warum diese Form der Kaufkraft-Abschöpfung in der Praxis niemals in Frage kommen kann.



b) Senkung aller Einkommen um den relativ gleichen Betrag.

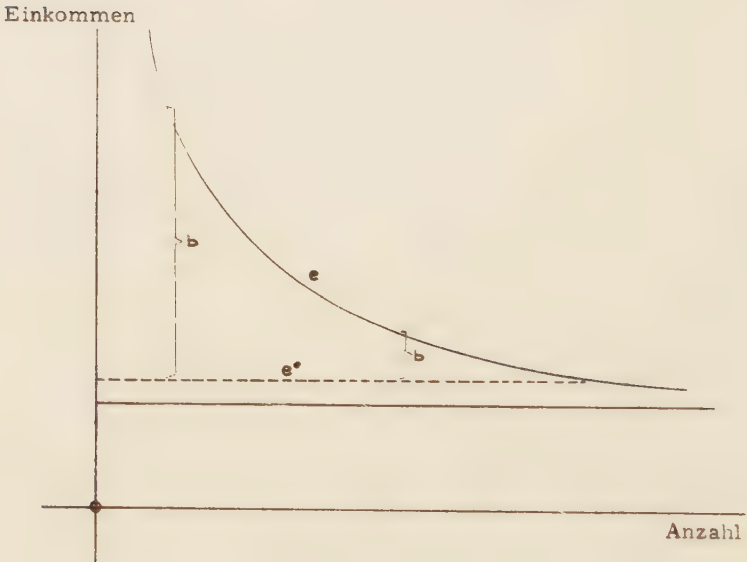
Eine Senkung aller Einkommen um den relativ gleichen Betrag, beispielsweise um $1/3$, würde wohl die Zahl derer, deren Einkommen unter das Existenzminimum fällt, verringern, wie aus der untenstehenden Figur ersichtlich ist. Obwohl in diesem Falle auch die untersten Schichten noch ein Einkommen beziehen, kann dieser Verteilungsmodus doch nicht als ideal bezeichnet werden, denn die obersten Bezüger werden sich in ihren Konsumgewohnheiten nur wenig oder garnicht beschränken müssen, während ein immerhin bedeutender Teil der Bevölkerung kaum mehr leben kann. Die Einkommensbeschränkung darf deshalb nicht nur proportionalen Charakter haben.

Einkommen



c) Ueberproportionale Senkung der Einkommen.

Aus den oben dargelegten Gründen wird die Einkommensbeschränkung progressiv sein müssen. Der Progressionssatz muss hierbei so gewählt sein, dass die einzelnen Einkommen eine bestimmte, gemeinsame Höhe überhaupt nicht überschreiten können. In diesem Falle wird jedes Wirtschaftssubjekt dasselbe Einkommen besitzen, mit Ausnahme der untersten Bezüger, deren Einkommen auch ohne Beschränkung die "zulässige" Höhe nicht erreichen. Damit wird auch jedermann dieselben Entbehrungen tragen müssen, wie es in der folgenden Zeichnung dargestellt ist.



d) Die Grenzen der Einkommensbeschränkung.

Die vorstehenden Ausführungen sollen illustrieren, dass die Erzielung der Preisstabilität durch Beschränkung der Kaufkraft theoretisch sehr wohl möglich ist, dass sie aber, um das gewünschte Resultat zu zeitigen, so massiv sein muss, dass sie praktisch kaum durchzuführen sein wird. Für den Staat ist ja vor allem der Anschein, den alle diese Massnahmen erwecken, wichtig. Wenn die Bevölkerung auf den ersten Blick erkennt, dass die Blockierung ihrer Einkommen und Vermögen nur eine verkappte Konfiskation ist, hätte der Staat ebensogut und einfacher gleich alle, eine bestimmte Höhe überschreitende Einkommen beschlagnahmt. Da dies aber eben vermieden werden soll, befindet der Staat sich insofern in einem Dilemma, als er einerseits Zwangsmittel anwenden muss, diesen aber andererseits doch wieder irgend ein Mäntelchen umhängen muss, damit ihr wahrer Charakter nicht allzu offensichtlich zu Tage trete. Er wird deshalb die überschüssige Kaufkraft nicht so rigoros abschöpfen können, wie es die Preisstabilität eigentlich erheischen würde ⁴²⁾.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Reduktion der aktiv auf dem Markte auftretenden Kaufkraft ein geeignetes Mittel darstellt, um den Inflationsdruck zu vermindern, dass sie allein aber nicht genügen kann, um ihn vollständig zu neutralisieren.

⁴²⁾ Vergl. Frei S. 160.

e) Die direkte Nachfragelenkung.

Im Gegensatz zu den im vorhergehenden Abschnitt aufgezählten Massnahmen, wo der Nachfragerückgang auf dem Umweg über die Reduktion der aktiv auftretenden Geldmenge erreicht wurde, wirken die Rationierung und Kontingentierung als direkte Nachfragebremsen. Obwohl sie nur von zweitrangiger Bedeutung sind, sollen doch auch jene Mittel erwähnt werden, die dem Staat z. B. in Form einer geschickten Propaganda zu Verfügung stehen, um gewisse Nachfrageverschiebungen sozusagen auf freiwilliger Basis zu erreichen ⁴³⁾.

Die Rationierung der Konsumgüter ist wohl die auffälligste Erscheinung der gestauten Inflation. Sie trifft nicht nur bestimmte Bevölkerungsschichten und - Klassen, es werden nicht nur der Unternehmer oder Kapitalbesitzer, nicht nur der Rentner oder Arbeitnehmer, - jedermann wird von ihr erfasst. Die folgenden Ueberlegungen sollen zeigen, ob und inwieweit eine seriös durchgeführte Rationierung bei herrschendem Inflationsdruck einen Preisauftrieb verhindern kann. Ohne zunächst auf die Schwierigkeiten technischer Art einzugehen, die einer vollständigen Erfassung aller zur Verfügung stehenden Konsumgüter im Wege sind, soll vorausgesetzt sein, der ganze notwendige Organisationsapparat sei vorhanden, um eine reibungslose Abwicklung der Rationierung sicherzustellen.

Die Gütermenge, die jedes einzelne Wirtschaftssubjekt konsumieren kann, ist durch die ihm zugeteilten Rationierungsausweise beschränkt. So weit sich die nachgefragte Menge innerhalb der zu Verfügung stehenden Menge bewegt,

⁴³⁾ Preiser Erich, Wesen und Methoden der Wirtschaftslenkung, Finanz-Archiv, N. V. 8 Bd, 1940/41. S. 239.

es zwischen der neuen Angebotskurve a^* und der neuen Nachfragekurve n^* keinen eindeutigen Schnittpunkt mehr, da sie sich auf der ganzen Strecke von P' bis P'' decken. Dies ist eine theoretische Annahme, wie sie natürlich nie in der Praxis zutreffen wird. Da sowohl das Angebot als auch die Nachfrage fortwährend leichten Schwankungen unterworfen sind, müsste der Preis dauernd zwischen P' und P'' oszillieren. In Wirklichkeit wird sich der Preis bei P' stabilisieren. Der Grund hiefür liegt in der Tatsache, dass die potentielle Nachfrage nach wie vor dieselbe ist und als stetige Funktion nach rechts unten verläuft. Es wird kaum ein Verkäufer seine Waren zu einem Preis verkaufen, der unter P' liegt, wenn er sie auch zum Preis von P' mühelos verkaufen kann, ohne sich dabei eines Vergehens schuldig zu machen, wie es bei Schwarzverkäufen der Fall wäre. Man wird - um dies zu umgehen - vorschlagen, die Menge der ausgegebenen Rationierungsausweise immer etwas knapper zu halten, als den verfügbaren Warenmengen entspräche. Durch die hieraus resultierende kleine Verschiebung des Punktes, von dem aus die Nachfrage vertikal verläuft, nach links, wird sich ein eindeutiger Schnittpunkt mit der Angebotskurve ergeben, der ungefähr bei P'' liegt. Diese Ueberlegung wird aber in der Praxis nie den gewünschten Erfolg haben. Wenn auch durch die vorsichtige Bemessung der Rationen ein kleiner Ueberschuss entsteht, für den keine Ausweise vorliegen, werden diese Waren doch kaum in den Schubladen der Kaufleute vermodern. Es ist völlig gleichgültig, in welcher Stufe der Produktion oder der Verteilung dieser Ueberschuss in Erscheinung tritt, er wird immer einen Weg zu einem Konsumenten finden. Die Menge der gegen Rationierungsausweise erhältlichen Güter passt sich automatisch den ausgegebenen Ausweisen an, wobei dieser Automatismus allerdings nur in einer, der erwähnten Richtung funktioniert. In dieser Weise verschiebt sich auch die Angebotskurve um die kleine Menge dM

nach links, womit dieselbe Situation wieder hergestellt ist, wie sie vorher vorlag: Angebots - und Nachfrage - Kurve decken sich, wobei sich der Preis am obern Ende der gemeinsamen Strecke stabilisiert, welches jetzt sogar eine Kleinigkeit höher liegt als vorher. Die Menge dM wird zum selben oder eventuell zu einem höheren Preis ohne Rationierungsausweise verkauft. Dies steht nun allerdings im Widerspruch mit der anfänglich postulierten Voraussetzung, wonach kein schwarzer Markt existieren soll. Es wäre aber eine dermassen widernatürliche Erscheinung, dass gewisse Gütermengen nur deshalb nicht verkauft würden, weil für sie keine Rationierungsausweise ausgegeben worden sind, während ein akuter Mangel an diesen Gütern herrscht, dass diese Annahme, selbst unter einem eher theoretischen Gesichtspunkt, nicht weiter aufrecht erhalten werden kann.

Wenn erkannt wurde, dass die Rationierung allein keine Preisstabilität oder gar eine Preissenkung herbeiführen kann - der Preis P' entspricht ja dem Gleichgewichtspreis, der sich auch ohne Rationierung unter den gegebenen Umständen auf dem freien Markte einstellen würde - wird auch die gleichmässige Verteilung allein durch die Rationierung nicht gesichert. Die hohen Preise werden es den niedrigsten Einkommenklassen verunmöglichen, ihre Ausweise tatsächlich zu verwenden, sodass sich die betreffenden Wirtschaftssubjekte - Rationierung hin oder her - in ihrer Existenz bedroht sehen. Durch die Nichtverwendung solcher Ausweise werden nachher Güter frei, die auf dem schwarzen Markte den obern Einkommenschichten zu den herrschenden, hohen Preisen zur Verfügung stehen. Als Schlussfolgerung aus dem oben Gesagten, kann festgehalten werden, dass die Rationierung allein weder ein stabiles Preisniveau noch eine gleichmässige Güterdistribution gewährleisten kann.

f) Die Grenzen der Rationierung.

Obwohl in einem späteren Kapitel ⁴⁴⁾ das Phänomen des schwarzen Marktes eingehender untersucht werden wird, soll doch an dieser Stelle schon darauf hingewiesen werden, dass der Staat den schwarzen Markt nie wird vollständig unterdrücken können. Allein schon die Vielfalt des gesamten, existierenden Gütersortimentes, kombiniert mit der Unzahl der einzelnen diese Güter produzierenden Unternehmer würden einen ungeheuren administrativen Aufwand bedingen. Der Staat wird sich deshalb auf relativ wenige, wichtige Güter beschränken müssen und dafür die Rationierung dieser ausgewählten Güter umso sorgfältiger durchzuführen versuchen. Wie viele Gütersorten schliesslich der Rationierung unterworfen werden sollen, hängt also zum grossen Teil von technischen und organisatorischen Faktoren ab. Die Rationierung besitzt aber nicht nur in Bezug auf die Qualität der in Frage kommenden Gütersorten ihre Grenzen, sondern ebenso in Bezug auf deren Quantität. Es kann nicht nur nicht jede einzelne Gütersorte rationiert werden, auch von den rationierten Gütern kann nie die gesamte, vorhandene Menge erfasst werden. Wie gross der Teil dieser, sich der Rationierung entziehender Güter ist, hängt von Faktoren ab, die im Abschnitt über den Schwarzmarkt behandelt werden sollen. Es mag immerhin schon jetzt darauf hingewiesen werden, dass die Tendenz, die überschüssige Kaufkraft auf die schwarzen Märkte zu bringen, um so stärker wird, je tiefer der Lebensstandard durch die Rationierung hinabgedrückt wird.

⁴⁴⁾ Siehe S. 93.

g) Lohn- und Preiskontrolle.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass keine der aufgezählten Massnahmen genügt, um einen inflatorischen Preis-
auftrieb zu verhüten: Die Vermehrung der Produktion kann nicht weit genug getrieben werden, die Kaufkraft will der Staat nicht allzu rigoros beschneiden und die Rationierung beeinflusst die Preisbildung praktisch überhaupt nicht. Der Staat darf also, trotz Anwendung aller schon besprochenen Vorkehrungen, die Preisbildung im Rahmen der noch bestehenden Freiheiten nicht sich selbst überlassen. Er wird vielmehr offizielle Höchstpreise festsetzen und jede Ueberschreitung dieser Höchstpreise als Vergehen behandeln und ahnden müssen. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Preiskontrolle zum ersten und wichtigsten Werkzeug in den Händen des Staates zur Durchführung einer Politik der gestauten Inflation, während alle andern Massnahmen lediglich dazu beitragen sollen, dass die dekretierten Höchstpreise tatsächlich auch eingehalten werden. Bei vollständiger Loyalität aller Wirtschaftssubjekte wären ja alle andern Massnahmen überflüssig, denn bei stabilen Einzelpreisen bliebe notwendigerweise auch das Gesamtpreisniveau unverändert. Nur die Rationierung bliebe vielleicht trotzdem beibehalten, um die Güterverteilung nicht vom Zufall abhängig werden zu lassen, da es auch bei stabilen, niedrigen Preisen noch keineswegs sicher ist, dass die vorhandenen Güter gleichmässig verteilt würden. Ein Teil der Bevölkerung könnte vielleicht seinen gesamten Bedarf decken, während ein anderer Teil, die "Zu-spät-Gekommenen" leer ausgingen.

So einfach das Dekretieren von Höchstpreisen zunächst auch scheinen mag, so vielfältig sind die Probleme, die sich in der Wirklichkeit in dieser Beziehung stellen ⁴⁵⁾. Allein schon

⁴⁵⁾Vergl. Frei S. 69.

die Vielfalt der angebotenen Güter, wobei für viele Waren, je nach Ausführung und Qualität, verschiedene Preise bestehen können, führt zu einer überaus umfangreichen administrativen Arbeit. Hiezu kommt die prinzipielle Frage, welcher Art der einzuführende Preisstop sein soll. Soll für ein bestimmtes Gut ein einziger, allgemein verbindlicher Preis eingeführt werden, oder sollen die am Stichtag in den verschiedenen Geschäften geltenden, verschiedenen Preise individuell fixiert werden. Es wird ferner zu bestimmen sein, ob als Höchstpreis der bisherige Gleichgewichtspreis oder ein Kostenpreis eingeführt werden soll, und im letzteren Falle, ob er dem Grenzproduzenten oder ob er den durchschnittlichen Stückkosten entsprechen soll usw. ⁴⁶⁾ Es wird weiter zu berücksichtigen sein, dass in den meisten Zweigen der Industrie ein Rückgang der Ausbringung sich auf erhöhte Stückkosten auswirkt, sofern sich ein solcher Betrieb noch auf dem absteigenden Ast der Durchschnittskosten-Kurve befindet. Ein gewisser Ausgleich lässt sich allerdings in bestimmten Fällen dadurch erzielen, dass eine Preiserhöhung bei früheren Produktionsstufen durch Verkürzung der Gewinnmarge der letzten Anbieter neutralisiert wird ⁴⁷⁾. Alle diese Hinweise

⁴⁶⁾ Rittershausen H, Die staatliche Preispolitik auf den deutschen Märkten der Gegenwart, Weltwirtschaftliches Archiv, 52/3. S. 418.

⁴⁷⁾ Schmölders Günter (Schmölders I), Wirkungsmöglichkeiten und Grenzen öffentlicher Preisregelung. Der gerechte Preis, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1940, S. 218/19

sollen aufzeigen, wie gross die Schwierigkeiten sind ⁴⁸⁾, die sich einer umfassenden Preiskontrolle in den Weg stellen, wobei es sich hier erst um die industrielle Produktion handelt, denn die in der Landwirtschaft herrschenden besonderen Verhältnisse erheischen von vorneherein spezielle Regelungen. Aus diesen Gründen wird sich die Wirtschaftsbehörde auch bei der Preiskontrolle auf jene Gütersorten beschränken müssen, die den grössten Anteil am Gesamtumsatz haben oder die in anderweitiger Beziehung von spezieller volkswirtschaftlicher Bedeutung sind. Sie wird auch in diesem reduzierten Kreis immer noch genug zu lösende Probleme finden, da mit dem Erlass von Vorschriften ihre Aufgabe erst zur Hälfte erfüllt ist; mindestens so wichtig dürfte es sein, dafür zu sorgen, dass diesen Vorschriften auch wirklich nachgelebt wird ⁴⁹⁾. Man darf eben nicht vergessen, dass es viele Möglichkeiten gibt, auf indirektem Wege Preiszuschläge zu erzielen, sei es in Form von Trinkgeldern, Koppelgeschäften, Qualitätsverminderungen etc. ⁵⁰⁾.

Wohl ebenso wichtig wie die Preiskontrolle ist die Fixierung und Kontrolle der Löhne. Die besondere Bedeutung der Löhne liegt in ihrer Eigenschaft sowohl als der wohl wichtigste Kostenfaktor des Unternehmers als auch als bedeutender Teil des Volkseinkommens. Würden Lohnerhöhungen bewilligt, müssten früher oder später auch Preiserhöhungen gestattet werden, da andernfalls die Unter-

48) Vergl. Schmölders S. 216

49) Schmölders Günter (Schmölder II), Problem der Preisbeherrschung, Deutsche Geldpolitik, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1941.

50) Vergl. Frei s. 153/ 54.

nehmer mit Verlust arbeiten müssten⁵¹⁾. Je mehr sich die Wirtschaft dem Zustand der Vollbeschäftigung nähert, umso grösser wird die Versuchung für die Unternehmer mit "Locklöhnen" Arbeitskräfte an sich zu ziehen⁵²⁾. Demgegenüber können alle Mittel, die das Angebot des Produktionsfaktors Arbeit erhöhen, als Beitrag zum Lohnstop aufgefasst werden⁵³⁾. Es ist aber zu bedenken, dass trotz absolutem Lohnstop das nominale Volkseinkommen gleichwohl steigen kann, sofern die Gesamtproduktion durch vermehrten Einsatz des Faktors Arbeit vergrößert worden ist. Ob dieser zusätzliche Arbeitsaufwand durch Ueberzeitarbeit oder durch Heranziehung bisher noch nicht oder nicht mehr beschäftigter Arbeitskräfte erreicht wurde, ist gleichgültig, in jedem Falle muss die Arbeit entlohnt werden. So kann die aktive Geldmenge wachsen, auch wenn der Lohnsatz gleich geblieben ist.⁵⁴⁾

51) Vergl. Frei S. 73.

52) Timm Herbert, Das Grundproblem der modernen Vollbeschäftigung, Darmstadt und Leipzig 1940. S. 88/89.

53) Diese Massnahmen sind unter dem Abschnitt über die Vermehrung der Gesamtproduktion, S. 32 ff aufgezählt.

54) Vergl. Frei S. 75.

2. K a p i t e l .

Die äussere Währungspolitik.

a) Bei autonomer relativer Inflation.

Während die im vorstehenden Kapitel aufgezählten Massnahmen zur Verhinderung eines inflatorischen Preisauftriebes dieselben sind, ob es sich um eine autonome oder um eine dependente Inflation ⁵⁵⁾ handelt, trifft dies in Bezug auf die äussere Währungspolitik nicht zu. Bei autonomer relativer Inflation ist der absolute Gütermangel die primäre Erscheinung, die beinahe immer die Folge eines Krieges darstellt, Andere ausserwirtschaftliche Katastrophen, wie Missernten etc. können heute in Europa kaum mehr solche Ausmasse annehmen, dass sie eine derartige Güterverknappung herbeizuführen vermöchten, da ein Angebots-Ausfall meist mit anderweitigen Importen ausgeglichen werden kann. Bei autonomer relativer Inflation wird es daher das Bestreben des Staates sein, die noch übrig gebliebenen Importmöglichkeiten - sofern solche überhaupt noch vorhanden sind - bestmöglichst auszunützen, um so die Warenknappheit im Inland nach Möglichkeit zu mildern. Der Preis solcher Importe wird hierbei nur eine sekundäre Rolle spielen, obwohl natürlich auch hier hohe Importpreise das Inlandpreis-Niveau in unerwünschter Weise erhöhen. Da aber der Gleichgewichtspreis im Inland kein Kostenpreis ist, sondern von der Nachfrage-Elastizität abhängt ⁵⁶⁾, dürfen solche Importe unter Umständen recht teuer sein, bis ihre preissenkende Wirkung durch jene höherer Kosten aufgehoben wird. Bei autonomer

⁵⁵⁾ Vergl. S. 14.

⁵⁶⁾ Vergl. S. 17ff.

relativer Inflation wird die Aktivität des Staates auf dem Gebiet des Aussenhandels beschränkt, oder umgekehrt: Weil die Aktivität im Aussenhandel beschränkt ist, herrscht eben eine autonome relative Inflation. Es ist deshalb müssig, zu untersuchen, welche Vorkehrungen der Staat treffen könnte, um seine Versorgungslage zu verbessern, er kann eben nicht mehr tun. Dass gleichzeitig der Export gedrosselt wird - wenn nicht gezwungenermassen aus äussern Gründen, dann sicher, um die inländische Güterknappheit nicht noch mehr zu verschärfen - ist so selbstverständlich, dass es kaum erwähnt zu werden braucht.

b) Bei dependenter relativer Inflation.

Bei dependenter gestauter Inflation, die ja in den meisten Fällen die Folge der Vollbeschäftigungspolitik ist, sind die Verhältnisse grundverschiedener Natur. Wenn hier wenig importiert wird, geschieht dies nicht, weil nicht mehr importiert werden könnte, sondern weil der Staat nicht mehr importieren will. Die Vollbeschäftigungspolitik verlangt schon, bevor sie das Stadium der gestauten Inflation erreicht hat, eine immer weiter gehende Lenkung und Kontrolle des Aussenhandels, wenn nicht die Massnahmen der innern Währungspolitik ihrer Wirksamkeit beraubt werden sollen. Da sich diese Untersuchung aber nicht mit dem Vollbeschäftigungsproblem, sondern mit der gestauten Inflation befasst, mag es von Nutzen sein, wenn man sich, in Anbetracht der innigen Verbundenheit zwischen beiden Erscheinungen, die Zielsetzung der Inflationsstauung erneut vor Augen hält: Die Stabilität des inländischen Preisniveaus. Das inländische Preisniveau ist aber nur über die Wechselkurse mit den ausländischen Wirtschaften verbunden. Bei gleichbleibenden Wechselkursen und Importpreisen würden also dem inländischen Preisniveau von dieser Seite keine Gefahren drohen. Da aber die herrschende relative Güterknappheit den Import fördert, und den Export hemmt, würden sehr bald die Wechselkurse sinken, und so die Importgüter unerwünscht verteuern. Um dies zu vermeiden, wird der Staat bestimmte Massnahmen ergreifen müssen.

1. Amtliche Kursfestsetzung.

Der Wechselkurs darf nicht mehr durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden, sondern muss auf einer bestimmten Höhe fixiert werden. Da die Wechselkurs-Schwankungen ein Spiegelbild von Zahlungsbilanzstörungen sind, werden auch die, die Zahlungsbilanz beeinflussenden Momente kontrolliert werden müssen⁵⁷⁾. Es wird deshalb notwendig sein, "den gesamten Devisenverkehr..... einem Genehmigungsverfahren zu unterwerfen⁵⁸⁾. Auf welche Art und Weise die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr gehandhabt wird, ist innerhalb dieser Untersuchung von zweitrangiger Bedeutung. Ob nur die Devisenzuteilungen an die einzelnen Importeure kontingentiert werden, oder ob die Menge und Art der zu importierenden Güter selbst der staatlichen Lenkung unterworfen werden, die Lösung solcher technisch - organisatorischer Fragen dürften in jedem einzelnen konkreten Fall von den äusseren Gegebenheiten abhängen.

2. Kontrolle des Kapitalverkehrs.

Wie die ausgebaute Devisenzwangswirtschaft zur Sicherung der Wechselkursstabilität notwendig ist, muss auch mit ihrer Hilfe der Kapitalverkehr kontrolliert werden. Die grosse Liquidität im Inland würde zu einem Kapitalabfluss führen, der zwar in Bezug auf das inländische Preisniveau nicht direkt von Nachteil wäre⁵⁹⁾.

⁵⁸⁾ Vergl. Stucken, S. 147/ 48.

⁵⁹⁾ Die übermässige Liquidität ist ja ein Kennzeichen der gestauten Inflation, ein Absinken der Liquidität würde also auf ein Schwinden des Inflationsdruckes hinweisen.

dessen weitere Wirkungen auf den Wechselkurs aber unerwünscht wären. Gleichzeitig würden natürlich die Bemühungen zur Erreichung der Vollbeschäftigung zwecklos, da sich dann die absichtlich herbeigeführte grosse Liquidität wegen der Kapitalflucht wieder verringern würde.

3. Kapitel.

Die Kritik der gestauten Inflation.

a) Die Argumente gegen die gestaute Inflation.

Der folgende Abschnitt wird die wichtigsten Argumente aufzählen, die von den Gegnern der gestauten Inflation zur Untermauerung ihres Standpunktes ins Feld geführt werden. Man wird hierbei feststellen, dass ein grosser Teil der Einwände nicht nur gegen die gestaute Inflation an sich sondern gegen jede sozialistische Wirtschaftsordnung erhoben werden können. Da aber, wie man weiss, eine gestaute Inflation ohne Planwirtschaft nicht denkbar ist, müssen auch diese Momente berücksichtigt werden. Immerhin wendet sich Rueff in seinem "Ordre Social" ⁶⁰⁾ in erster Linie gegen die "gouvernements à faux droits", worunter wohl eine Politik der gestauten Inflation zu verstehen ist. So überschreibt er einen Paragraphen: "Soyez libéraux, soyez socialistes, mais ne soyez menteurs" ⁶¹⁾.

1. Der Wegfall der freien und vollkommenen Konkurrenz.

Es ist bekannt, dass die freie und vollkommene Konkurrenz die Produzenten zwingt, ihre Produktionsmethoden immer weiter zu verbessern und zu rationalisieren, falls sie nicht von konkurrierenden Anbietern aus dem Wirtschaftsprozess hinaus gedrängt werden wollen. Sobald die Bedingungen der freien Konkurrenz nicht mehr bestehen, wird auch die Notwendigkeit, mit allen Mitteln eine Senkung der Stückkosten zu erreichen, hinfällig. Die Produktivität eines Betriebes wird, absolut gesehen,

⁶⁰⁾ Rueff Jacques, L'ordre social, Paris 1945.

⁶¹⁾ Vergl. Rueff S. 725.

zunächst vielleicht nicht absinken, doch wird sie kaum im selben Mass, wie bisher, weitersteigen. Wenn die Produktivität nicht mehr das Optimum erreicht, welches unter Ausnützung aller technischen Fortschritte und organisatorischen Fähigkeiten des Unternehmers nur möglich ist, kann sehr wohl von einem Rückgang der Produktivität gesprochen werden, auch wenn es nur ein relativer Rückgang wäre ⁶²⁾. Der Unternehmer stellt dann, in seiner Eigenschaft als Unternehmer, einen Verlust für die Volkswirtschaft dar, auch wenn er den ganzen Tag wie ein Berseker arbeitet und zehn Angestellte ersetzt. Er ist nichts anderes als ein falsch eingesetzter Produktionsfaktor, etwa vergleichbar einer Präzisionsmaschine, die fortlaufend grobe Bestandteile herstellt, während sie, ihrer eigentlichen Bestimmung gemäss, in der halben Zeit Präzisionsstücke des zehnfachen Wertes zu liefern vermöchte. Das Verschwinden der freien Konkurrenz wird nicht nur die Quantität der Produktion nachteilig beeinflussen, auch deren Qualität wird leiden. Es braucht dies nicht einmal mit der vollen Absicht des Produzenten zu geschehen. ⁶³⁾ Allein schon die Tatsache, dass er nicht mehr unter dem ständigen Druck der Konkurrenten steht, genügt, dass er nicht mehr fortwährend seine Aufmerksamkeit auf die gleichmässig hohe Qualität seines Produktes konzentrieren wird. Allerdings wird der gewitzigte Kaufmann bald genug bemerken, dass er, je nach der Natur seines Produktes,

62) Preiser Erich, Wettbewerbs-Preis und Kosten-Preis. Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese. Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1942, S. 107. (Preiser II)

63) Vergl. Schmölders Günter, S. 299/300, (II).

beträchtliche zusätzliche Gewinne erzielen kann, wenn er in dieser Beziehung alle sich bietenden Möglichkeiten ausschöpft. Jede Qualitätsverschlechterung stellt aber eine versteckte Preiserhöhung dar ⁶⁴⁾. Ähnliche Entwicklungen treten auch bei Monopolpreisen auf, wo der übersetzte Preis weniger durch eine effektive Preiserhöhung, als auf die weniger auffällige Weise der Qualitätsverminderung erzielt wird ⁶⁵⁾.

2. Die ungleichmässige Lastenverteilung.

Eine seriös durchgeführte Rationierung erlaubt wohl, dass alle am Markt beteiligten Personen die gleiche Gütermenge aus dem verfügbaren Gütertota! erhalten können, dies heisst aber noch keineswegs, dass jedermann dieselben Opfer bringt. Stellt man sich das gesamte Realprodukt in die beiden Quoten des privaten und staatlichen Konsums aufgeteilt vor, erkennt man, dass die Gesamtheit aller Wirtschaftssubjekte eine grössere Gütermenge herstellen muss, als ihnen nachher zu Konsumzwecken zur Verfügung steht. Das Opfer, welches jedes einzelne Wirtschaftssubjekt bringt, entspricht der Differenz der von ihm in einer Wirtschaftsperiode produzierten und der, in derselben Periode konsumierten Gütermenge. Man wird einwenden, dass jener Teil des Einkommens, der nicht für Konsumzwecke ausgegeben wurde, eben gespart wird und deshalb nicht als "Opfer" betrachtet werden kann.

In andern Worten: Jener Teil der Produktion eines einzelnen Wirtschaftssubjektes, der seinen eigenen Konsum übersteigt, bleibt in Form von Geld in seiner Hand. Dieser Einwand wird

⁶⁴⁾ Vergl. Jessen, S. 286.

⁶⁵⁾ Vergl. Frei S. 155.

aber sogleich entkräftet, wenn erkannt wurde, dass das betreffende Subjekt mit seinen Ersparnissen nichts, oder im besten Falle nicht das, was es will, kaufen kann. Diesen Ersparnissen steht kein realer Wert gegenüber; sie stellen nur ein fiktives Guthaben auf eine entsprechende Gütermenge dar. Nun wird aber gerade der am meisten Produzierende die grössten Opfer zu tragen haben, während derjenige ungeschoren davon kommt, der nur gerade so viel produziert, als er konsumiert. Rueff fasst diese Tatsache in folgende Worte:

"Le second caractère du rationnement est d'infliger aux producteurs un prélèvement égal à l'excédent de la valeur de leur production quotidienne sur la valeur globale de leur ration quotidienne. Il atteint donc le producteur d'autant plus lourdement que sa production est plus élevée" ⁶⁶⁾.

Diese Tatsache wird auf die Gesamtproduktion einen reduzierenden Einfluss ausüben, denn sobald ein Wirtschaftssubjekt den zweifelhaften Charakter seiner Ersparnisse erkannt hat, wird es kein Interesse mehr haben, möglichst viel zu produzieren, um ein möglichst hohes Einkommen zu haben, es wird im Gegenteil gerade noch so viel verdienen wollen, um seinen täglichen Bedarf decken zu können.

Es ist ferner zu bedenken, dass es von allen Konsumgütern die Nahrungsmittel sind, deren Mangel am unmittelbarsten empfunden wird. Gerade in diesem wichtigen Abschnitt wird ein grosser Teil der Bevölkerung bevorzugt ⁶⁷⁾. Es sind dies die Produzenten der Agrarprodukte, die landwirtschaftliche Bevölkerung, die ja zum grossen Teil, was die Nahrungsmittel anbelangt, Selbstversorger ist. Die Behörde

⁶⁶⁾ Vergl. Rueff, S. 703.

⁶⁷⁾ Vergl. Rueff, S. 703.

kann wohl anordnen, es sei der gesamte landwirtschaftliche Ertrag abzuliefern, um dann im Rahmen der Rationierung neu verteilt zu werden, die Landwirtschaft wird immer derjenige Produktionszweig bleiben, der am schwersten zu kontrollieren ist. Dies nicht nur, weil sie gewöhnlich aus einer Unzahl kleiner und kleinster Betriebe besteht, sondern weil ihr Ertrag in erster Linie von naturbedingten Faktoren abhängt und deshalb ausserordentlich variieren kann. Je nach dem Umfang der früher ⁶⁸⁾ erwähnten Umgehungsmöglichkeiten der Preisvorschriften wird sich eine mehr oder weniger ausgeprägte Einkommensverschiebung zu Gunsten der Unternehmer und zu Lasten der Verbraucher feststellen lassen. Aus diesen Erwägungen wird man schliessen müssen, dass die Rationierung, und mit ihr die gestaute Inflation, eine sehr grobe und undifferenzierte Art der Lastenverteilung ergibt - jedenfalls dann, wenn die Lasten in ihrem Verhältnis zur Produktivität des Einzelnen betrachtet werden ⁶⁹⁾.

3- Die Vergrösserung des Beamtenapparates.

Die Durchführung einer gestauten Inflation wird immer auf Widerstände stossen - andernfalls ist es eben keine gestaute Inflation. Je höher der Inflationsdruck ansteigt, desto stärker müssen die Kräfte sein, die ihm der Staat entgegenstellt. Auch hier gilt der physikalische Grundsatz: Actio = reactio. Die Kräfte, die dem Staate zur Verfügung stehen sind: Kontrollbehörden, Polizei - und Strafrichter. Ausser diesen Kontrollorganen wird aber noch ein grosser, zusätzlicher Beamtenstab aufgeboten werden müssen, um die schon erwähnte, ungeheure administrative Arbeit zu bewältigen ⁷⁰⁾.

⁶⁸⁾ Siehe S. 53.

⁶⁹⁾ Vergl. Rueff S. 667.

⁷⁰⁾ Vergl. Lerner S. 196.

" Il (le gouvernement autoritaire) augmente donc immense - ment la tâche de l'autorité contraignante. Elle exige une police toujours présente et des techniques de contrôle infiniment diverses" ⁷¹⁾. In allen Staaten, wo eine gestaute Inflation herrschte, konnte denn auch eine enorme Aufblähung des Beamtenapparates beobachtet werden. Diese neuen Staatsangestellten bilden nicht nur in ihrer Eigenschaft als Einkommensbezüger eine zusätzliche Belastung des ohnehin schon angespannten Budgets, sie fehlen gleichzeitig auch an andern Orten, wo sie produktive Arbeit leisten könnten. Es ist klar, dass auch dies nicht zur Erhöhung der Gesamtproduktion beitragen wird.

4. Die Notwendigkeit eines Planes:

Wie schon in der Einleitung erwähnt wurde, ist eine gestaute Inflation mit einer freien Wirtschaft unvereinbar, was schon aus der einfachsten Definition des Begriffes hervorgeht: Unter einer gestauten Inflation soll jene Situation verstanden werden, die bei normalen, freien Verhältnissen, zu einem inflatorischen Preisauftrieb führen würde, der aber durch staatliche Eingriffe verhütet wird. Wenn trotzdem diesem Thema ein besonderer Abschnitt gewidmet wird, so geschieht dies deshalb, weil zwischen "einigen Eingriffen" und einem vollständigen Wirtschaftsplan immerhin ein Unterschied besteht. Wenn sich die Wirtschaftsbehörde auch beflüssigt, mit möglichst wenigen Eingriffen das gewünschte Ziel - die Tiefhaltung des Preisniveaus - zu erreichen, wird sie sehr bald bemerken, dass die Wirtschaftssubjekte immer wieder irgendwo eine Lücke finden, um die Vorschriften auf mehr oder weniger legalem Wege zu umgehen. Der Staat wird deshalb immer weitere Massnahmen anordnen und durchsetzen müssen, wenn er seiner Devise : Feste Preise um

⁷¹⁾ Vergl. Rueff S. 669.

jeden Preis ! treu bleiben will. (Es bleibt nur zu bemerken, dass es nicht der Staat, sondern die Wirtschaftssubjekte sind, die diesen Preis mit der Einbusse immer weiterer Freiheiten bezahlen.) Gewiss werden zunächst nur wirtschaftliche Freiheiten beschnitten, aber da ja die Wirtschaft nicht ein scharf umrissenes Gebiet ist, sondern eng mit den privaten und politischen Betätigungsfeldern verwoben ist, wird der Staat auch da seinen Einfluss nach und nach geltend machen.

Wenn in der freien Wirtschaft die Produktion durch das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage gelenkt wird, fällt dieser Mechanismus in der gestauten Inflation weg. Da es nicht mehr der Preis ist, der den Markt reguliert, muss eine andere Institution diese Funktion übernehmen ⁷²⁾, nämlich der Staat, resp. dessen Wirtschaftsbehörde, die kraft ihrer eigenen Machtvollkommenheit ihren Plan einfach durchsetzt. Da die gestaute Inflation aus verschiedenen Gründen auf die Gesamtproduktion eine reduzierende Wirkung ausübt, darf sich dieser Plan nicht nur auf die Verteilung der vorhandenen Güter beschränken, er wird auch in die Produktionssphäre eingreifen müssen; "Il (le Plan) devra fixer cette production en nature et en quantité" ⁷³⁾. Die Aufgabe jedes Wirtschaftsplanes ist also eine doppelte: Einerseits muss die

72) Böhm Franz, Der Wettbewerb als Instrument der staatlichen Wirtschaftslenkung. Der Wettbewerb als Mittel der volkswirtschaftlichen Leistungssteigerung und Leistungsauslese, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1942. S. 63.

73) Vergl. Rueff, S. 705.

Wahl der einzelnen Gütersorten und die, innerhalb der Gesamtproduktion jeweils davon herzustellenden Mengen bestimmt werden, andererseits muss eine angemessene Verteilung dieser Güter gesichert werden. "La technique du plan comprend deux domaines distincts, celui de l'élaboration et celui de l'application" ⁷⁴⁾. Es ist leicht einzusehen, dass wenn einmal der erste Teil der Aufgabe gelöst ist, das zweite Teilproblem relativ einfach ist. Soll ein Plan "gut" sein, muss er mit den vorhandenen Produktionsfaktoren eine optimale Bedürfnisbefriedigung der Konsumenten gewährleisten ⁷⁵⁾. Um dieser Forderung gerecht zu werden, ist Bedingung, dass der Staat erstens die Wünsche der Konsumenten und zweitens die Produktionskapazität des Produktionsapparates kennt. "Pour assurer ces égalisations partielles, l'autorité qui rationne doit être, en toute période, informé du volume des droits vidés sur chaque compartiment du marché et y adapter le volume des rations qu'elle alloue" ⁷⁶⁾.

Es bedarf keiner langen Erklärungen, um zu erkennen, dass es absurd wäre, zu erwarten, der Staat wolle oder könne die Privatwünsche jedes einzelnen Individuums berücksichtigen. Sogar wenn dies möglich wäre, hiesse es noch nicht, dass dann, wenn der Plan tatsächlich in Wirklichkeit umgesetzt wird, die optimale Bedürfnisbefriedigung erreicht würde. Der Plan muss im voraus, und zwar relativ lange im voraus, ausgearbeitet werden. Während der Zeit, die verstreicht, bis er angewandt wird, können sich die Wünsche der Individuen sehr

⁷⁴⁾ Vergl. Rueff, S. 710.

⁷⁵⁾ Vergl. Rueff, S. 632.

⁷⁶⁾ Vergl. Rueff, S. 704.

verändert haben. Man denke beispielsweise nur an Modeeinfüsse. Nicht nur der Publikumsgeschmack, auch die Technik ist einer steten Entwicklung unterworfen, deren Einflüsse sich auch im besten Fall nur verspätet im Produktionsplan auswirken können. Der Staat wird also seine Entscheidungen auf Grund von Schätzungen und Annahmen treffen, die höchstens zufällig während eines Momentes, den Publikumspräferenzen entsprechen werden. Da aber, auch innerhalb der planmässig erzeugten und verteilten Güter die individuellen Wünsche sehr verschieden sein können, ergeben sich für alle Individuen, deren Wünsche nicht der staatlich festgesetzten Norm entsprechen, gewisse Härten, die bei einem bessern Verteilungsmodus durchaus vermeidbar wären.

Ebenso schwierig wie die Erfassung der Wünsche des Publikums und - wenigstens vom Standpunkt des Staates aus gesehen - noch wichtiger als diese, ist die genaue Inventarisierung jedes einzelnen Betriebes. Die lückenlose Kenntnis aller Produktionskapazitäten ist notwendig, um sich ein Bild über die Produktionsmöglichkeiten der verschiedenen Gütersorten zu machen. Wenn der Staat beabsichtigt, gewisse Wirtschaftszweige zu Gunsten anderer Industrien zu unterdrücken, wird er stets die Tatsache im Auge behalten müssen, dass die am ersten Orte frei werdenden Produktionsfaktoren nicht unbedingt am neuen Orte eingesetzt werden können und dass, auch wenn dies der Fall sein sollte, ihre Produktivität sehr stark absinken kann. Es soll nicht behauptet werden, es sei von vorneherein unmöglich, einen optimalen Wirtschaftsplan aufzustellen, man stelle sich aber die ungeheure Vielfalt von Einzelproblemen vor, die es zu lösen gibt, wobei jedes einzelne Problem wieder eine Unzahl anderer Fragen nach sich zieht. Dabei sind alle Erscheinungen so vielschichtig miteinander verbunden, dass es oft schwer fällt, Ursache und Wirkung zu unterscheiden. Als weiterer Unsicherheitsfaktor ist die Reaktion des Publikums zu werten. Es ist durch-

aus nicht so, dass die Wirtschaftssubjekte in der gleichen Lage sich immer gleich verhalten. Es spielen nicht nur wirtschaftlich-rationale, sondern auch psychologische Momente mit.

Wie gross die Schwierigkeiten sind, die sich der Durchführung eines Wirtschaftsplanes entgegensetzen, ist in erster Linie von der Qualität des Planes abhängig. Je besser der Plan ist, umso kleiner werden die Widerstände sein, die es bei seiner Umsetzung in die Wirklichkeit zu überwinden gibt. Der beste Plan wäre also jener, der sich vollkommen reibungslos verwirklichen liesse, d.h. derjenige, der die, in der freien Wirtschaft sich einstellenden Verhältnisse voraussieht und herbeizuführen versucht. Dies ist natürlich widersinnig, denn der Plan soll ja eben die natürliche Entwicklung lenken, welche sich selbst überlassen, ja immer den Weg des geringsten Widerstandes geht, weshalb gezwungenermassen jeder andere Weg auf grössere Widerstände stossen muss. Die Ueberwindung solcher Hemmnisse erfordert aber Energie, die sich der Staat nur mittels seines Beamtenstabes, Polizeiheeres usw. verschaffen kann, wie es unter 3. beschrieben ist.

5. Der Schwarzmarkt.

Der Schwarzmarkt ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung der gestauten Inflation. Dem schlaunen, und dafür weniger gewissenhaften Bürger eröffnen sich auf diesem Gebiet grosse Gewinnchancen. Diese wirken umso mehr als Ansporn, die Gesetze zu umgehen, als solche Vergehen von der Bevölkerung nicht als gemeine Verbrechen taxiert werden, obwohl sie sich in Bezug auf die Strafzumessung kaum von den letzteren zu unterscheiden brauchen. Der gewissenhafte Bürger wird im Gegenteil nur zu oft als dumm betrachtet, wenn er sich aus moralischen Gründen von gewinnbringenden, illegalen Geschäften fernhält.

Wohl der schwerste Vorwurf gegenüber dem schwarzen Markt liegt aber in der Tatsache, dass er nicht jedem Wirtschaftssubjekt zugänglich ist. Da der schwarze Preis beträchtlich höher liegt als der offizielle, wird der finanziell schwächere Nachfrager von vorneherein ausscheiden. Ganz abgesehen von ethischen, dem Gerechtigkeitssinn entspringenden Bedenken, führt dies zu einer Zuspitzung der sozialen Gegensätze, die ihrerseits Anlass schwerwiegender Unruhen werden kann ⁷⁷⁾. Hiezu kommt noch, dass alle auf dem schwarzen Markt umgesetzten Güter die dem Staate zur Verfügung stehende Gütermenge reduzieren und damit auch die zu verteilenden Rationen schmälern, wobei es sich gerade um die qualitativ höher stehenden Produkte handeln wird, die zuerst vom Markte verschwinden werden.

6. Gefährdung des Rechtssystems.

In einem zivilisierten Staate ist in jedem Bereich des menschlichen Betätigungsfeldes die Handlungsfreiheit mehr oder weniger durch Gesetze und Vorschriften eingeengt. Diese Vorschriften lassen sich in zwei grosse Gruppen unterteilen. So kann man Gesetze unterscheiden, die dem Schutze des einzelnen Bürgers oder einzelner Gruppen dienen. In diese Kategorie gehören die meisten Verbote, welche nicht wirtschaftlicher Natur sind. So schützt zum Beispiel das Verbot des Diebstahls nur den Bestohlenen, das Verbot des Nachtlärms nur die umliegenden Anwohner etc. In die andere Kategorie wären jene Gesetze zusammengefasst, die dem Schutze der Allgemeinheit, also einer anonymen Grösse, dienen. Hiezu gehört beispielsweise das Verbot des Schmuggelns, des

⁷⁷⁾ Vergl. Rueff S. 708.

Steuerhinterzuges, etc. Der Schmuggler handelt ja nicht zum Nachteil einer bestimmten Person, sondern zum Nachteil der Allgemeinheit. Dies dürfte wohl auch der Grund sein, warum die Vergehen dieser zweiten Kategorie nicht als gemeine Verbrechen empfunden werden: es fühlt sich eben niemand persönlich geschädigt. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass solche Vergehen, im Verhältnis der sich bietenden Gelegenheiten, relativ häufig auftreten werden. Wenn die jedermann täglich sich bietenden Gelegenheiten zu grösseren oder kleineren Diebereien, so günstig sie auch sein mögen, nicht ausgenützt werden, so geschieht dies selten aus Angst vor Entdeckung und Strafe, sondern aus ethischen Gründen. Eine günstige Gelegenheit des Schmuggelns wird hingegen kaum je ungenützt gelassen, wenn nur geringe Gefahr des Erwischtwerdens besteht. Während Diebstahl, Mord etc. schon an sich als "Unrecht" empfunden werden, wird das Schmuggeln erst durch das Gesetz zum Delikt. ⁷⁸⁾

Alle Vorschriften und Verbote, die die Stauung der Inflation bewerkstelligen sollen, gehören in diese zweite Kategorie von Gesetzen. Sie dienen alle nicht dem Schutze des Einzelnen, sondern dem des Staates. Daher werden auch diese Vorschriften bei jeder Gelegenheit umgangen werden. Wenn deshalb diese Vergehen nicht dermassen überhand nehmen sollen, dass sie das ganze Wirtschaftssystem bedrohen, so wird der Staat seinen Polizeiapparat sehr stark erweitern müssen. Dies umso mehr, als viele Vorschriften, wie z.B. jene der Rationierung, sich an jedes einzelne Wirtschaftssubjekt richten, und damit auch jedes einzelne Wirtschaftssubjekt zum möglichen Delinquenten wird, wo hingegen nur derjenige zum Schmuggler werden kann, der Gelegenheit hat, ins Ausland zu reisen, und nur derjenige zum Steuerdefraudanten, der

78) Vergl. Röpke II. S. 61/62

ein steuerbares Einkommen oder Vermögen besitzt. Die Zahl der potentiellen Gesetzesübertreter wird also bei gestauter Inflation unendlich viel grösser als unter freien Wirtschaftsverhältnissen.

Die Beschränkungen, die die gestaute Inflation den Wirtschaftssubjekten auferlegt, zeigen sich nicht nur in den eigentlichen, expliziten Vorschriften und Verboten, die die Wirtschaftsbehörde verfügt. Die Vorschriften berühren oft auch jene Wirtschaftssubjekte indirekt, die nicht von ihnen direkt betroffen werden. Man betrachte als Beispiel die Preiskontrolle ⁷⁹⁾.

Wenn kraft obrigkeitlicher Bestimmung Höchstpreise fixiert werden, so werden hievon in erster Linie die Besitzer solcher Güter betroffen, indem sie nicht mehr die volle Verfügungsgewalt über ihr Besitztum haben. Da aber die Festsetzung von Höchstpreisen nur dann sinnvoll ist, wenn der staatliche Höchstpreis wesentlich unter dem, bei freien Marktverhältnissen auftretenden Gleichgewichtspreis liegt, werden immer gewisse Nachfrager übrig bleiben, die nicht ihren vollen Bedarf befriedigen konnten, obwohl sie bereit gewesen wären, einen höheren Preis für das betreffende Gut zu bezahlen. Auf diese Individuen bezogen, bedeutet die Preisfixierung ebenfalls einen Eingriff in ihre Rechte, indem sie die freie Verwendung ihres Geldbesitzes einengt.

Es ist leicht begreiflich, dass unter den genannten Umständen ein Wettlauf unter den Nachfragern einsetzen wird, da jeder Mann sich seinen Anteil an der gewünschten, knappen Ware sichern will. ⁸⁰⁾ Diese ungesunde Konkurrenz führt zu den

⁷⁹⁾ Vergl. Rueff S. 629.

⁸⁰⁾ Vergl. Lerner S. 195.

bekannten Erscheinungen, die während des zweiten Weltkrieges in beinahe in allen Ländern beobachtet werden konnten: Das Schlangestehen vor den Geschäften, "wo es etwas gab". Ein solches Resultat kann noch als relativ harmlos betrachtet werden, da es doch mehr oder weniger zufällig ist, wer nun leer ausgehen muss. Dieser wird vielleicht das nächste Mal, ebenso zufällig, bei den Glücklichen sein. Weniger harmlos wird es, wenn die Nachfrager-Konkurrenz in jener Weise ausartet, die leider auch nur zu bekannt ist, wo sich der skrupellose Käufer durch Zuschieben von Trinkgeldern und "Handgeldern" oder andern Vorteilen in den Vordergrund stellt. Hier ist es nicht mehr der blinde Zufall, der die Distribution besorgt - was zwar allein schon schlimm genug wäre - sondern die Korruption, genauer gesagt: Der Grad der Korruption der einzelnen Wirtschaftssubjekte, sowohl auf der Anbieter- als auf der Nachfragerseite in Verbindung mit ihrer finanziellen Stärke oder sozialen Stellung. Der Staat wird alles daran setzen müssen, um solche Auswüchse zu verhindern, die in sich den Keim zu schweren sozialen Unruhen tragen können.

Es kann nicht bezweifelt werden, dass bei fortschreitender Entwicklung der gestauten Inflation die Gefahr einer allgemeinen Verwirrung der Rechtsbegriffe naheliegt. Auch hiezu lieferte das Dritte Reich anschauliche Beispiele, indem Vergehen gegen bestimmte Wirtschaftsgesetze ohne weiteres mit der Todesstrafe geahndet werden konnten ⁸¹⁾.

7. Verlust der Eigenschaften des Geldes.

Stellt man sich das Einkommen in seine beiden Bestandteile der Spar- und Konsumquote zerlegt vor, wird man feststellen,

⁸¹⁾ Vergl. Röpke II, S. 62.

dass bei gestauter Inflation der innere Wert des Geldes, das man zu Konsumzwecken zu verwenden beabsichtigt, nicht mit dem des Spargeldes übereinstimmt. Während der Wert des Konsumgeldes leicht an Hand des Konsumgüterpreis-Niveaus ermittelt werden kann und demnach, wie dieses, stabil ist, ist der Wert des Spargeldes je nach der Anzahl der noch frei erhältlichen Güter und je nach den individuellen Präferenzen verschieden. Wenn die gestaute Inflation schon soweit fortgeschritten ist, dass überhaupt keine Güter oder Dienstleistungen frei erhältlich sind, verliert das Geld, welches nicht ausgegeben werden konnte, seinen Wert vollständig ⁸²⁾. Es wird dabei auf die Absicht des Staates und auf die äusseren Umstände ankommen, ob der Wertverlust nur vorübergehend oder definitiv ist. Wenn nur noch einige wenige Güter frei erhältlich sind, wird der Geldwert von Individuum zu Individuum verschieden sein, je nachdem, ob es die erhältlichen Güter tatsächlich wünscht oder nicht. Es ist weiter festzustellen, dass der Wert des Geldes, das auf dem schwarzen Markt zirkuliert, sehr viel kleiner ist als desjenigen, das auf dem offiziellen Markt umläuft ⁸³⁾. Dieses Geld hat an sich keinen bestimmten Wert mehr, es bekommt ihn erst in Verbindung mit dem Rationierungsausweis, oder der sozialen und politischen Stellung des Besitzers ⁸⁴⁾.

Aus diesen Gründen kann das Geld seine Funktion als Wertmasstab wie auch seine Aufgabe als Tauschmittel nur noch

⁸²⁾ Vergl. Röpke II, S. 68.

⁸³⁾ Vergl. Röpke II, S. 69.

⁸⁴⁾ Vergl. Röpke I, S. 246.

beschränkt erfüllen ⁸⁵⁾. Da die Massnahmen, die eine erfolgreiche Stauung der Inflation herbeiführen sollen sich nicht nur auf das Inland beschränken, sondern auch den Aussenhandel treffen, werden die Wechselkursbeziehungen nicht mehr frei spielen können. Die Devisenzwangswirtschaft, Import- und Exportlenkung etc. ermöglichen das Auftreten des Doppelkurses, eines offiziellen Zwangskurses und eines schwarzen Kurses. Diese Erscheinung, die nahezu in allen Ländern während der Nachkriegszeit auftrat, ist Zeugnis dafür, dass der Wert der eigenen Währung auch in Bezug auf die fremden Währungen nicht mehr eindeutig erfasst werden kann ⁸⁶⁾. Es kann schliesslich so weit kommen, dass überhaupt keine Wechselkursbeziehungen mehr bestehen, wie es gegenüber der Sowjetunion der Fall ist, wo weder ein schwarzer noch ein offizieller Kurs notiert wird (Rubelphänomen ⁸⁷⁾. Die Folge davon ist die vollständige Lähmung des Aussenhandels und die Autarkie, was einem Verzicht auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung gleichkommt. Wird ein bisher im Austausch erworbenes Gut im Inland hergestellt, so ist dies in der Regel - infolge der Wirksamkeit des Gesetzes der komparativen Kosten - mit höheren realen Kosten verbunden.

85) Muhs Karl, Vom Geldautomatismus zur Währungsautonomie, Deutsche Geldpolitik, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1941, S. 223.

86) Röpke I. S. 244.

87) Röpke II. S. 69.

Während Rueff in erster Linie Nachdruck auf die unmittelbaren Folgen der gestauten Inflation legt, indem er die mit ihr verbundenen Freiheitsbeschränkungen beschreibt, geht Röpke einen Schritt weiter und verurteilt die gestaute Inflation nicht nur aus diesen, sondern auch aus rein ökonomischen Gründen: "Wenn wir schon zögern, unsere Freiheit gegen die gepriesenen Vorteile der zurückgestauten Inflation hinzugeben, wie sehr müssten wir erst zurückschrecken, wenn diese Vorteile trügerisch sind und wenn wir unser politisches Erstgeburtsrecht nicht für ein wohlschmeckendes Linsengericht, sondern für ein vergiftetes opfern " ⁸⁸⁾. Selbst wenn es gelingt, während geraumer Zeit eine Politik der gestauten Inflation zu treiben, müsse schliesslich "eine völlige Desorientierung der Wirtschaft" eintreten, " eine Desorientierung, die noch ärger ist als diejenige, die aus den letzten Stadien einer offenen Inflation bekannt sind". Röpke stützt sich hierbei vor allem auf die Erfahrungen in Deutschland nach dem Zusammenbruch ⁸⁹⁾. Es sei an dieser Stelle auch auf Jessen verwiesen, dessen ablehnende Haltung gegenüber der gestauten Inflation aus einigen Sätzen recht deutlich hervorgeht, obwohl er sich in Anbetracht der damaligen Umstände ⁹⁰⁾ begreiflicherweise vorsichtig ausdrückt. So liest man beispielsweise: "Ein rapides Anwachsen des Staatsbedarfs führte zu einer Inanspruchnahme der Währungspolitik für die Bestreitung von Staatsausgaben, die immer weniger auf dem Wege der Steuererhebung und der Inanspruchnahme echter Anleihen gedeckt werden konnte". Oder an anderer Stelle: "Zum Unvermeidlichen gehört der Zwang, sich den Teil des Nationalproduktes zu sichern, dessen man nicht mittels Steuern und Anleihen habhaft werden kann. " Sowohl

⁸⁸⁾ Röpke II, S. 66.

⁸⁹⁾ Röpke I, S. 247.

⁹⁰⁾ Der Aufsatz "Währungspolitik und Preispolitik" erschien 1941 !

die Verwendung des Wortes "echte Anleihen" im ersten wie des Begriffes "habhaft werden" im zweiten zitierten Satz lassen die kritische Einstellung Jessens erkennen. Dies wird noch offensichtlicher, wenn er auf die verschiedenen Nachteile der gestauten Inflation aufmerksam macht, ohne allerdings diesen Ausdruck zu verwenden, und ohne diese Nachteile als eigentliche Nachteile, sondern eher als zu überwindende Schwierigkeiten darzustellen. So weist er darauf hin, dass die Produktionssteigerung zu Kostensteigerung führt, dass ein vollständiger Preisstopp nicht erreicht werden kann, weil sich viele Ausweichmöglichkeiten, wie Qualitätsverschlechterungen etc. bieten, dass, trotz Investitionskontrolle Kapitalfehlleitungen auftreten usw.

b) Die Argumente für die gestaute Inflation.

1. Sicherung der Existenz für alle Wirtschaftssubjekte.

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass bei Gütermangel und steigenden Preisen die akute Gefahr besteht, dass die untersten Einkommensschichten auch ihren nötigsten Bedarf nicht mehr zu decken im Stande sind. Dass die Stauung der Inflation diese Gefahr verringert oder beseitigt, ist als ihr weitaus wichtigster Vorteil zu betrachten. Dies ist, vom liberalen Standpunkt aus, überhaupt der einzige Rechtfertigungsgrund, der die gestaute Inflation- und auch dies nur unter bestimmten Voraussetzungen - akzeptierbar macht. Es sei auch hier auf Röpke verwiesen, der trotz seiner liberalen Ueberzeugung zugibt, es sei "indeed arguable that there may be a good sense in repressing inflation effectively for a while, especially during the war..."⁹¹⁾. Rueff behauptet allerdings, eine Güterknappheit erfordere weder Rationierung noch Plan; es genüge, dass die ausgegebene Geldmenge der erhältlichen Gütermenge angepasst werde, so ungenügend letztere auch in bezug auf die Nachfrage sei. Dieser Ansicht kann kaum beigespflichtet werden, wie aus dem früher Gesagten hervorgeht⁹²⁾. Bei absoluter Inflation mag eine Beschränkung der Geldmenge vielleicht genügen, um das Preisniveau stabil zu halten⁹³⁾, bei relativer Inflation aber, wenn es sich um eine "rareté de richesses" handelt, kann ein so kräftiger Preisauftrieb eintreten - unabhängig von der

⁹¹⁾ Röpke I, S. 242.

⁹²⁾ Vergl. S. 17.

⁹³⁾ Auch dies ist fraglich, da das Preisniveau auch von andern Grössen abhängig ist (Umlaufgeschwindigkeit etc.)

Geldmenge - dass ein Teil der Bevölkerung eben gleichwohl vor dem Ruin steht.

2. Die Veränderung der Einkommensstruktur.

Wenn aus irgend welchen Gründen die Menge der angebotenen Güter eine Einbusse erleidet und dieser Rückgang nicht als Folgeerscheinung einer Nachfrageverringering eintritt, wird auf dem freien Markte das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage durch den bekannten Preismechanismus bewerkstelligt. Die Preiserhöhung erfolgt aber zunächst nicht, weil die Produktionskosten gestiegen sind, sondern weil der Unternehmer, resp. der letzte Anbieter, dank der momentanen Marktsituation, für die schon produzierten Waren einen höheren Preis erzielen kann. Das zusätzliche Einkommen, das die Warenbesitzer beim Verkauf ihrer Güter erhalten ist demnach kein Arbeitseinkommen, es kann auch nicht als Unternehmerlohn im eigentlichen Sinne betrachtet werden, sondern muss eher als zufälliger Gewinn gewertet werden. Man wird einwenden, dass diese Erscheinung nur in der zeitlich ersten Phase des inflatorischen Preisauftriebes erfolgen könne, da ja nachher die Produktionskosten wegen der erhöhten Rohstoffpreise und Arbeitslöhne auch ansteigen müssten. Dieser Einwand ist deshalb nicht stichhaltig, weil die Produktionskosten-Erhöhrungen stets als Folge der Konsumgüter-Preissteigerungen eintreten und deshalb immer, nicht nur in der ersten Phase, verspätet bemerkbar werden. Das gesamte Volkseinkommen erfährt hierdurch eine Aenderung seiner Struktur in dem Sinne, dass die Gewinnquote im Verhältnis zu den übrigen Einkommen, wie Löhne, Renten etc. grösser wird⁹³⁾. Diese strukturelle Verschiebung bleibt nicht

93) Vergl. A Survey of the Economic Situation and Prospects of Europe. Economic Commission for Europe, Genf 1948, S. 81.

ohne Einfluss auf die Zusammensetzung der Konsumgüterproduktion. Solche Gewinne stellen für die davon profitierenden Bezüger zusätzliche Einkommen dar und werden deshalb zum grossen Teil nicht zum Ankauf von Gütern des Zwangsbedarfs, sondern eher zur Beschaffung von Luxusgütern verwendet werden. Dadurch wird natürlich die Produktion solcher Luxusgüter begünstigt ⁹⁴⁾. Ohne den diskutablen Begriff der "sozialen Gerechtigkeit" einzuführen, kann doch die Gefahr nicht übersehen werden, dass eine solche Entwicklung zur Ursache ernster sozialer Unruhen werden kann.

3. Die gleichmässige Lastenverteilung.

Es wurde unter a) ⁹⁵⁾ darauf hingewiesen, dass die gestaute Inflation zu einer ungleichmässigen Verteilung der Lasten führe. Die dort aufgeführte Argumentation ist zweifellos richtig, wenn sie behauptet, die Anteile, die jedes einzelne Wirtschaftssubjekt für die staatlichen Aufwendungen beiträgt, seien verschieden. Hiezu sei aber bemerkt, dass dieselbe Erscheinung - wenn vielleicht auch nicht im selben Masse - bei jeder progressiven Besteuerung als gewollte Wirkung auftritt.

Solange der herrschende Inflationsdruck auf einen ausgesprochenen Mangel an Konsumgütern zurückzuführen ist, gestattet die gestaute Inflation mit ihren Mittel der Rationierung und Preiskontrolle etc. eine ungefähr gleichmässige Verteilung der zu erduldenen Entbehrungen. Sie verhindert, dass auf der einen Seite der finanziell Starke seine Konsumgewohnheiten in keiner Weise einzuschränken braucht, während andererseits der Minderbemittelte buchstäblich ver-

⁹⁴⁾ Vergl. Survey, S. 81.

⁹⁵⁾ Vergl. S. 60.

hungern muss, wenn er nicht irgend welchen Hilfsorganisationen zur Last fallen soll.

4. Verhinderung des Produktionsrückganges.

In der offenen Inflation schafft die stete Preiserhöhung, wie gezeigt wurde, neue Gewinnmöglichkeiten. In der Praxis werden es im allgemeinen nicht die Produzenten selbst sein, die den Hauptanteil dieser Gewinne erhalten werden, sondern die letzten Verkäufer, also der Gross- und Kleinhandel ⁹⁶⁾. Diese neuen Gewinnmöglichkeiten lassen den Handel als besonders anziehend erscheinen, umso mehr, als damit auch kein Risiko mehr verbunden ist, da ja der Absatz der knappen Güter von vorneherein gesichert ist. Durch diese verlockenden Aspekte werden viele Produktionsfaktoren aus dem eigentlichen Produktionsprozess ausscheiden und in die Güterdistribution hinüberwechseln, womit natürlich eine Verminderung der Gesamtproduktion Hand in Hand gehen wird.

Es ist bekannt, dass bei der, auf einer Güterverknappung beruhenden, offenen Inflation die landwirtschaftlichen Produkte, dank ihrer verhältnismässig starren Nachfragekurve, relativ hohe Preise erzielen werden ⁹⁷⁾. Wenn es fest stünde, dass diese hohen Preise einen Anreiz zur vermehrten Produktion dieser Güter darstellten, könnte die genannte Erscheinung, gesamtwirtschaftlich gesehen, vielleicht als Vorteil gewertet werden. Da aber die Landwirtschaft auf Preisveränderungen oft in entgegengesetzter Weise reagiert, ist es sehr wohl möglich, dass die Produktion der an sich schon knappen Produkte, wegen der hohen Preise, noch weiter absinkt (Antikonjunkturelle Marktreaktion).

⁹⁶⁾ Vergl. Survey S. 81.

⁹⁷⁾ Vergl. Survey S. 81.

5. Die Lagerhaltung.

Die Lagerbestände an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigprodukten werden normalerweise bei der offenen Inflation anwachsen, da die Waren aus spekulativen Gründen zurückgehalten werden. Dadurch wird nicht nur die angebotene Gütermenge verkleinert, es kann auch zu Störungen des Produktionsprozesses führen, die ihrerseits nachteilig auf die Gesamtproduktion wirken. Umgekehrt können allerdings bei allgemeiner Preiskontrolle die Lager sehr stark abnehmen, da die Verkäufer, angesichts der grossen Nachfrage kein Interesse daran haben, zurückhaltend zu sein, wenn sie sich davon keine zusätzlichen Gewinnchancen versprechen können⁹⁸⁾. Zu kleine Lagerbestände können aber auch zu Produktionsstörungen führen, die allerdings in der gestauten Inflation durch eine ausgedehnte Kontrolle der Rohstoffverteilung vermieden werden können. Wie dieses Beispiel illustriert, kann eine Inflation, je nachdem, ob sie gestaut ist oder offen, diametral entgegengesetzte Wirkungen zeitigen, wobei beide Extreme - abnorm hohe und abnorm tiefe Lagerhaltung - sich selbst überlassen, für den Wirtschaftsablauf von Nachteil sind.

6. Stabilität der Wechselkurse.

Es wurde schon gesagt, dass die gestaute Inflation die Devisenbewirtschaftung und die Wechselkursstabilisierung erheischt. Es kann nicht bestritten werden, dass damit ein wichtiger Unsicherheitsfaktor aus den Kalkulationen der Importeure und Exporteure eliminiert wird, der bei offener Inflation sich als Hemmschuh in allen Aussenhandelsbeziehungen erweisen kann. Hiezu ist aber zu bemerken, dass

⁹⁸⁾ Vergl. Survey, S. 83.

bei gestauter Inflation die Aussenhandelsgeschäfte der staatlichen Bewilligung unterliegen und damit an Stelle der unsicheren Wechselkurse ein anderer Unsicherheitsfaktor tritt:

Die Frage, ob die zu einem Auslandsgeschäft notwendigen Genehmigungen wohl auch erteilt werden. Wenn der Export durch variable Ausfuhrprämien gefördert werden muss, dann wird die Stabilität der Wechselkurse nur noch eine Nominale sein. Die Höhe der Ausfuhrzuschüsse wird sich je nach den Nachfrageverhältnissen in den einzelnen Ländern richten, weshalb der reale Wechselkurs von Land zu Land und in jedem Moment ein verschiedener sein wird ⁹⁹⁾.

c) Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der gestauten Inflation.

Es dürfte an dieser Stelle angebracht sein, einige grundsätzliche Bemerkungen über die gestaute Inflation anzubringen. Man muss sich in erster Linie klar darüber werden, dass die gestaute Inflation keine Wirtschaftsordnung darstellt. Es gibt unter andern eine liberale und eine sozialistische Wirtschaftsordnung, eine gestaute Inflation als Dauerzustand ist aber nicht denkbar. Sie stellt lediglich ein Hilfsmittel dar, um entweder bestimmte, kritische Situationen zu überwinden, oder um gewisse wirtschaftliche oder politische Ziele zu erreichen. Obwohl sie sich in ihren Auswirkungen sehr stark der sozialistischen Wirtschaftsform nähert - man denke an die zwangsläufig aus ihr resultierende Planwirtschaft - ist sie doch nicht letzterer gleichzusetzen. Es kann sehr wohl sozialistische Wirtschaften geben ¹⁰⁰⁾,

⁹⁹⁾ Vergl. Frei S. 161.

¹⁰⁰⁾ Vergl. S. 58.

ohne dass gleichzeitig eine gestaute Inflation herrscht, wie es auch in liberalen Ländern gestaute Inflationen gegeben hat, wobei allerdings in sehr vielen Belangen die individuelle Freiheit vorübergehend zum Teil sehr stark eingeschränkt war. Als Beispiel hiezumag die Schweiz während des zweiten Weltkrieges und in der ersten Nachkriegszeit dienen.

Wenn von den Vor- und Nachteilen der gestauten Inflation gesprochen wird, muss man sich klar darüber sein, dass solche Werturteile immer umstritten bleiben werden. Eine bestimmte Tatsache kann vom liberalen Standpunkt aus gesehen als eine erfreuliche Erscheinung begrüsst werden, während dasselbe Phänomen durch die sozialistische Brille betrachtet, als Uebel verurteilt wird. Trotz dieser Subjektivität in der Beurteilung des wirtschaftlichen Geschehens muss ein Kriterium gefunden werden, welches erlaubt, auf Grund objektiver Ueberlegungen, wenigstens in bestimmten Fällen, ein einigermaßen zutreffendes Werturteil zu fällen. Als solches Kriterium kann wohl die Höhe des realen Volkseinkommens gelten. Es muss das Ziel jeder vernünftigen, positiven Wirtschaftspolitik sein - gleich welcher Färbung - auf die Dauer mit möglichst wenig Aufwand eine möglichst grosse Gesamtproduktion zu erzielen. Wie sich dann dieses Volkseinkommen auf die einzelnen Wirtschaftssubjekte verteilt, auf welche Weise dem gesteckten Ziele am nächsten gekommen werden kann, welches schliesslich die Opfer sind, welche die Bürger auf sich nehmen müssen, dies sind alles Fragen, die kaum mehr objektiv beantwortet werden können, da sie allzu sehr von den persönlichen Ueberzeugungen abhängen.

Wenn von der Wünschbarkeit der gestauten Inflation gesprochen wird, muss immer zugefügt werden, welchem andern Zustand sie vorgezogen wird. Es wird kaum jemandem

einfallen, eine Politik der gestauten Inflation zu treiben, oder zu propagieren, wenn sich die Wirtschaft im schönsten Gleichgewicht befindet und keine Gefahr irgendwelcher Störungen besteht. Die Frage wird erst dann aktuell, wenn eine inflatorische Tendenz oder inflationsverursachende Ereignisse auftreten. Unter solchen ausserordentlichen Umständen dürfte es schwer fallen, allgemein gültige Regeln aufzustellen, denn zu jedem Zeitpunkt und in jedem Land werden die äusseren Bedingungen verschieden sein, sodass dieselben Massnahmen dem einen Land zu Nutzen und dem andern zu Schaden gelangen können. Die Alternative wird also kaum je lauten: Keine Inflation oder gestaute Inflation, sondern: Gestaute Inflation oder offene Inflation. Unter diesem Gesichtspunkt kann der Wegfall aller schwerwiegenden Folgen, die eine fortgeschrittene offene Inflation auf die gesamte Wirtschaftsstruktur eines Landes hat, und die durch Stauung des Inflationsdruckes vermieden werden können, als positives Moment der gestauten Inflation gebucht werden. Alle diese Nachteile sind zu oft beschrieben worden, als dass sie noch einmal aufgezählt zu werden brauchten; man halte sich diese Tatsache aber vor Augen, wenn man die relativ kurze Liste der Vorteile wie sie unter b) aufgezeichnet sind mit den unter a) angeführten Nachteilen vergleicht.

1. Die Gesamtproduktion.

Wie aus dem bereits Gesagten hervorgeht, haben sowohl die offene als auch die gestaute Inflation produktionsfördernde und produktionshindernde Momente aufzuweisen. Der Wegfall der freien und vollkommenen Konkurrenz einerseits, die Planlosigkeit und Bevorzugung unwichtiger Industrien andererseits sind die Ursachen, die zur Verminderung der Gesamtproduktion in den beiden Fällen führen. Dass diese Behauptungen tatsächlich zutreffen, kann nicht bestritten werden, sodass lediglich über das Ausmass des jeweiligen

Produktionsrückganges eine Diskussion möglich ist. Hierüber aber ein endgültiges Urteil zu fällen, dürfte in Anbetracht der Vielseitigkeit des Problems ausserordentlich schwierig sein.

2. Die Lastenverteilung.

Es gilt hier, drei Begriffe zu unterscheiden, die sehr nahe beieinander liegen und sich zum Teil überschneiden. Unter "Aufwendungen für den Staat" soll jene Grösse verstanden werden, die schon im Abschnitt b) unter 3. ¹⁰¹⁾ als Differenz zwischen dem Anteil an der Konsumgütermenge definiert wurde. In andern Worten: Der Anteil des einzelnen Wirtschaftssubjektes an der staatlichen Produktion. Als Zweites stellen die "relativen Entbehrungen" die Differenz zwischen dem Normalkonsum eines Wirtschaftssubjektes und der Gütermenge dar, die ihm nach Eintritt der Inflation noch zur Verfügung steht. Die dritte Grösse endlich wird durch die Differenz zwischen dem Existenzminimum und der, dem Wirtschaftssubjekt zur Verfügung stehenden Gütermenge dargestellt.

Die Verteilung der Aufwendungen für den Staat, wie auch die der absoluten und relativen Entbehrungen in den verschiedenen Fällen lassen sich sehr anschaulich mit Hilfe graphischer Darstellungen erläutern.

1. Die Aufwendung für den Staat.

Bei offener Inflation: Die Steuern erfahren bei der relativen offenen Inflation nominal keine Aenderung, da sie sich nach der als konstant vorausgesetzten Einkommensverteilung berechnen. Ihr Realwert nimmt hingegen ent-

¹⁰¹⁾ Siehe S. 78.

sprechend der Geldentwertung ab. Weil die relative offene Inflation, wie jede Inflation die bekannten Folgen auf das Schuldner/Gläubiger Verhältnis hat, wird auch der Staat, in seiner Eigenschaft als Schuldner, einen einmaligen realen Gewinn erzielen. Bei der absoluten offenen Inflation liegen die Verhältnisse sehr ähnlich, nur mit dem Unterschied, dass durch das nominale Wachstum der Einkommen auch die Steuereinnahmen entsprechend nominal zunehmen, so dass deren Realwert angenähert gleich bleibt. Eine gewisse Mehreinnahme wird durch die Umklassierung eines Teiles der Zensiten in eine höhere Progressionsstufe erzielt. Die Vermögenslage des Staates erfährt, wie im vorhergehenden Fall, eine reale Verbesserung.

Bei gestauter Inflation: Wenn der Staat die Stauung einer relativen Inflation nur aus dem Grunde durchführt, um in einer Notlage die Existenzmöglichkeit sämtlicher Wirtschaftssubjekte zu gewährleisten und dabei die Absicht hat, alle Kontrollmassnahmen aufzuheben, sobald die verfügbare Gütermenge wieder die normale Höhe erreicht hat, so wird diese begrenzte Inflation keinen Einfluss auf die Verteilung der Steuerlast haben. Lediglich die Staatseinnahmen aus den Vermögenssteuern werden wachsen, weil ja zwangsläufig während der Periode der gestauten Inflation die Ersparnisse zunehmen werden. Im Allgemeinen kann stets der Staat, resp. dessen Wirtschaftsbehörde als Initiant einer absoluten Inflation betrachtet werden, wobei letztere die Folge seiner defizitären Wirtschaftspolitik bildet. Wenn die entstehende Inflation gestaut wird, geschieht dies nicht, um die Bevölkerung vor den Wirkungen einer Preissteigerung zu schützen, sondern um dem Staat zu ermöglichen, seine beabsichtigte Politik weiterhin durchzuführen. Der Staat will nicht, wie im obigen Fall, die überschüssige Kaufkraft nur vorübergehend sperren, weil dieser infolge des momentanen Gütermangels

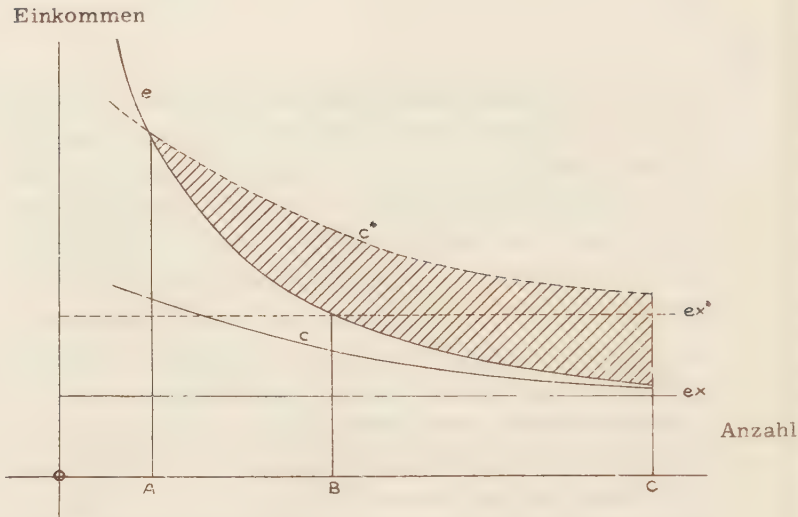
keine realen Werte gegenüberstehen, er will vielmehr einen Teil der effektiv vorhandenen realen Werte für sich beanspruchen. "Zum Unvermeidlichen gehört der Zwang, sich den Teil des Nationalproduktes zu sichern, dessen man nicht mittels Steuern und Anleihen habhaft werden kann" ¹⁰²⁾.

Die Aufwendungen für den Staat eines Wirtschaftssubjektes entsprechen hier seiner, zum Teil erzwungenen Sparquote.

2. Die relativen und absoluten Entbehrungen.

Die umstehende Zeichnung illustriert die Verteilung der relativen und absoluten Entbehrungen im Falle einer relativen, offenen Inflation. Die Kurve e stelle die Einkommensverteilung dar. Man stelle sich also sämtliche Wirtschaftssubjekte auf der Abszisse nach fallenden Einkommen geordnet vor, wobei auf der Ordinate jeweils die Höhe der zugeordneten Einkommen aufgetragen wären. Die von der e - Kurve und dem Koordinatensystem eingeschlossene Fläche ergäbe demnach das gesamte, monetäre Einkommen. Sowohl nach seiner Höhe als auch nach seiner Struktur soll es durch die eingetretene Güterverknappung nicht, oder noch nicht verändert worden sein. Die Kurve c gibt die Höhe des normalen Konsums an, wie sie vor der Inflation beobachtet werden konnte. Die Gerade endlich zeigt die Höhe des Existenzminimums an.

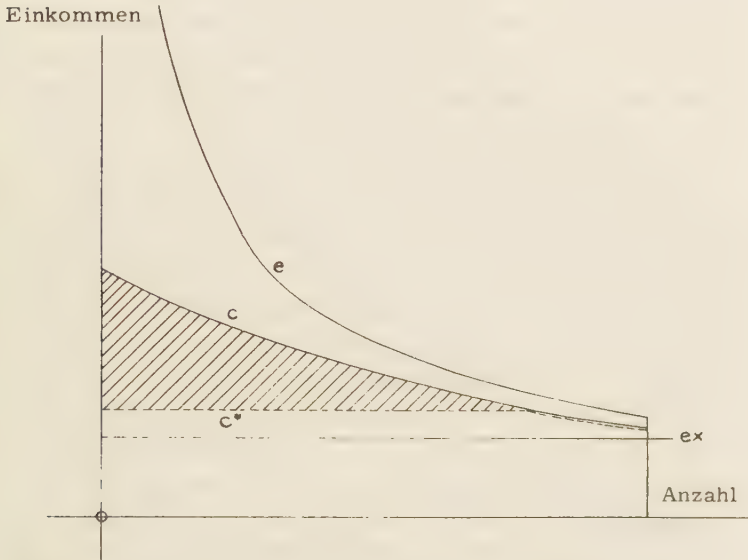
¹⁰²⁾ Vergl. Jessen S. 282.



Der Rückgang des Angebotes hat eine Preisniveauerhöhung bewirkt, die mit ca. 100% angenommen wurde. Jedes Wirtschaftssubjekt muss also, falls es seinen bisherigen Konsum beibehalten will, den doppelt so hohen Geldbetrag für dieselbe Gütermenge bezahlen. Desgleichen ist auch das Existenzminimum um 100% gestiegen. Durch Verdoppelung der Ordinaten erhält man demnach die neuen Kurven c^* und ex^* . Beachtenswert sind die Schnittpunkte dieser neuen Kurven mit der voraussetzungs-gemäss gleich gebliebenen Einkommenskurve e . So ergibt der Schnittpunkt von e mit c^* jene kritische Einkommenshöhe an, von welcher aus das Einkommen nicht mehr ausreicht, um bei den gestiegenen Preisen die frühere Konsumtion beizubehalten. Die rechts vom Punkte A befindliche, von c^* und e eingeschlossene, schraffierte Fläche stellt den Nominalwert der fehlenden Gütermenge dar. Zwischen den Punkten B und C befinden sich jene Wirtschaftssubjekte, deren Einkommen sogar unter das Existenzminimum fällt, die also nicht nur relative, sondern auch absolute Entbehrungen zu erleiden haben.

Während im Falle der relativen offenen Inflation das Einkommen eines Teiles der Bevölkerung unter das Existenzminimum abfällt, trifft dies, wie man feststellen wird, bei der gestauten relativen Inflation nicht zu.

In der folgenden Zeichnung ist das Preisniveau stabil vorausgesetzt, sodass auch der Nominalwert des Existenzminimums gleich bleibt.



Die Rationierung bewirkt, dass die neue Konsumkurve c^* zu einer horizontalen Geraden wird. Der Wert der fehlenden Konsumgütermenge wird jetzt durch die von den Kurven c und c^* eingeschlossenen, schraffierten Fläche dargestellt. Der wichtigste Unterschied zwischen der gestauten und der offenen relativen Inflation besteht darin, dass bei der gestauten Inflation alle Realeinkommen mindestens die Höhe des Existenzminimums erreichen, dass also niemand absolute Entbehrungen zu erdulden braucht. Dies natürlich immer unter der stillen Voraussetzung, dass die vorhandene Gütermenge so gross ist, dass c^* höher zu liegen kommt als e_x . Beim weiteren Vergleichen der beiden Darstellungen wird ebenso auffallen, dass es im Falle der offenen Inflation die untersten Einkommensbezüger sind, die die grössten relativen Entbehrungen

zu tragen haben, während es bei der gestauten Inflation die obersten sind. Hierbei ist allerdings zu bedenken, dass in der Praxis bei gestauter Inflation die neue Konsumkurve nie ganz horizontal verlaufen wird. Für die höheren Einkommensklassen wird es immer Möglichkeiten geben, durch Ausweichen auf andere, teurere Güter, und nicht zuletzt dank dem schwarzen Markt, ihre Konsumption dem früheren Werte mehr oder minder anzunähern.

Wie diese Ausführungen gezeigt haben, ist jede Argumentation für oder wider die gestaute Inflation, solange es sich um eine relative Inflation handelt, die sich auf Erwägungen wie: "Gerechtigkeit", "gleichmässige Lastenverteilung" etc. stützt, völlig unhaltbar. Im einen wie im andern Fall sind die Aufwendungen für den Staat und die relativen Entbehrungen sehr ungleichmässig verteilt, der einzige prinzipielle Unterschied besteht, wie schon erwähnt, darin, dass bei der gestauten Inflation keine absoluten Entbehrungen zu ertragen sind.

Rueff ¹⁰³⁾ glaubt allerdings - sich auf die Besetzungszeit Frankreichs beziehend - die von Deutschland auferlegte Belastung hätte, durch direkte Steuern erhoben, den Lebensstandard nicht stärker hinuntergedrückt, als es die angewandte Politik der gestauten Inflation getan hat. Dass dies in Bezug auf den durchschnittlichen Lebensstandard zutrifft, ist nicht zu bezweifeln, es wäre aber gleichwohl möglich gewesen, dass die untersten Einkommensklassen nicht mehr hätten existieren können. Dies wäre dann der Fall gewesen, wenn trotz des abgeschöpften Betrages - der absoluten Güterknappheit wegen - eine massive Preissteigerung eingetreten wäre.

¹⁰³⁾ Vergl. Rueff, S. 703/4.

Nach dem bisher Gesagten dürfte keine Diskussion mehr darüber herrschen, dass der Staat beim Auftreten einer relativen Inflation bestimmte Massnahmen ergreifen muss, wenn er nicht zusehen will, wie ein Teil seiner Bevölkerung zu Grund geht. Natürlich würde sich, wenn die schwächsten Nachfrager eliminiert sind, ein neues Gleichgewicht auf anderer Basis einstellen, aber so weit wird wohl auch der eifrigste Verfechter liberaler Ideen nicht gehen wollen. Damit soll allerdings nicht behauptet werden, dass die Stauung der Inflation die einzige Methode sei, um solch katastrophale Folgen zu verhüten, es mag noch eine ganze Reihe anderer Wege geben, die zum gleichen Ziele führen. Es soll lediglich festgehalten werden, dass der Staat - wenn auch nur aus menschlichen Gründen - bestimmte Vorkehrungen treffen muss, und dass die Politik der gestauten Inflation, wie die Praxis erwiesen hat, den Zweck durchaus erfüllen kann.

Wenn auch beim Auftreten einer relativen Inflation staatliche Eingriffe notwendig sind, heisst dies noch keineswegs, dass es auch im Falle der absoluten Inflation zutrifft. Im Gegensatz zur relativen Inflation, wo der freie Preismechanismus zum Ruin eines Teiles der Bevölkerung führen muss, kann sich bei einer absoluten Inflation - solange sie innerhalb gewisser Grenzen bleibt - ein neues Gleichgewicht bilden, ohne dass a priori eine bestimmte Einkommensschicht eliminiert werden muss. Man nehme an, die aktiv zirkulierende Geldmenge würde durch Zustrom zusätzlichen Geldes während einer gewissen Periode regelmässig vergrössert, während das reale Volkseinkommen gleich bliebe. Allmählich werden die Konsumgüterpreise steigen, und mit ihnen, mit mehr oder weniger Verspätung, auch die Löhne und Einkommen, mit Ausnahme der fixen Einkommen, wie Renten etc. Wenn nach Ablauf der Frist die Ausgabe zusätzlichen Geldes eingestellt wird, so wird sich eine neue Einkommens-

verteilung ergeben, die, nachdem wiederum einige Zeit verstrichen ist, ungefähr dasselbe, nur nach oben verschobene Bild zeigen wird, wie vor der Inflation. Es werden innerhalb der Verteilung strukturelle Veränderungen stattgefunden haben, die aber an dieser Stelle unberücksichtigt gelassen werden können, da sie das Gesamtbild nicht wesentlich zu verändern vermögen. Die Situation wird nur für jene Wirtschaftssubjekte kritisch, die 1. ein fixes Einkommen haben, 2. deren Einkommen nicht die Höhe des Existenzminimums mehr erreicht, und 3. die sich kein zusätzliches Einkommen schaffen können. Die Zahl der Betroffenen ist also sicher viel kleiner als im Falle der relativen Inflation. Damit soll nicht etwa der Ernst der Wirtschaftslage solcher Betroffener bagatellisiert werden, sondern lediglich darauf hingewiesen werden, dass es nicht dasselbe ist, ob der Staat nur relativ wenig Individuen oder ob er eine ganze Bevölkerungsschicht vor dem Untergang bewahren muss. Ein weiterer grundlegender Unterschied besteht in der verschiedenen Reaktionsempfindlichkeit des Preises bei relativer oder absoluter Inflation wie früher ¹⁰⁴⁾ dargestellt worden ist.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Staat durch die offene, absolute Inflation nicht so unmittelbar und im selben Masse gezwungen wird, Schutzmassnahmen für bestimmte Bevölkerungsteile zu ergreifen, wie es für die relative Inflation zutrifft.

3. Notwendigkeit eines Planes.

Die Notwendigkeit eines Planes ist einer jener Vorwürfe gegen die gestaute Inflation, die nicht eigentlich dieser, son-

¹⁰⁴⁾ Vergl. S. 16.

dern der Planwirtschaft im Allgemeinen gilt. Trotzdem soll untersucht werden, ob das genannte Argument tatsächlich stichhaltig ist. Hiezu sei als erstes festgestellt, dass es schon aus technischen Gründen unmöglich ist, eine totale, bis ins letzte Detail gehende Planung durchzuführen. Die Unmöglichkeit, den Idealfall zu erreichen, bildet aber noch keinen Beweis dafür, dass er nicht angestrebt werden soll. Schliesslich ist ja jedes Ideal unerreichbar - sonst ist es eben kein "Ideal" mehr. Das Ziel des Planes soll nicht sein, die Konsumgewohnheiten des Publikums nach den Produktionsmöglichkeiten zu richten, sondern die Produktion im Sinne einer maximalen Bedürfnisbefriedigung des Publikums zu lenken, d.h. der Plan soll die, in der freien Marktwirtschaft immer wieder vorkommenden Fehlproduktionen und Fehlinvestitionen verhüten. Da aber, wie man weiss, dem Plan, als Werk von Menschenhand, immer Fehler anhaften müssen, die sich in irgendeiner Weise nachteilig auf die Produktion auswirken, erhebt sich die Frage, welche Verluste sind schwerwiegender: diejenigen der Planwirtschaft oder diejenigen der freien Marktwirtschaft. Da es hierbei auf die Qualität des Planes im einzelnen, konkreten Fall ankommt, dürfte es unmöglich sein, ein allgemein gültiges Urteil zu fällen. Angesichts der früher beschriebenen Schwierigkeiten, die einer zweckdienlichen Wirtschaftsplanung im Wege stehen, ist es allerdings fraglich, ob ein solcher Vergleich - schon aus Wahrscheinlichkeitsgründen - zu Gunsten der Planwirtschaft ausfallen kann.

Wenn oben geschrieben wurde, das Ziel des Planes soll die optimale Bedürfnisbefriedigung des Publikums sein, so heisst dies, dass sie es nicht immer ist. Die Planwirtschaft kann ebenso gut anderen, z.B. machtpolitischen Zwecken dienen. Hier mag als Beispiel wiederum das deutsche Wirtschaftsexperiment dienen. Es würde zu weit füh-

ren, wollte man untersuchen, inwiefern solche machtpolitischen Erwägungen à la longue sich vielleicht doch wieder mit den Interessen des Publikums decken.

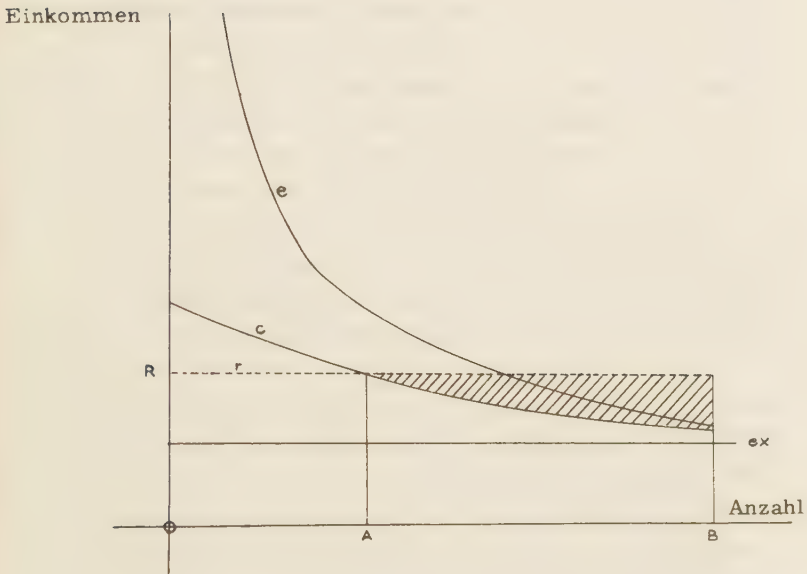
4. Der Schwarzmarkt.

Der schwarze Markt ist, worauf schon hingewiesen wurde, eine unvermeidliche Begleiterscheinung jeder gestauten Inflation. Er mag von mehr oder minder grosser Bedeutung sein, er kann aber nie vollständig unterdrückt werden. Es fällt deshalb durchaus in den Rahmen dieser Untersuchung, wenn nach den Faktoren gefragt wird, die den Umfang solcher illegaler Transaktionen bestimmen.

Die auf dem schwarzen Markt auftretenden Güter können in zwei Teile zerlegt werden. Der erste Teil würde jene Waren umfassen, die der Staat mit Hilfe der Rationierung unter die Bevölkerung verteilt hat, die aber nicht von den betreffenden Bezüglern selbst konsumiert, sondern weiterverkauft werden. Der andere Teil bestünde aus den Gütern, die der staatlichen Kontrolle schon während des Produktionsprozesses entzogen wurden, für die der Staat also auch keine Rationierungsausweise ausgegeben hat.

1. Die "überflüssigen" Güter.

Solange die durch die Rationierung sichergestellten Anteile der einzelnen Wirtschaftssubjekte an der Gesamtproduktion höher als das Existenzminimum ausfallen, wird ein Teil der Bevölkerung ihre normalen Konsumgewohnheiten nicht einschränken müssen, da sie einen gesetzlichen Anspruch auf mehr Güter haben, als sie konsumieren wollen oder, aus finanziellen Gründen, konsumieren können. Zur Illustration des Gesagten sei wiederum eine Graphik verwendet.



Die Einkommensverteilung wird wiederum durch die Kurve e dargestellt, während c die zur Befriedigung der normalen Konsumgewohnheiten notwendigen Geldmengen anzeigt. Wenn feste Preise vorausgesetzt sind, ist es gleichgültig, ob diese Werte als monetäre oder als reale Grössen betrachtet werden. Der Einfachheit halber sei deshalb angenommen, die Kurven stellen nicht Geld, sondern direkt Gütermengen vor. Normalerweise würde also die vom Koordinatenkreuz und der Kurve c eingeschlossene Fläche, resp. die, dieser Fläche entsprechende Gütermenge konsumiert. Diese Gütermenge sei nun durch irgendwelche Umstände auf den, durch das Rechteck OR/OB gebildeten Betrag geschrumpft, der in der dargestellten Weise durch die Gerade r gleichmässig an alle Wirtschaftssubjekte verteilt wird, die man sich nach fallen-

den Realeinkommen geordnet, von O nach B aufgestellt vorzustellen hat. Der Schnittpunkt der Konsumkurve c mit der Geraden r teilt die Wirtschaftssubjekte in zwei Gruppen. Während sich die zwischen O und A befindlichen Einkommensbezüger einschränken müssen, können die zwischen A und B aufgezeichneten Subjekte ihren normalen Konsum beibehalten. Die oberhalb der Konsumkurve liegende, von dieser und der Rationierungsgeraden r eingeschlossene, schraffierte Fläche stellt jene Gütermenge dar, die im Rahmen des offiziellen Marktes überflüssig ist. Es sei ausdrücklich betont: Nur im offiziellen Markt überflüssig.

In erster Linie werden solche überflüssigen Güter auf dem Schwarzmarkt erscheinen, wenn überhaupt die Bezeichnung "Schwarzmarkt" in diesem Falle angemessen ist. Da für diese Güter Rationierungsausweise ausgegeben worden sind, ist es gleichgültig, ob die Waren selbst, oder die sie darstellenden Ausweise gehandelt werden. Extreme Fälle ausgeschlossen, wird immer, auch wenn der Staat den Produktionsapparat lückenlos kontrolliert, ein solcher Handel mit rationierten Gütern stattfinden.

Der Umsatz an solchen überflüssigen Gütern auf dem schwarzen Markt wird nicht, wie es zunächst vermutet werden könnte, das volle Ausmass der schraffierten Fläche erreichen. Es ist zu bedenken, dass der Verkauf solcher Ausweise oder Güter - ohne vorerst über den Preis etwas auszusagen - für die betreffenden, zwischen A und B befindlichen Wirtschaftssubjekte zusätzliches Einkommen schafft. Hierdurch erfährt sowohl die Einkommensverteilung als auch die Konsumkurve in jenem Bereich eine kleine Korrektur nach oben, wodurch eine Verkleinerung der, die überflüssigen Güter darstellenden Fläche eintritt. Praktisch wird man sich diesen Vorgang etwa folgender-

massen vorstellen können: Ein bestimmtes Individuum erhalte als Ration Ausweise für 5 Einheiten des Gutes A, wobei ihm sein Einkommen aber nur gestattet, 1 Einheit zu konsumieren. Von den restlichen 4 Einheiten wird es vielleicht 3 schwarz verkaufen, wobei der erzielte Erlös ihm erlaubt, die letzte Einheit auch noch selbst zu konsumieren. Wie gross der Umsatz von solchen überflüssigen Gütern tatsächlich ist, hängt weitgehend von der Disparität zwischen schwarzem und offiziellem Preis ab. Die Verteilung dieser, durch die schraffierte Fläche dargestellten Güter auf die beiden Märkte wird sich so vollziehen, dass der auf dem schwarzen Markte erzielte Erlös gleich der zum Kauf auf dem offiziellen Markt aufzuwendenden Summe für den restlichen Teil dieser Güter ist. Wenn P_s der Schwarzpreis, M_s die auf dem schwarzen Markt umgesetzte Menge, P_o der offizielle Preis und M_o die auf dem offiziellen Markt umgesetzte Menge bedeutet, so lautet die Beziehung in einer Formel ausgedrückt: $P_s \cdot M_s = P_o \cdot M_o$. Die Angebotskurve dieser Güter auf dem schwarzen Markt würde nicht normal, von links unten nach rechts oben verlaufen, sondern umgekehrt, sodass bei hohem Schwarzpreis die angebotene Menge klein wäre. Ob allerdings diese Regel streng angewandt werden kann, ist schwer vorauszusagen, da man nicht wissen kann, wieviele Wirtschaftssubjekte angesichts des hohen Preises und der damit verbundenen Gewinnmöglichkeiten ihren eigenen Konsum einschränken, um möglichst viele Güter auf dem Schwarzmarkt anzubieten und sich so ein zusätzliches Einkommen zu schaffen.

Wenn auch in den vorstehenden Ausführungen immer wieder der Ausdruck "schwarzer"Markt verwendet wurde, so kann doch der Handel mit diesen Gütern, für welche ja Rationierungsausweise ausgegeben worden sind, nicht eigentlich als verwerflich betrachtet werden, da er sich

immer noch innerhalb des Rahmens der Rationierung abwickelt. Er stellt nur eine Korrektur des durch die Rationierung bewirkten, groben Verteilungsmodus' dar, entsprechend der individuellen Präferenzen der einzelnen Wirtschaftssubjekte.

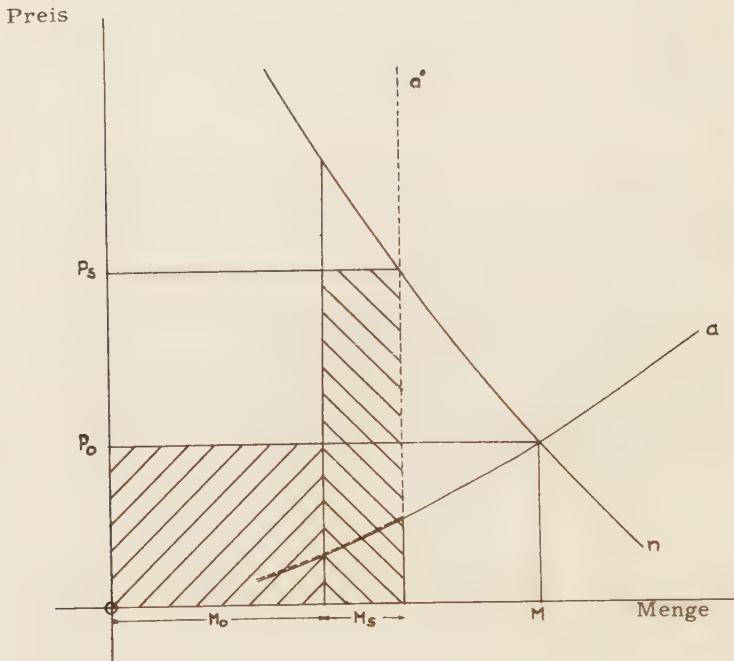
2. Der eigentliche illegale Handel.

Die folgenden Zeilen sollen der Frage gewidmet sein, wie sich jener Teil der auf dem Schwarzmarkt angebotenen Güter verhält, der schon während der Produktionsphase der staatlichen Kontrolle entzogen wird. Der Einfachheit halber sei wiederum angenommen, die gesamte Konsumgütermenge könne nicht weiter vergrössert werden, da schon alle diesbezüglichen Massnahmen angeordnet worden seien. Wenn diese Gesamtmenge restlos auf dem offiziellen Markt zum Verkaufe gelangt, so wird der Gesamterlös der Anbieter, wie aus umstehender Zeichnung ersichtlich ist, gleich $P_o \cdot M_g$ sein, wobei P_o wieder den offiziellen Preis und M_g die gesamte Warenmenge bedeuten. Gelangt hingegen nur ein Teil, die Menge M_o auf den offiziellen Markt, während die Menge M_s dem schwarzen Markt zugeführt wird, so wird der Gesamterlös aus allen Verkäufen den Betrag von $P_o \cdot M_o + P_s \cdot M_s$ erreichen. Je steiler die Kurve n verläuft, desto grösser wird die Differenz zwischen P_o und P_s und damit auch der auf dem schwarzen Markt erzielte Erlös sein.

Das Risiko, bei einer illegalen Transaktion erwischt zu werden, verbunden mit der dabei zu erwartenden Strafe, bedeutet für die Anbieter, in Geldeinheiten ausgedrückt, einen Kostenpunkt. Wenn diese Kosten höher werden als der zusätzliche Gewinn, wird der Gesamterlös, trotz Verkäufen auf dem Schwarzmarkt, nicht mehr ansteigen. Es werden zwar wohl noch Verkäufe stattfinden, aber die hierbei erzielten Gewinne werden durch anderweitig er-

littene Verluste wettgemacht. Ein Gleichbleiben des Gesamterlöses deutet ja nur auf eine Konstanz der Durchschnittserlöse hin, wobei die einzelnen, diesen Durchschnitt bildenden Werte, extrem weit auseinander liegen können.

Der Staat kann wohl durch immer weitere Verfeinerung seines Kontrollsystems und durch immer schärfere Strafordrohungen den Schwarzhandel, gesamthaft gesehen, unrentabel werden lassen. Wenn auch das Risiko, erwischt zu werden, gross ist, und die dabei zu erwartende Strafe die Gewinnmöglichkeit übersteigt, wird es immer wieder Einzelne geben, die versuchen werden, eine sich ihnen bietende Gewinnchance auszuwerten, auch wenn die Wahrscheinlichkeit des Gelingens relativ gering ist.



3. Der illegale Preis.

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man annehmen, der auf dem schwarzen Markt herrschende Preis sei gleich dem Gleichgewichtspreis, der sich unter den entsprechenden Umständen auf dem freien Markte einspielen würde. Die folgenden Ueberlegungen werden zeigen, dass dies nicht zutrifft, sondern dass der Schwarzpreis immer höher liegen wird.

Die Rationierung bewirkt - und dies ist ja auch ihr Sinn - eine Aenderung der Güterverteilung in dem Sinne, dass den untersten Einkommenschichten mehr und den obersten weniger Güter zugeteilt werden, als ihnen unter freien Marktverhält-

nissen zur Verfügung stehen würden. Es bleibt also bei den oberen Einkommensschichten ein Nachfrageüberschuss bestehen, der umso grösser ist, je kleiner die Rationen und je niedriger der offizielle Preis ist. Diese Nachfrager würden beim Gleichgewichtspreis eine ganz bestimmte Gütermenge mehr konsumieren, nämlich gerade soviel, als von den unteren Schichten, marktwirtschaftlich gesehen, " zu viel " konsumiert wird. Wenn deshalb auf dem Schwarzmarkt eine Gütermenge angeboten wird, die kleiner ist als dieses "Zuviel", muss der Preis höher sein als der Gleichgewichtspreis. Je mehr die auf dem Schwarzmarkt angebotene Gütermenge anwächst - bei gleichen Rationen -, je mehr sie sich also jenem "Zuviel" nähert, desto mehr nähert sich der Gleichgewichtspreis dem offiziellen und der Schwarzpreis dem Gleichgewichtspreis. Wenn schliesslich alle drei Preise dieselbe Höhe erreicht haben, wird die Rationierung und Preiskontrolle überflüssig, weil inzwischen das Angebot die frühere Höhe wieder erreicht hat.

Wenn oben die Schlussphase einer relativen gestauten Inflation skizziert wurde, wo das Gesamtangebot vergrössert werden kann, so soll im Folgenden nach jenen Grössen gefragt werden, die das Angebot auf dem Schwarzmarkt bestimmen, wenn die gesamte verfügbare Gütermenge nicht vergrössert werden kann. Da der Schwarzpreis höher ist als der offizielle, wird jeder Anbieter versuchen, möglichst viele Güter dort zu verkaufen, wo der Erlös am grössten ist, also auf dem Schwarzmarkt. Es kommt dabei nicht in erster Linie auf die absolute Höhe des Schwarzpreises an, sondern auf die Intensität der staatlichen Kontrolle. Gewiss spielt der Schwarzpreis insofern eine Rolle, als der Anreiz zu illegalen Geschäften bei hohen Gewinnchancen gross ist. Hiezu ist aber zu bemerken, dass, wenn der Schwarzpreis hoch ist, er so hoch ist, weil eben nicht mehr

angeboten werden kann. Was nicht schon auf dem schwarzen Markt ist, liegt nun einmal innerhalb des staatlichen Machtbereichs und kann deshalb nicht, wie hoch der Preis auch steigen mag, auf dem Schwarzmarkt angeboten werden. Wenn es möglich gewesen wäre, mehr Güter der Rationierung zu entziehen, wäre es schon bei einem niedrigeren Preise geschehen, solange er nur über dem offiziellen gelegen wäre.

Der Schwarzpreis spielt erst dann in Bezug auf das Angebot eine Rolle, wenn er dem Risiko des Erwischtwerdens gegenübergesetzt wird. Wenn alle Anbieter nach rein mathematisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln würden, wäre es ein Leichtes, den Schwarzhandel zu unterdrücken. Sobald die Wahrscheinlichkeit des Erwischtwerdens mit der, in Geldeinheiten ausgedrückten Strafe multipliziert, grösser würde, als der auf dem Schwarzmarkt erzielte Erlös, sollte auf Grund der Wahrscheinlichkeitsrechnung überhaupt nichts schwarz umgesetzt werden. Wenn dies trotzdem geschieht, so hat es seinen Grund darin, dass es immer wieder Verkäufer gibt, die den Versuch wagen, für einen Teil ihrer Güter den Schwarzpreis zu erzielen, auch wenn das Risiko grösser als die Gewinnchance ist. Die Erkenntnis dieser menschlichen Verhaltensweise liegt ja auch jeder Lotterie zu Grunde, sofern sie einen Reingewinn abwerfen soll. Beim Schwarzhandel tritt allerdings noch hinzu, dass das Risiko nicht für alle Anbieter gleich gross ist, sondern von der Geschicklichkeit, der sozialen oder politischen Stellung und von andern spezifischen, äusseren Umständen abhängt.

Es ist nun allerdings fraglich, wie weit die oben angeführten Überlegungen, die zweifellos für die freie Marktwirtschaft Gültigkeit besitzen, auf den schwarzen Markt übertragen werden können, da doch die vollkommene Marktübersicht ein wichtiges Postulat für das reibungslose Funktionieren

des Preismechanismus ist. Gerade diese Forderung ist aber auf dem schwarzen Markt nicht erfüllt und kann nicht erfüllt sein, wenn es sich um einen schwarzen Markt handeln soll. Wenn jeder einzelne Nachfrager weiss, wo und zu welchem Preis er eine bestimmte Ware einkaufen kann, wird dies auch bald die Wirtschaftsbehörde erfahren und die betreffende Quelle zu fassen und in ihre eigenen Kanäle zu leiten wissen. Die fehlende Marktübersicht ermöglicht es denn auch, dass gleichzeitig für dieselbe Ware die verschiedensten Preise herrschen können.

III. Teil.

Die gestaute Inflation im Wirtschaftsablauf.

1. Kapitel

Die zeitliche Dauer der gestauten Inflation.

Wie wiederholt festgestellt wurde, hat die gestaute Inflation - handle es sich um eine autonome oder dependente - stets die Planwirtschaft im Gefolge. Die Planwirtschaft ist aber nicht in dem Sinne mit der gestauten Inflation verbunden, dass Planwirtschaft ohne gestaute Inflation nicht möglich wäre, obwohl das Gegenteil - gestaute Inflation ohne Planwirtschaft - nicht denkbar ist. Der Planwirtschaft an sich sind zunächst keine zeitlichen Schranken gesetzt. Ihre Dauer hängt in erster Linie von der Qualität und Durchführungsmöglichkeit des Planes ab, Faktoren also, die in den persönlichen Fähigkeiten der Wirtschaftsbehörden begründet liegen. Man kann sich sehr wohl einen Wirtschaftsplan vorstellen, der unbegrenzt weitergeführt werden kann. Die gestaute Inflation hingegen trägt in sich schon ihre Begrenzung. Sie kann, auch theoretisch nicht, bis in alle Ewigkeit weitergestaut werden. Es zeigt sich auch hier wie treffend der Name "gestaute" Inflation gewählt wurde: Sie akkumuliert fortwährend nominale Werte, sei es in Form von Noten oder Wertpapieren irgendwelcher Art, für die keine realen Verwendungsmöglichkeiten bestehen. Diese Guthaben behalten auch ihren subjektiven Wert nur solange, als die Hoffnung oder Aussicht besteht, sie später einmal gegen die gewünschten Realwerte eintauschen zu können. Sobald aber jedermann gesehen hat, dass solche Erwartungen jeder Grundlage entbehren, werden die betreffenden Papiere auch ihres subjektiven Wertes

beraubt. "The longer it (the repressed inflation) lasts, the more fictitious such values tend to become" ¹⁰⁵⁾. Dies kommt nicht nur einer offenen Inflation gleich, wo das Geld ja immer noch einen Teil seines Wertes beibehält, es stellt vielmehr eine vollkommene Entwertung dar. Natürlich hat diese Entwertung real nicht erst im Moment stattgefunden, wo sich die Besitzer solcher "Wertpapiere" von deren Wertlosigkeit überzeugt hatten, sondern schon damals, als sie der Staat als Zahlung für reale Leistungen ausgegeben hat. Der Moment, wo die Wirtschaftssubjekte die Wertlosigkeit ihrer vermeintlichen Wertpapiere erkennen, muss kommen, es mag länger oder weniger lang dauern, doch ist es unvermeidbar ¹⁰⁶⁾. Zweifellos wird diese Erkenntnis der Wirtschaftssubjekte zu ernststen Schwierigkeiten führen, denn wer würde auch dem Staat noch weiter Güter oder Dienstleistungen verkaufen wollen, wenn er als Zahlung nur Papiere erhielte, deren Wertlosigkeit er von vorneherein schon erkannt hat. In dieser Situation wird es darauf ankommen, ob die Machtposition der Regierung schon so gesichert ist, dass sie gleichwohl, trotz aller Widerstände, ihre Forderungen durchsetzen kann, oder ob sie, angesichts der Reaktion der Bevölkerung weichen muss. "Finally the government has only the choice of admitting its defeat or of having recourse to the brutal measures of a totalitarian regime" ¹⁰⁷⁾.

¹⁰⁵⁾ Röpke I, S. 247.

¹⁰⁶⁾ Vergl. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung N. F. 1939/40 H. I, S. 36.

¹⁰⁷⁾ Röpke I. S. 247.

Im letzteren Fall, wo auch der letzte Anschein einer individuellen Freiheit verschwinden wird, ist der Begriff "gestaute Inflation" ein viel zu milder Ausdruck, der wohl besser durch "Leibeigenschaft" und "Sklaverei" ersetzt würde, wie Rueff sich in Bezug auf die Besetzungszeit Frankreichs ausdrückt: "Tout, le choix de ses aliments, comme le choix de ses activités, le choix de ses journeaux ou de ses livres, de ses films ou de ses conférences, de ses sympathies ou de ses haines, tout lui était dicté par le pouvoir contreignant, à moins que, renonçant par avance à toute dignité humaine, il ne lui ait vendu son âme en bloc, en s'attachant à son entreprise. Dans un régime de planification totale, il n'est pas d'homme libre. Tout homme, tel le boeuf dans l'étable reçoit la ration et doit accomplir la tâche que le plan lui assigne. Ainsi, s'il veut éviter le désordre, le gouvernement déficitaire devra imposer l'esclavage" ¹⁰⁸⁾. Dass eine solche Inflationspolitik auch nach Ansicht Jessens nicht endlos betrieben werden kann, geht aus folgenden beiden Sätzen hervor: " Die Preispolitik kämpft einen ständig schwierigeren Kampf, wenn sie die Ursache, das ununterbrochene Einströmen zusätzlicher Kaufkraft, nicht zu unterbinden vermag". Und später: " Die scheinbare Geldfülle lässt einen Schmelzpunkt in die Nähe rücken, von dem ab etwaige Hemmungsvorstellungen trotz schwerster Strafanrohungen sich aufzulösen beginnen, von deren Bestand die allgemeine Ordnung abhängig ist " . ¹⁰⁹⁾ Wenn aber die Regierung nicht stark genug ist, um ihre Politik durchzusetzen, wird die gestaute Inflation unfehlbar in eine offe-

¹⁰⁸⁾ Vergl. Rueff S. 714.

¹⁰⁹⁾ Jessen S. 284.

ne Inflation umschlagen. Es ist, als dritte Möglichkeit, auch denkbar, dass der Staat beabsichtigt, allmählich wieder die freien Marktbedingungen einzuführen. Wenn dies ohne allzu grosse Störungen möglich sein soll, muss er als erstes seine defizitäre Finanzpolitik aufgeben, um so zunächst ein weiteres Anwachsen des Inflationsdruckes zu verhüten. Wenn er jetzt die Kontrollmassnahmen allmählich aufhebt, wird sich die gestaute Inflation nach und nach in eine offene, aber immerhin begrenzte Inflation verwandeln. Wenn bei autonomer relativer Inflation der Staat von vorneherein beabsichtigt, Gelder nur vorübergehend zu blockieren, wird er, sobald wieder die normale Gütermenge verfügbar ist, die Kontrollen lockern und so die Periode der gestauten Inflation zum Abschluss bringen.

Diese Ausführungen zeigen, dass die Politik der gestauten Inflation keine Lösung für Budgetsschwierigkeiten darstellt. Sie trägt in sich den Keim ihres eigenen Unterganges. Mit ihrer Hilfe kann wohl während einiger Zeit sozusagen "straflos" eine Defizitpolitik getrieben werden, die Defizite müssen aber gleichwohl irgend wann von irgend wem bezahlt werden ¹¹⁰⁾. Es sei hier "la loi de l'omelette" in Erinnerung gerufen: "On ne peut faire une omelette sans oeufs et le nombre d'oeufs requis est inexorablement fixé par l'ampleur de l'omelette que l'on veut préparer" ¹¹¹⁾.

Effektiv sind die Defizite schon lange bezahlt worden, denn die teilweise erzwungenen Ersparnisse der Wirtschaftssubjekte sind ja von allem Anfang an nur fiktive Werte gewesen, obwohl dies nur am Ende der gestauten Inflation

¹¹⁰⁾ Vergl. Lerner, S. 199.

¹¹¹⁾ Rueff S. 694.

offenbar wird. Ausgenommen bleibt immer der Spezialfall der reinen autonomen relativen Inflation, wo die Stauung aber nicht aus finanzpolitischen Gründen erfolgt.

2. K a p i t e l .

Die Länder des Nachkriegs-Europa.

Wenn die verschiedenen Länder des Nachkriegs-Europa unter dem Gesichtspunkt der gestauten Inflation betrachtet werden, wird man feststellen, dass nirgends eine vollständige Stauung gelungen ist. Es gibt kein Land, das nicht eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus erfahren hätte. Dies ist, angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, nicht weiter erstaunlich und soll nicht heissen, dass der Versuch, einen inflatorischen Preisauftrieb zu verhindern, von vorneherein ein nutzloses Unterfangen sei. Wenn auch nicht eine vollständige Preisstabilisierung erreicht wurde, so konnte doch die Erhöhung in relativ bescheidenem Rahmen gehalten werden. Ein typisches Kennzeichen der gestauten Inflation ist die abnorm hohe Liquidität innerhalb des Finanzsystems, herrührend von der nicht verwendbaren Kaufkraft. Während in solchen Ländern ein ausgesprochener Mangel an Gütern herrscht, erscheint dieser Mangel in Ländern mit offener Inflation, wo die Preise ungehindert steigen konnten, eher als Verknappung des Einkommens und der Kaufkraft ¹¹²⁾. Das durch die offene Inflation hervorgerufene Schwinden des Vertrauens in die Währung veranlasst die Wirtschaftssubjekte zu möglichst kleiner Kassahaltung, sodass, im Gegensatz zur gestauten Inflation, wo die Liquidität überdurchschnittlich hoch ist, diese bei der offenen Inflation weit unter das normale Mass absinkt. Man könnte hieraus schliessen, dass die Liquidität geradezu als Masstab für den Grad der Stauung einer Inflation dienen könnte. Dies trifft aber nur bedingt zu, denn man kann sich sehr wohl

¹¹²⁾ Vergl. Survey S. 78.

vorstellen, dass der Staat die überschüssige Kaufkraft so rigoros abschöpft, dass die Liquidität unverändert bleibt, obwohl zweifellos eine gestaute Inflation herrschen würde. Um über die in Frage stehende Grösse Aufschluss zu erhalten, wird man deshalb die beiden Faktoren Geldumlauf und Preisniveau sowohl in bezug auf ihre absolute Höhe als auch unter dem Gesichtspunkt ihrer gegenseitigen Relativbewegungen betrachten müssen. Die europäischen Länder können an Hand der umstehenden Tabellen in drei Hauptgruppen eingeteilt werden: Solche mit offener, solche mit gestauter Inflation und solche, die keine eigentliche Inflation aufweisen. In den Ländern dieser dritten Gruppe, zu der ausser der Schweiz, Portugal und der Türkei eventuell noch Belgien zu rechnen ist, waren sowohl der Geldumlauf als auch das Preisniveau während des Krieges gestiegen, blieben aber über die Nachkriegszeit hinweg relativ stabil ¹¹³⁾. Es ist kein Zweifel, dass gerade in der Schweiz die Zunahme des Geldumlaufs nach dem Krieg seinen Grund zur Hauptsache in der Erhöhung des Volkseinkommens hatte.

Wenn die beiden Faktoren Geldumlauf und Preisniveau, sowie die aus ihnen hervorgehende dritte Grösse, der Realwert der Kassahaltung graphisch aufgezeichnet werden, wird man erkennen, dass in der stationären Wirtschaft alle drei Kurven zu horizontalen Geraden werden. Jede Verschiebung des Geld-/Gütermengen-Verhältnisses wird sich in einem Divergieren der Kurven äussern, wobei deren Gestalt über die Art des eingetretenen Ungleichgewichtes Aufschluss geben werden.

¹¹³⁾ Vergl. Survey S. 78.

Geldumlauf ¹¹⁴⁾.

	1945	1946		1947	
	Nov.	Mai	Nov.	Mai	Nov.
Norwegen	261	331	381	385	413
Tschechoslovakei	254	480	568	624	699
Niederlande	140	231	276	275	290
Dänemark	322	342	354	342	343
Schweden	240	235	271	247	273
Ver. Königreich	260	260	284	283	291
Irland	258	259	270	273	277
Bulgarien	1064	1045	1026	978	...
Oesterreich	360	522	598	630	531
Portugal	344	347	371	361	368
Schweiz	213	204	223	223	240
Türkei	457	437	472	496	490
Belgien	304	330	326	343	357
Finnland	829	876	929	1033	1229
Spanien	320	337	389	403	446
Frankreich	492	564	635	698	792
Italien	1682	1748	2069	2510	3152
Rumänien	3096	5630	15080	23825	...
Griechenland	1056	5400	6500	9390	11514
Ungarn	42000	76.10 ⁸	109	163	212
Polen	1878	2450	4079	4820	5221

¹¹⁴⁾ Aus Survey.

Preisniveau.

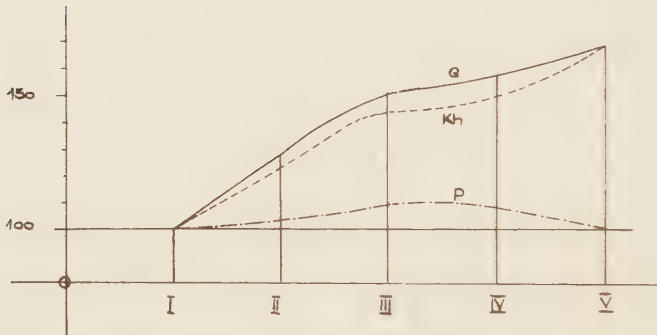
	1945	1946		1947	
	Nov.	Mai	Nov.	Mai	Nov.
Norwegen	156	158	162	162	157
Tschechoslivakei	185	326	323	311	299
Niederlande	176	185	195	198	196
Dänemark	159	157	159	162	164
Schweden	145	146	148	155	158
Ver. Königreich	149	153	153	153	185
Irland	172	166	169	175	184
Bulgarien	523	571	577	640	...
Oesterreich	...	144	181	240	452
Portugal	197	198	206	213	208
Schweiz	151	151	155	158	163
Türkei	355	352	340	348	345
Belgien	...	330	331	315	341
Finnland	401	440	470	563	694
Spanien	292	348	404	422	435
Frankreich	468	542	849	881	1375
Italien	...	2699	3173	4370	5087
Rumänien	...	19550	36455	150917	...
Griechenland	...	14210	15197	16690	23810
Ungarn	11.10 ⁵	74.10 ¹⁰	378	421	514
Polen	7950	9250	11000	13000	13600

Realwert der Kassahaltung.

	1945	1946		1947	
	Nov.	Mai	Nov.	Mai	Nov.
Norwegen	167	209	253	238	263
Tschechoslovakei	137	147	176	201	234
Niederlande	80	125	142	139	148
Dänemark	202	218	223	211	209
Schweden	166	161	183	159	173
Ver. Königreich	174	170	186	185	184
Irland	150	156	160	156	151
Bulgarien	203	183	178	153	...
Oesterreich	...	363	330	262	117
Portugal	175	175	180	169	177
Schweiz	141	135	144	141	147
Türkei	129	124	139	143	142
Belgien	...	100	105	109	105
Finnland	207	199	198	183	177
Spanien	...	97	96	95	103
Frankreich	105	104	75	79	58
Italien	...	65	65	57	62
Rumänien	...	29	41	16	...
Griechenland	...	38	43	56	48
Ungarn	4	1	29	39	41
Polen	24	24	37	37	38

Die in der vorliegenden Tabelle aufgeführten Indices sind in den folgenden graphischen Darstellungen, um das Vergleichen der Bilder leichter zu gestalten, auf die Basis: 1945 = 100 reduziert worden.

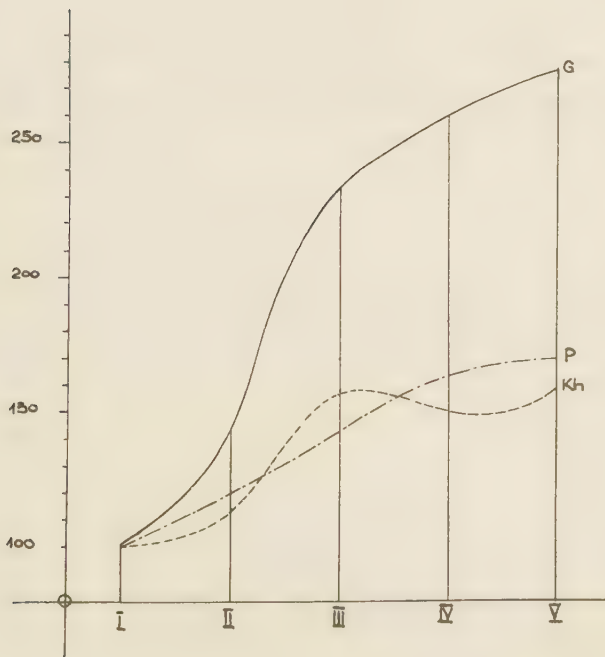
Es sei, als Vertreter der Gruppe von Ländern mit gestauter Inflation, Norwegen betrachtet.



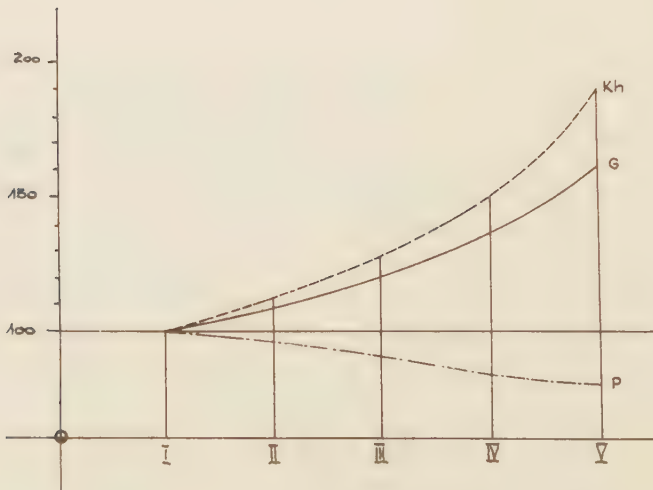
Die ausgezogene Kurve stellt die Höhe des Geldumlaufs dar, während die strich-punktierte Linie die Variationen des Preisniveaus angibt. Der Realwert der Kassenhaltung, der als Quotient aus den beiden vorhergehenden Grössen ermittelt wird, ist als punktierte Linie eingezeichnet. Typisch für den Zustand der gestauten Inflation ist der sehr gleichförmig horizontale Verlauf der Preisniveaueurve verglichen mit der recht stark ansteigenden Geldmenge. Die Stabilität des Preisniveaus bewirkt, dass der Realwert der Kassenhaltung sich beinahe mit der Geldmengenkurve deckt. Bei vollständig festen Preisen wären beide Kurven identisch. Die bis Ende 1947 immer noch steigende Tendenz dieser Linien deutet darauf hin, dass bis zu jenem Zeit-

punkt der Inflationsdruck immer noch wuchs, obwohl das Preisniveau ein wenig gesunken war.

Als Gegenbeispiel von Norwegen kann, als Land mit offener Inflation Polen gelten. Beim Betrachten der untenstehenden Zeichnung fällt vor allem die ausserordentliche Steilheit der Geldmengenkurve auf. Gleichzeitig ist aber auch das Preisniveau beträchtlich gestiegen.



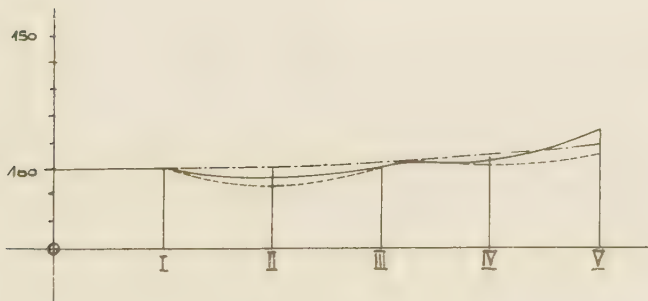
Da die Preise nicht so stark gestiegen sind, wie die Geldmenge vermehrt wurde, hat der Realwert der Kassahaltung ebenfalls zugenommen. Die sich gegen Ende 1947 verflachende Tendenz der Kurven deutet darauf hin, dass die inflatorische Entwicklung zwar noch nicht beendet ist, aber abzuebben beginnt. Wegen der Reduktion der Indices auf 1945 als Basisjahr sagen diese nichts mehr aus über die absolute Höhe der entsprechenden Grössen in bezug auf die Vorkriegszeit. Ein Blick auf die Tabellen wird aber zeigen, dass in allen Ländern mit offener Inflation die Preise gesamthaft viel stärker gestiegen sind als die Geldmengen, was leicht mit den kumulativen Wirkungen der offenen Inflation erklärt werden kann. Wenn in der vorliegenden Zeichnung die Preiskurve unterhalb der Geldumlaufkurve verläuft, kann dies nur heissen, dass solche kumulative Erscheinungen nicht mehr wirksam sind und eher inflationshemmende Momente die Entwicklung beeinflussen.



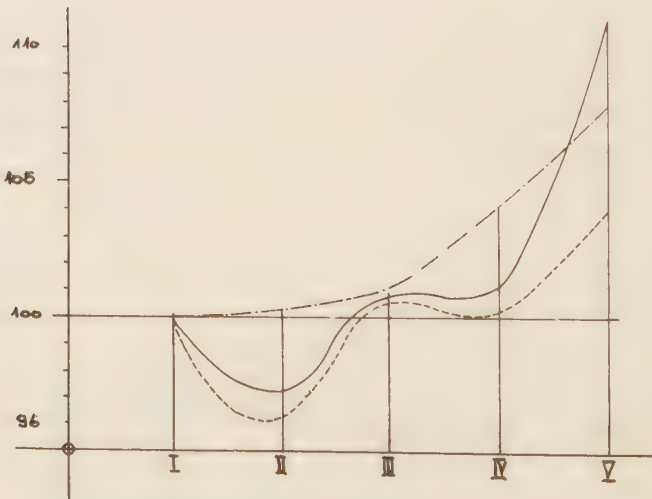
Wenn in der gleichen Weise das Kurvenbild Finnlands auf-
gezeichnet wird, stellt man fest, dass dieses die typischen Merk-
male einer, sich noch im Anfangsstadium befindenden, offenen
Inflation aufweist. Das Preisniveau steigt etwas schneller als
die Kurve des Geldumlaufs, während der Realwert der Kassen-
haltung absinkt.

So kennzeichnend dieses Kurvenbild für die Situation der offenen
Inflation ist, so charakteristisch sind die in der Tabelle enthal-
tenen Zahlen für die gestaute Inflation, denn die Indices des
Geldumlaufs sind dort alle beträchtlich höher als diejenigen des
Preisniveaus. Dieser scheinbare Widerspruch lässt sich damit
erklären, dass in Finnland eine gestaute Inflation geherrscht
hat, die sich aber allmählich in eine offene verwandelt.

Als letztes Beispiel sei endlich die Schweiz angeführt, wo in
der Nachkriegszeit sowohl die Geldmenge als auch das Preis-
niveau, verglichen mit andern Ländern, ausserordentlich
stabil blieb. Um das Kurvenbild der Schweiz mit jenen der
übrigen Länder vergleichen zu können, soll der bisher ange-
wandte Masstab beibehalten werden, obwohl es hierbei - der
kleinen Schwankungen wegen - kaum möglich ist, die Kurven
genau einzuzeichnen.



Um die Fluktuationen besser zur Geltung zu bringen, sind auf der folgenden Darstellung die Abstände auf der Ordinate vergrössert worden. Wie man weiss, und wie es auch aus der Tabelle hervorgeht, hat auch in der Schweiz eine gestaute Inflation geherrscht, wenn auch der Inflationsdruck lange nicht so stark war, wie in andern Ländern. Da die kriegswirtschaftlichen Bestimmungen allmählich aufgehoben wurden, stieg das Preisniveau langsam an; gleichzeitig setzte aber eine Periode der Hochkonjunktur ein. Da jede Ausdehnung des Wirtschaftsapparates - bei konstanten Preisen - eine vergrösserte Geldzirkulation voraussetzt und da während der Periode der gestauten Inflation der Geldumlauf abnorm hoch war, wurden diese überschüssigen Gelder von der Wirtschaft, dank des Konjunktur-Aufschwungs, absorbiert, bevor sie sich, nach dem schrittweisen Abbau der Preiskontrolle, auf das Preisniveau auswirken konnten.



So konnte der Uebergang von der Periode der gestauten Inflation zu den normalen, relativ freien Verhältnissen recht reibungslos vollzogen werden. Eine Vermehrung des Geldumlaufs um knapp 13%, wie sie aus der Tabelle hervorgeht, hätte kaum genügt, um eine derartige Erhöhung der Gesamtproduktion zu ermöglichen, wie sie in der Schweiz festgestellt werden konnte. Dies umso weniger, als die Preise ja gleichzeitig nicht nur nicht gefallen, sondern eher gestiegen sind.

Es würde zu weit führen, wollte man hier die Kurven jedes einzelnen Landes aufzeichnen und erläutern, weshalb man sich mit diesen vier bereits angeführten, typischen Vertretern der einzelnen Gruppen begnügen mag. Es sei lediglich als Ergänzung zu vorstehender Tabelle erwähnt, dass von den neun Staaten mit gestauter Inflation Ende 1947 nur noch drei, nämlich Norwegen, Tschechoslovakei und die Niederlande wachsende Geldmengen aufwiesen, während sie in Dänemark, Schweden, im Vereinigten Königreich, in Irland, Bulgarien und Oesterreich gegen Ende der untersuchten Periode hin angenähert konstant blieben. Dies würde darauf hinweisen, dass es den betreffenden Staaten gelungen ist, den Budgetausgleich herzustellen. Es ist allerdings fraglich, ob Oesterreich zu Recht in diese Gruppe einbezogen worden ist, da dort die Politik der gestauten Inflation schon Mitte des Jahres 1946 aufgegeben worden ist, wie es durch die massiven Preiserhöhungen illustriert wird.

In allen übrigen europäischen Ländern konnten mehr oder weniger weit offene Inflationen beobachtet werden, mit Ausnahme von Portugal, der Schweiz, der Türkei und Belgien wo die inflatorischen Tendenzen verhältnismässig sehr schwach waren, sodass kaum von einer eigentlichen Inflation gesprochen werden kann.

3. K a p i t e l .

Die gestaute Inflation bei verschiedenen äusseren Verhältnissen.

Wie im Kapitel über die Ursachen der gestauten Inflation dargestellt wurde, kann eine gestaute Inflation den verschiedensten Ursachen entspringen. Wenn deshalb in einem bestimmten Fall zum Problem Stellung bezogen werden soll, wird man immer als Erstes nach den Gründen der betreffenden gestauten Inflation fragen müssen. Da jede gestaute Inflation aus einem Konsumgütermangel resultiert, reduziert sich das Problem auf die Frage nach den Ursachen dieses Gütermangels.

1. Absoluter Gütermangel.

Die autonome relative Inflation wurde als Folge eines, von äusseren Faktoren bedingten Gütermangels charakterisiert, dabei wurde auch darauf hingewiesen, dass es heute eigentlich nur noch der Krieg ist, der eine so prekäre Lage schaffen kann. Nun bedingen aber die Kriegseignisse meist auch andere Massnahmen des Staates, die ihrerseits inflatorische Wirkungen zeitigen können. Diese sekundären Kriegsfolgen sind deshalb nicht mehr autonom-, sondern dependent inflatorischen Charakters. Eine reine autonome relative Inflation wird infolgedessen kaum je beobachtet werden können. Wenn der Staat die erwähnten katastrophalen Folgen des Gütermangels umgehen will, wird er den Inflationsdruck zu neutralisieren suchen; es dürfte dabei aber schwierig sein, den Anteil des Gütermangels und denjenigen der Geldvermehrung an der herrschenden Inflation zu bestimmen. Er könnte natürlich das Auftreten einer absoluten Inflation damit verhindern, dass er konsequent alle Rüstungsausgaben mit Steuern und Anleihen finanziert, d. h. dass er auf jede defizitäre Finanzpolitik

verzichtet. Es hat sich aber gezeigt, dass die moderne Kriegsführung so kostspielig geworden ist, dass dieser Weg kaum beschritten werden kann. Zudem benötigt in der demokratischen Staatsform jedes Gesetz eine bestimmte Frist bis es durch die Kammern verabschiedet und in Kraft gesetzt werden kann, was bei einem Fiskalgesetz, welches derart hohe Belastungen auferlegt, erst noch fraglich ist. In Kriegszeiten darf aber nicht so viel Zeit verloren werden, da rasch gehandelt werden muss. Es ist deshalb nicht als so verwerflich zu betrachten, wenn in Notzeiten die reale Seite des Problems, die Bereitstellung des Kriegsmaterials in den Vordergrund gestellt wird, während die Diskussionen über die endgültige Finanzierung dieser Rüstungsproduktion auf einen spätern Zeitpunkt verschoben wird.

2. Gütermangel durch Anwachsen der staatlichen Ansprüche.

Im obigen Abschnitt wurde darauf hingewiesen, dass die Kriegsereignisse den Staat zwingen, seinen Anteil am Realprodukt zu erhöhen. Wie ein bereits ausgebrochener oder unmittelbar drohender Krieg ihn hiezu veranlassen können, kann auch die Vorbereitung eines solchen auf weitere Sicht den Grund dazu bieten. Auch in diesem Falle wird der Staat einen grösseren Teil der Gesamtproduktion für sich beanspruchen. Wenn diese nicht so stark ausgeweitet werden kann, dass sie die gewachsenen staatlichen Ansprüche zu decken vermag, wird zwangsläufig die private Konsumgüterquote eingeschränkt werden müssen. Ob und wann dieser Moment kommt, hängt weitgehend von den speziellen äussern Umständen ab. So wird es in erster Linie darauf ankommen, wie sehr die vorhandenen Produktionskapazitäten schon ausgenützt sind. Befindet man sich in einer Periode des Konjunkturtiefstandes, kann es eine geraume Weile dauern, bis der kritische Zeitpunkt eintritt, bei Hochkonjunktur und annähernder Vollbeschäftigung hingegen ist die Grenze sehr bald erreicht, wo die vermehrten

staatlichen Ansprüche zu Lasten der Konsumenten gehen müssen. Wenn in dieser Situation der drohende Preisauftrieb gestoppt wird, handelt es sich um eine typische dependente gestaute Inflation. Auf eine einfache Formel gebracht, könnte man also sagen: Wenn sich ein Staat bedroht fühlt oder angegriffen wird und deshalb seinen Aufwand vergrößert, ist die daraus resultierende Inflation eine autonome. Wenn hingegen ein Staat einen Angriffskrieg plant und deshalb rüstet, wird der dadurch verursachte Preisauftrieb dependent sein. Da der Begriff "Bedrohung" heute wie in den letzten Jahren die abenteuerlichsten Interpretationen gefunden hat, soll dieses Kriterium vorsichtshalber beiseite gelassen werden. An seiner Stelle mag der durch die Inflationsstauung zu erreichende Zweck dienen. Im ersten Fall steht vor allem der Schutz der untersten Bevölkerungsschichten, im zweiten Fall die Finanzierung der staatlichen Aufwendungen im Vordergrund. Damit ist ein weiterer Aspekt der gestauten Inflation gegeben: Sie gestattet dem Staate während einiger Zeit eine defizitäre Finanzpolitik zu treiben, ohne dass dies direkt offenbar wird. Die sichtbaren Wirkungen solcher Politik, nämlich die Rationierung, Preiskontrolle etc. wird der Laie nicht mit der staatlichen Finanzpolitik in Verbindung bringen, sondern annehmen, sie seien, der herrschenden Güterknappheit wegen, notwendig. Der staatliche Propaganda-Apparat wird ihn in dieser Ansicht bestärken und so die Beibehaltung der Kontrollen rechtfertigen.

Der Krieg ist, wenn auch die häufigste, so doch nicht die einzige Ursache, die den Staat zur gestauten Inflation führen kann. Alle kostspieligen Pläne bergen diese Gefahr in sich. So wird vor allem der sozialistische Wohlfahrtsstaat in jene Richtung neigen. Seine grosszügigen Hilfswerke verlangen ausserordentliche Mittel, die in der Demokratie nur schwer durch entsprechende Fiskalbelastungen erhoben werden können. Wenn unter solchen Umständen zur gestauten Inflation gegriffen wird, stellt diese nur eine andere Form der Steuererhebung dar, die nicht scharf genug verurteilt werden kann.

Schlussbemerkungen.

Es sollen zum Schluss kurz die Ergebnisse dieser Untersuchung rekapituliert und dann versucht werden, Stellung zum Problem der gestauten Inflation zu beziehen. Dass es sich hierbei nicht um eine eindeutige Ablehnung oder Anerkennung handeln kann, dürfte aus dem bisher Gesagten hervorgehen.

Es wurde gezeigt, dass zwei Grundformen der Inflation unterschieden werden können: Die relative und die absolute Inflation. Während die erstere aus einem im Verhältnis zur gleichbleibenden monetären Nachfrage effektiven Konsumgütermangel hervorgeht, ist die letztere rein monetär bedingt. Im Weiteren wurde unterschieden nach den Gründen, die zum effektiven Konsumgütermangel führten. Sind diese Ursachen auf die äusseren Umstände zurückzuführen, auf die der Staat keinen Einfluss hat, handelt es sich um eine autonome relative Inflation, ist aber der Konsumgüterrückgang in der staatlichen Wirtschaftspolitik begründet, spricht man von einer dependenten relativen Inflation.

1. Kann die Stauung einer absoluten Inflation sinnvoll sein?

Die Frage könnte auch folgendermassen lauten: Kann es sinnvoll sein, auf der einen Seite zusätzliches Geld in den Wirtschaftskreislauf zu pumpen, um es auf der andern Seite dem Kreislauf wieder zu entziehen? Die Frage scheint überflüssig, doch ist sie es nicht. Wenn der Staat schon zur Geldschöpfung als Finanzierungsmethode Zuflucht nimmt oder nehmen muss, mag es durchaus angezeigt erscheinen, die bekannten unerwünschten Folgen einer offenen Inflation zu verhüten. Diese Tatsache ändert aber nichts an der prinzipiellen Ablehnung, die der Geldschöpfung als Finanzquelle entgegengebracht werden muss.

2. Kann die Stauung einer relativen Inflation sinnvoll sein?

Diese Frage ist unbedingt zu bejahen. Sobald die relative Inflation - d.h. der Konsumgütermangel - gewisse Grenzen erreicht hat, wird der Staat gezwungen sein, Massnahmen irgendwelcher Art zu ergreifen, um seine Wirtschaftssubjekte, oder wenigstens einen Teil von ihnen, vor dem Untergang zu bewahren. Eine Möglichkeit, und nicht die schlechteste, stellt die Stauung der Inflation dar. Man wird aber gleichwohl immer nach den Gründen suchen müssen, die zu diesem Gütermangel geführt haben. An diesem Punkte wird die Beibehaltung eines objektiven Standpunktes schwierig, wie das folgende Beispiel zeigen wird. In der Schweiz war die, während des 2. Weltkrieges durchgeführte Politik der gestauten Inflation zweifellos berechtigt und notwendig, um die soziale Ordnung zu bewahren, ohne gleichzeitig die Finanzierung der Rüstung, auf die sich die schweizerische Unabhängigkeit allein stützen konnte, zu verunmöglichen. Die gestaute Inflation hat in der Schweiz also sicher einem legitimen Zweck gedient. War aber in Deutschland, vom Standpunkt der damaligen Machthaber aus betrachtet, der Zweck der dortigen gestauten Inflation weniger legitim? Wurde diese Politik dort nicht deshalb durchgeführt, um höchste Kriegsbereitschaft zu erreichen, die - aus höheren Gründen - damals als "notwendig" erachtet wurde?

Wenn die Gegenüberstellung Schweiz - Deutschland vielleicht auch etwas krass ist, so zeigt sich doch deutlich, dass die gestaute Inflation an sich weder "gut" noch "böse" sein kann, dass sie bloss ein Hilfsmittel oder ein Werkzeug ist, das in verschiedenen Situationen auf verschiedene Weise angewandt werden kann.

Es sei immerhin festgehalten, dass die gestaute Inflation in zweifacher Hinsicht ein gefährliches Instrument in den Händen des Staates darstellt: Erstens birgt allein die ausseror-

dentlich grosse Machtkonzentration beim Staate ein Gefahrenmoment in sich und zweitens liegt für die Wirtschaftsbehörde die Versuchung sehr nahe, eine defizitäre Finanzpolitik zu treiben, auch wenn dies nicht, oder nicht mehr, notwendig wäre. In der Zeit des akuten Warenmangels - wo er tatsächlich notwendig ist - kann der Staat den ganzen Kontrollapparat ungehindert aufbauen, um ihn dann, beim Nachlassen des Gütermangels weiter dazu zu benützen, den privaten Konsum zu Gunsten der staatlichen Bedürfnisse einzuschränken. Der in diesem Falle trotz der gestiegenen Gesamtproduktion, trotz der vermehrten Einfuhrmöglichkeiten, auf dem Inlandmarkt noch immer herrschende Konsumgütermangel rechtfertigt nach aussen hin geradezu die weitere Beibehaltung der Kontrollorgane ¹¹⁵⁾.

Obwohl, wie aus dem Gesagten hervorgeht, die Diskussion um die gestaute Inflation nie vollständig wird abgeschlossen werden können, kann doch zusammenfassend gesagt werden: So scharf die gestaute Inflation als versteckte Fiskalmassnahme verurteilt werden muss, so notwendig ist sie, um eine unvermeidbare Periode des akuten Gütermangels zu überbrücken. Wenn die vorliegende Arbeit dazu beigetragen hat, diese These auf objektive Weise zu erhärten, hat sie ihr Ziel weitgehend erreicht.

* *
 *

115) Vergl. Röpke I, S. 249

LITERATUR - VERZEICHNIS .

- Beveridge Lord, Report on Full Employment in a Free Society, London 1944
- Böhm Franz, Der Wettbewerb als Instrument der staatlichen Wirtschaftslenkung. Der Wettbewerb als Mittel der volkswirtschaftlichen Leistungssteigerung und Leistungsauslese, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1942.
- Beste Theodor, Leistung, Leistungsvermögen, Leistungssteigerung. Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1942.
- Burkheiser Karl, Grenzen des Staatskredits, Berlin 1937.
- Frei Rudolf, Die neuere deutsche Währungstheorie, 1933 - 39, Dissertation Basel 1947.
- Hahn Albert L. Compensating Reactions to Compensatory Spending, The American Economic Review, März 1945
- Jessen Jens, Währungspolitik und Preispolitik, Deutsche Geldpolitik, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1941
- Keynes John Maynard, General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936
- Lerner Abba P. The Inflationary Process, Some Theoretical Aspects. The Review of Economics and Statistics, Harvard University Press, August 1949.
- Meyer Fritz, Die Sicherung der autonomen Wirtschaftsentwicklung im Bereich der Aussenwirtschaft. Weltwirtschaftliches Archiv Band 53, 1941
- Muhs Karl, Vom Geldautomatismus zur Währungsautonomie, Deutsche Geldpolitik, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1941.
- Preiser Erich, Wesen und Methoden der Wirtschaftslenkung, Finanz-Archiv N. F. 8. Bd. 1940/41.

- Preiser Erich, Wettbewerbs-Preis und Kostenpreis, Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese. Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1942.
- Puhl Emil, Die Wiederherstellung der deutschen Währungshoheit. Deutsche Geldpolitik, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1941.
- Rittershausen H. Die staatliche Preispolitik auf den deutschen Märkten der Gegenwart, Weltwirtschaftliches Archiv, 52/3.
- Röpke Wilhelm (Röpke I), Repressed Inflation, Kyklos I, Heft III, Bern 1947.
- Röpke Wilhelm (Röpke II), Offene und zurückgestaute Inflation, Kyklos I, Heft I, Bern 1947.
- Rueff Jacques, L'ordre social, Paris 1945.
- Schmölders Günter (Schmölders I), Wirkungsmöglichkeiten und Grenzen öffentlicher Preisregulung. Der gerechte Preis, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1940.
- Schmölders Günter (Schmölders II), Problem der Preisbeherrschung. Deutsche Geldpolitik, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1941.
- Stucken Rudolf, Deutsche Geld- und Kreditpolitik, Hamburg 1937.
- Timm Herbert, Das Grundproblem der modernen Vollbeschäftigung, Darmstadt und Leipzig 1940.
- Wagemann Ernst, Wo kommt das viele Geld her? Düsseldorf 1940.

Der deutsche Volkswirt 1936/39.

Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, N. F. 1939/40.

A Survey of the Economic Situation and Prospects of Europe.
Economic Commission for Europe, Genf 1948. S. 78/81.

Lebenslauf.

Am 9. Juni 1922 wurde ich, Teddy Maxton Hurter von Maur (Kt. Zürich) als Sohn des Heinrich und der Nora Hurter-Maxton in Hoengg (Kt. Zürich) geboren. Da mein Vater im Jahre 1928 in Allschwil Wohnsitz nahm, besuchte ich 4 Jahre lang die dortige Primarschule und anschliessend während 8 Jahren das Realgymnasium und das Mathematisch-Naturwissenschaftliche Gymnasium in Basel, wo ich 1941 die Reifeprüfung bestand. Es folgten 4, von 650 Tagen Aktivdienst unterbrochene Studiensemester als Maschinen-Ingenieur an der Eidg. Technischen Hochschule in Zürich. Im Frühjahr 1945 trat ich ins väterliche Geschäft (Automobilhandel und - Reparaturen) ein und nahm gleichzeitig das nationalökonomische Studium an der Universität Basel auf, das ich im Frühjahr 1952 abgeschlossen habe.

Ich hörte Vorlesungen und besuchte Seminarien der Herren Prof. Furlan, Ruck, Salin, Simonius und Wagner. Die Dissertation entstand unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. V.F. Wagner.

